

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

In dieser Ausgabe

2| Blick in die Medien: Wiederholungswahlen in Berlin – Papua-Neuguinea: „Keine Bergbauabfälle in den Huon Gulf!“ – Ärztestreiks in Madrid – Iran-Solidarität



4-5| Ukraine-Krieg. Ansehens- und Einflussverlust für Russische Föderation – Die Regierung Putin will Ukraine nicht anerkennen. Sie setzt nach wie vor auf Unterwerfung

6| Regierung Sunak: Wird es besser für die Briten?

7-9| Eu-Politik: Die Europäische Union stellt sich geopolitischen Herausforderungen – EU-Initiativen gegen Inflation – Asbest: Kommission legt Richtlinienentwurf vor – Mindestlohnrichtlinie und Tarifbindung

10-11| Aktionen/Initiativen, Thema: Sprachkita retten.

12| ... wir berichteten: Rostock, – Eva-Maria Kröger (Linke) ist OB in Rostock – Hamburg: Volksinitiativen verhandelten erfolgreich für eine nachhaltige Mieten- und Bodenpolitik – Keine grüne Oberbürgermeisterin in Heidelberg



13-15| Statt „heißer Herbst“ kommunale Herausforderungen – Energie, aber fair ... für Thüringen – Diskussionsveranstaltung „Solidarisch durch die Krise“ – Hamburg. Demo „Solidarisch aus der Krise“ Linke Essen will Vernetzung vor Ort fördern

16-17| Kommunale Initiativen. Thema: Solidarisch durch die Krise.

18-19| Gewerkschaften/Soziale Bewegungen. Tarifabschlüsse und



Transformation – Plattformarbeit TikTok hat erstmals einen Betriebsrat – Digitale Logistik

20| Rechte Provokationen – demokratische Antworten, Redaktionsnotizen: Meloni und die italienische Verfassung. – AfD-Wähler tendieren zum Systemwechsel – Urteil im „NSU-2.0“-Komplex – Johannes Hillje erhält die Auszeichnung „Kasseler Demokratie-Impuls“ – Datenlücken verschleieren Antisemitismus in EU-Staaten.

21| Formiert sich im Osten eine faschistische Bewegung?



22| Dok: Bundes Roma Verband fordert dringend Verbesserungen zur Situation geflüchteter Roma aus der Ukraine in Deutschland

23| Schwedendemokraten – keine Minister, aber entscheidenden Einfluss auf die Regierungspolitik

24| Marxisten und Christen: Positionspapier „Auf der Suche nach einer gemeinsamen Zukunft in Solidarität“

25| TERMIN: ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung. 5.1. bis 7.1. in Erfurt. Mitgliederversammlung und Winterschule



26-27| Stadtplanung: Münchener Straßen-Tunnel – ein Verfahren kommt an seine Grenze

28-29| Globale Debatten – UN-Initiativen – Thema: Frieden – Sicherheit – Abrüstung, Vierte außerordentlichen Sitzung der Generalversammlung zum Thema Abrüstung in Vorbereitung

30| Kalenderblatt 1920: Die „Freie Volkshochschule Hannover-Linden“ wird eröffnet – Ada und Theodor Lessing

32| Fairplay oder Menschenverachtung: Die Fußball-Weltmeisterschaft in Katar



Nächste Ausgabe der Politischen Berichte Nr. 1: 9. Februar 2023

Ausgabe Nr. 6 am 8. Dezember 2022, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Wiederholungswahlen in Berlin

Alfred Küstler. Wegen schwerwiegender Mängel bei der Wahlorganisation durch die Berliner Behörden müssen verschiedene Wahlen vom 26. September letzten Jahres wiederholt werden. Zum einen Wahlen, die das Land Berlin betreffen. Hier hat der Berliner Verfassungsgerichtshof am 16. November entschieden, dass die Wahlen zum Abgeordnetenhaus (Landesparlament) und den Bezirksverordnetenversammlungen komplett wiederholt werden müssen. Dieses Urteil ist rechtskräftig, die Berliner Regierung hat es akzeptiert. Zum anderen hat der Bundestag mit der Mehrheit von FDP, Grünen und SPD entschieden, dass in 431 von 2257 Berliner Wahlbezirken auch die Bundestagswahl (Erst- und Zweitstimmen) wiederholt werden muss. Diese Entscheidung wird aber wahrscheinlich von CDU und AfD vor dem Bundesverfassungsgericht angefochten, diese Parteien wollen eine Wiederholung in wesentlich mehr Wahlbezirken. Nicht wiederholt wird der Volksentscheid („Deutsche Wohnen & Co. enteignen“), weil niemand geklagt hatte. Mit der Veröffentlichung des Wahltermins 12. Februar steht die Wiederholungswahl für Abgeordnetenhaus und BVV fest. Zur Wahl stehen, diejenigen, die am 26. September auf dem Stimmzettel standen (abzüglich eventuell Weggezogener oder Verstorbener). Es ist keine Neuwahl, sondern eine Wiederholungswahl. Allerdings wird ein neues Wählerverzeichnis erstellt, d.h. es kommen Wähler hinzu (Alter, Zuzug) oder fallen weg. Die Wahl ist spannend, weil sich die Zusammensetzung des Berliner Parlaments ändern könnte und damit die Regierende Bürgermeisterin Giffey ihr Amt verlieren. Die Beschlüsse der jetzigen Parlamente und Regierung behalten ihre Gültigkeit. Eine Wiederholung der Bundestagswahl steht nicht fest, falls das Bundesverfassungsgericht angerufen würde, fände sie vermutlich erst 2024 statt, ein Jahr vor dem nächsten regulären Wahltermin. Schwere Fehler bei Wahlen sind also kaum behebbar.

<https://www.rbb24.de/politik/wahl/abgeordnetenhaus/agh-2023/beitraege/berlin-wahl-faq-wahl-wiederholung-fragen-antworten.html>

Ärztestreiks in Madrid

Claus Seitz, San Sebastian. Unter der Lösung „Madrid steht auf für die Verteidigung des öffentlichen Gesundheitswesens“ demonstrierten am 13.11. nach offiziellen Angaben 220 000 Menschen (nach Angaben der Veranstalter 670 000) „gegen den Plan der Zerstörung der medizinischen Grundversorgung durch die Regionalregierung“. Aufgerufen hatte der Regionalverband von 292 Madrider Bürgerinitiativen auf Stadtteil- und Gemeindeebene (FRAVM), unterstützt von Gewerkschaften und Medizinerorganisationen. „Man zwingt die Beschäftigten unter erniedrigenden Bedingungen zu arbeiten. Mit Notfallzentren ohne Ärzte verstößt man gegen die Sicherheit der Bürger.“ Gefordert wurden eine Erhöhung der Investitionen in die medizinische Grundversorgung entsprechend der von internationalen Organisationen empfohlenen Standards, die Einstellung von mehr Personal und die Aufhebung von Gesetzen zur Privatisierung.

Im dezentralisierten spanischen Gesundheitswesen, verwaltet von den Regionalregierungen, erfolgt die medizinische Grundversorgung nicht über Praxen selbständiger Hausärzte, sondern über ein Netz öffentlicher Gesundheitszentren mit angestellten Allgemeinmedizinern („Familienärzten“), Kinderärzten, Pflegern, Sanitätern und Verwaltungspersonal. Hier sind auch Notfallaufnahmen und weitere Fachärzte angesiedelt. Im Regelfall sind die Versicherten einem bestimmten Familienarzt zugeordnet.

Zum Zeitpunkt der Demonstration befand sich das Personal der Notfallaufnahmen der Madrider Gesundheitszentren bereits sieben Tage im Streik gegen den Plan der Madrider Regionalregierung

zur Wiedereröffnung von 37 Notfallaufnahmen, ohne die dafür notwendigen Personaleinstellungen vorzunehmen. Nach drei weiteren Streiktagen konnte die Ärztegewerkschaft Amyts in einem Abkommen mit der Regionalregierung ihre wesentlichen Forderungen bezüglich Personalbesetzung, Selbstverwaltung, Einsetzung eines Evaluierungskomitees und eines Runden Tisches durchsetzen.

Am 21.11. rief Amyts ca. 5000 Familien- und Kinderärzte in den 430 Madrider Gesundheitszentren zu einem weiteren unbefristeten Streik gegen die unerträglich hohe Arbeitsbelastung und miserable Arbeitsbedingungen auf. Gefordert werden maximal 31 Patienten pro Tag (für die Kinderärzte 21), anstatt der üblichen 50 bis 60. Daneben familienfreundliche Arbeitszeiten, Angleichung der Gehälter auf das Niveau der Krankenhausärzte, zum Teil Forderungen, deren Erfüllung der Ärztegewerkschaft 2020 von der Regionalregierung versprochen, aber nicht eingehalten wurde. Amyts vermeldet eine historisch hohe Streikbeteiligung. Die letzten Verhandlungen am 2.12. scheiterten.

Auch in anderen Landesteilen rumort es unter den Ärzten: In Katalonien droht die Gewerkschaft Metges, kurzfristig einen Streik auszurufen, falls ihre Forderungen gegen prekäre Arbeitsbedingungen nicht erfüllt werden. Streiks sind auch in Murcia und Navarra geplant. In Sevilla und anderen andalusischen Städten demonstrierten am 26.11. die Ärzteorganisation Marea Blanca (Weiße Flut) und Gewerkschaften gegen den Kollaps der medizinischen Grundversorgung und gegen die Verschiebung von Operationspatienten in Privatkliniken. „Dem öffentlichen Gesundheitswesen wird das Blut ausgesaugt.“ In Galicien rief die Plattform SOS Sanidade Publico am 30.11. an 30 Orten zu Kundgebungen für die „Verteidigung der medizinischen Grundversorgung“ auf.

Madrid, die reichste der spanischen

• Online-Termin Redaktionsgespräch – Do, 22.12. von 17 bis 19 Uhr. Thema: Das Projekt Kalenderblätter – ein Beitrag zur Strategiediskussion?

Moderation: Christoph Cornides. Zoom-Link bestellen bei: fochlernuenchen@gmail.com

Politische Berichte

ZEITSCHRIFT FÜR LINKE POLITIK
- ERSCHIEN SECHSMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, E-Mail: info@linkekritik.de.

Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Blick in die Medien / Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Alfred Küstler (verantwortlich), alfred.kuestler@politische-berichte.de; Christoph Cornides, christoph.cornides@t-online.de. Europa: Rolf Gehring (rog, verantwortlich), gehring@efbw.eu

efbw.eu; Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de; Thilo Janssen Aktionen – Initiativen / Wir berichteten / Aus Kommunen und Ländern / Kommunale Initiativen / Gewerkschaftliches, Soziales: Thorsten Jannoff (verantwortlich), t.jannoff@web.de; Jörg Detjen, joerg.detjen@koeln.de; Horst-Ullrich Jäckel, ulli.jaeckel@hotmail.de; Bruno Rocker; Johann Witte, johannfirst@web.de. Rechte Provokationen – demokratische Antworten: Rosemarie Steffens (verantwortlich), rosemarie.steffens@web.de; Christiane Schneider, chschneiderhh@posteo.de Ankündigungen, Diskussion, Dokumentation: Martin Fochler (verantwortlich), fochlernuenchen@gmail.com. Kalenderblatt: Eva Detscher (evd, verantwortlich), eva.detscher@politische-berichte.de; Rolf Gehring, gehring@efbw.eu; Titel und letzte Seite (Lektürehinweise / Empfehlungen / Leseproben): Alfred Küstler (verantwortlich), alfred.kuestler@politische-berichte.de

kuestler@politische-berichte.de; Martin Fochler, fochlernuenchen@gmail.com.

Beilagenmanagement: Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de

Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4 €. Ein Jahresabo kostet 39 €, Förderabo: 54 €, ermäßigt: 33 € (jeweils 10 € Portoanteil enthalten), Ausland: 51,20 € (22,20 € Portoanteil), Buchläden und andere Weiterverkäufer: 21 €. Druck und Versand: Projekt Print, München

Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, alfred.kuestler@politische-berichte.de

Regionen, investierte 2021 am wenigsten in das Gesundheitswesen: 1170 Euro / Kopf (nationaler Durchschnitt 1478 Euro). 69,7 % der Mittel flossen in die Krankenhäuser, nur 10,8 % in die Primärversorgung (OMS-Empfehlung 25 % in die Primärversorgung). Nach Auffassung von Amyts fehlen in Madrid 1200 bis 1300 Ärzte. Auf einen Termin muss je nach Zentrum zwischen vier bis fünf Tage oder 15 bis 20 Tage gewartet werden.

Wegen der schlechten Versorgung in den Gesundheitszentren flüchten viele in private Krankenversicherungen. Hier ist Madrid Spitzenspieler, 38,1 % seiner Einwohner haben eine private Krankenversicherung, im spanischen Durchschnitt 24 %.

Obwohl Spanien über 55 medizinische Fakultäten verfügt und sich 2022 die Rekordzahl von 8777 Studenten in Medizin eingeschrieben hat, fehlt es paradoxerweise an Ärzten.

Symptomatisch dafür: Im Juni dieses Jahres bot Madrid 338 Familienärzten, die gerade ihre Facharzt-Ausbildung beendet hatten, 197 Stellen an. Nur 59 nahmen eine Stelle an, von 26 Kinderärzten lediglich 5.

Viele ziehen es wegen der prekären Arbeitsbedingungen (50 % befristete Verträge, hohe Arbeitsbelastung, schlechte Arbeitszeiten, niedrige Gehälter, fehlende Wertschätzung) vor, in andere Regionen, in das private Gesundheitswesen, auf eine Stelle in der Forschung, in der Lehre, in Altenheimen zu wechseln oder ins Ausland zu gehen. Zwischen 2011 und 2021 emigrierten ca. 18 000 Ärzte, vorrangig nach Frankreich, Großbritannien, Deutschland, in die Schweiz oder nach Irland. Das ärztliche Durchschnittsgehalt in Spanien liegt mit 53 000 Euro deutlich unter dem anderer europäischer Länder.

Papua-Neuguinea: „Keine Bergbauabfälle in den Huon Golf!“

Karl-Helmut Lechner, Norderstedt. Zwei australische Bergbau-Unternehmen planen die Verklappung ihrer Abfälle in den Ozean vor Papua-Neuguinea (PNG): Newcrest Mining mit Sitz in Melbourne und Harmony Gold mit Sitz in Brisbane. Diesen Unternehmen gehören die beiden Papua-Neuguinea-Unternehmen Newcrest PNG2 Ltd und Wafi Mining Ltd, die das Joint Venture Wafi-Golpu betreiben. Harmony Gold (Australia) ist eine australische Tochtergesellschaft des südafrikanischen Bergbauunternehmens Harmony Gold.

Die Wafi-Golpu-Mine ist eine Kupfer- und Goldmine in Planung: Wenn sie genehmigt würde, wäre sie eine der größten Kupfer- und Goldminen der Welt. Die Mine würde sich etwa 65 Kilometer südwestlich der Stadt Lae in der Provinz



Bruno Rocker, Berlin. 22. Oktober 2022: 80 000 Menschen aus weiten Teilen Europas ziehen aus Solidarität mit den regimekritischen Protesten im Iran zur Kundgebung am „Großen Stern“. Viele Solidaritätsaktionen folgten seither weltweit. Das Mullah-Regime gibt sich unbeeindruckt. Inzwischen gibt es Aufnahmen über burgerkriegsähnliche Szenen in iranischen Städten. Einsatzkräfte des Regimes sollen wahllos auf Demonstranten geschossen haben. Menschenrechtsorganisationen schätzen Ende November die Anzahl getöteter Demonstranten auf 450.

Morobe in Papua-Neuguinea befinden.

Die australischen Unternehmen, die die Mine betreiben, planen, die gesamten Bergbauabfälle über einen Zeitraum von 28 Jahren, das sind nach ihren Angaben 360 Millionen Tonnen, in den Huon-Golf vor PNG zu schütten. Die Verklappung von Bergbauabfällen ins Meer, auch Deep Sea Tailings Placement (DSTP) genannt, ist in den meisten Ländern der Welt nicht erlaubt. Eine 130 Kilometer lange Pipeline soll das Abraum-Konzentrat an die Küste transportieren. Die Pipeline soll direkt durch Lae, die zweitgrößte Stadt von PNG, verlaufen. Die Bergbauabfälle, englisch Tailings, würden dann über eine Pipeline weniger als einen Kilometer vor dem Strand von Wagang in die wunderschönen Gewässer des Huon-Golfs gekippt. Das Unternehmen geht davon aus, dass der „größte Teil“ der Abfälle tief ins Meer in eine Unterwasserschlucht namens Markham Canyon fallen wird. Die Wissenschaftler des Unternehmens selbst haben jedoch zugegeben, dass etwa 40 Prozent der Abfälle – 144 Millionen Tonnen – in der Wassersäule und nicht auf dem Meeresboden landen werden.

Tailings sind das Abfallprodukt, das übrigbleibt, wenn ein Mineral aus einem Erz abgebaut wird. Dazu gehören zerkleinertes Gestein, Wasser, Spuren von Metallen und die Chemikalien, die bei der Verarbeitung verwendet werden. Die Abfälle enthalten Arsen, Blei, Quecksilber, Mangan und andere Schwermetalle. Außerdem würde diese Pipeline ein seismisch aktives Gebiet durchqueren, bevor die Bergbauabfälle im Meer landen.

Im November dieses Jahres hat ein Zusammenschluss von Organisationen der Zivilgesellschaft aus PNG und Australien eine internationale Kampagne mit

dem Titel „Nein zum Wafi-Golpu DSTP“ gestartet, die die australischen Unternehmen Newcrest Mining und Harmony Gold (Australien) auffordert, ihre Pläne aufzugeben. An der Kampagne beteiligen sich das australische gemeinnützige Jubilee Australia Research Centre und das Mineral Policy Institute sowie Organisationen aus Papua-Neuguinea, die Evangelisch-Lutherische Kirche von Papua-Neuguinea, die Gemeinden im Huon-Golf vertritt, und die gemeinnützige Umweltanwaltschaft Center for Environmental Law and Community Rights (CELCOR). Diese Gemeinden im Huon-Golf haben dem DSTP-Projekt nicht zugestimmt und leisten mit Protesten in der Provinz Morobe heftigen Widerstand.

„Das Vermächtnis, das wir unseren Kindern und Enkelkindern hinterlassen wollen, ist einfach. Wir wollen, dass sie in einer sauberen, gesunden und sicheren Umwelt leben können. Wir wollen nicht, dass sie unter den Folgen unserer heutigen Entscheidungen leiden: dass sie einen Ozean voller Giftmüll vorfinden, krank werden, weil sie Schwermetalle ausgesetzt sind, und nicht in der Lage sind, ihre Familien zu ernähren. Nein! Der Ozean ist unser Leben, er ist keine Müllhalde, und wir sind es auch nicht,“ so Reverend Yasam Aiwara, Leiter des Jabêm-Bezirks der Evangelischen Kirche von Papua-Neuguinea (ELC – PNG).



Die Kampagne stellt Informationen für Menschen bereit, die über die Pläne von WafiGolpu zur Verwendung von DSTP (Deep Sea Tailings Placement) besorgt sind: www.nowafiqigolpudstp.org.

G 20-Gipfel am 15./16. November in Bali: Ansehens- und Einflussverlust für die Russische Föderation

CHRISTOPH CORNIDES, MANNHEIM

Am 15. und 16. November 2022 tagten auf Bali, Indonesien, unter der Präsidentschaft des indonesischen Staatspräsidenten Joko Widododie die Vertreterinnen und Vertreter der sog. G 20-Staaten.* Die G 20-Staaten repräsentieren gegenwärtig über 85 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts, drei Viertel des Welthandels und rund zwei Drittel der Weltbevölkerung. Die G 20 Gruppe ist ein informelles Forum, keine internationale Organisation und besteht seit 1999. Auch wenn verschiedene weltpolitische Themen, wie z.B. die Überwindung der Corona-Pandemie auf der Tagessordnung standen, war schließlich das Hauptthema der russische Okkupationskrieg gegen die Ukraine. Nachdem es im Vorfeld der Konferenz eine Diskussion unter den beteiligten Staaten auf Initiative der USA gab, ob Russland wegen des Okkupationskrieges ausgeladen werden sollte, gehörte dann aber die Russische Föderation unter anderem auf Intervention Chinas zu den Teilnehmern der Konferenz. Allerdings wurde Russland nicht durch Präsident Putin, sondern durch Außenminister Lawrow vertreten. Bereits am Ende des ersten Tages und noch vor offizieller Verabschiedung der Abschlusserklärung reiste Lawrow wieder ab.

EU-Ratspräsident Charles Michel konnte bereits frühzeitig verkünden, dass sich die Unterhändler aller 20 Mitglieder – also auch Russlands – bereits vor Gipfelbeginn auf einen Entwurf für eine Abschlusserklärung geeinigt hätten.

Nach den mehrfachen Verurteilungen der russischen Aggression und Annexionen durch die UN-Generalversammlung, auf die die Abschlusserklärung Bezug nimmt, und der unverminderten Fortsetzung des Krieges durch die Russische Föderation, war Russland innerhalb der G 20-Staaten in eine isolierte Lage geraten. Staaten wie Indien, Südafrika, Brasilien, Türkei und vor allem China, die Russland in der Vergangenheit unterstützt hatten oder sich in der Verurteilung zurückhielten, drängten Russland offensichtlich zur Hinnahme der gewählten Formulierungen der Erklärung. (Quelle s.u.)

Darin verurteilen die „meisten Mitglieder“, also die Mehrheit der G 20, den Krieg Russlands in der Ukraine „auf das Schärfste“. In dem Text werden auch die negativen Auswirkungen des

Krieges auf die Weltwirtschaft hervorgehoben. Der Krieg verursache „unermessliches menschliches Leid und verschärft die bestehenden Schwachstellen in der Weltwirtschaft“, heißt es. Zudem wird ein „vollständiger und bedingungsloser Rückzug aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine“ gefordert. Gegen Putins Atomwaffendrohungen: „Der Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen ist unzulässig. Entscheidend sind die friedliche Konfliktbeilegung, Bemühungen zur Krisenbewältigung sowie Diplomatie und Dialog. Unsere Zeit darf nicht eine des Krieges sein.“ Beim Peking-Besuch von Kanzler Scholz hatte Chinas Staatspräsident Xi Jinping erstmals Moskau deutlich vor einer Nuklearoption gewarnt, das bekräftigt Xi Jinping beim Treffen mit US-Präsident Joe Biden auf Bali. Beide Seiten stimmten überein, dass „ein Atomkrieg niemals geführt werden sollte“, teilte das Weiße Haus mit.

Die gemeinsame Erklärung wurde allerdings auch dadurch ermöglicht, dass gegenüber Russland zugestanden wird „Es gab andere Auffassungen und unterschiedliche Bewertungen der Lage.“ Russland akzeptierte mit seiner Zustimmung aber auch, dass der russische Angriff deutlich als „Krieg“ bezeichnet wird – und nicht als „militärische Spezialoperation“ nach der bisherigen Sprechweise Putins.

Quellen: Abschlusserklärung: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/2143372/c32dd4674a573a180c1ecc615729ac75/2022-11-16-declaration-g20-deu-data.pdf?download=1>; Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung vom 26.11.2022

* Zur G20-Gruppe gehören 19 Staaten sowie die EU. Die Länder sind: Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, Türkei und USA. Neben Vertretungen der Mitglieder der G20 werden regelmäßig auch Vertretungen von Gastländern der Tagungen sowie von internationalen Organisationen wie Weltbank oder Weltgesundheitsorganisation WHO eingeladen.

Die Regierung Putin will Ukraine nicht anerkennen. Sie setzt nach wie vor auf Unterwerfung

MARTIN FOCHLER, MÜNCHEN

Zum Krieg greifen die Staaten der Moderne, wenn sie anderen Staaten ihren Willen aufzuzwingen wollen. Die Russische Föderation betreibt die Erweiterung ihres Gebietsstands. Ihre Verfassung hält diese Möglichkeit offen, entsprechende Beschlüsse der Duma in Sachen Krim und besetzter ukrainischer Gebiete liegen vor, in Wirtschaft und Gesellschaft findet das Konzept territorialer Erweiterung Rückhalt und weil es extreme Zentralisierung politischer und wirtschaftlicher Macht erfordert, erlaubt es auch noch durchgreifende Kontrolle der politischen Willensbildung.

Die Russische Föderation (RF) kann Okkupationskriege führen und Niedergaben verwinden, das Konzept wird nicht vom Erfolg und Nutzen der Eroberungen getragen, es beruht auf einem Mangel an Alternativen der Entwicklung. So kann die politische Führung der RF die alles andere als ruhm- und erfolgreiche Operation nun schon so viele Monate durchhalten und die vielstimmige internationale Ablehnung ertragen. Und so lösten der Verlust von Cherson und der Rückzug aufs östliche Ufer des Dnipro keinen strategischen Kurswechsel aus. Das politische Konzept könnte sogar einen militärisch erzwungenen Rückzug aus der Ukraine unter der „Durchhalten

und auf bessere Gelegenheiten warten“ überdauern. Das System mit Spitze Putin steht nicht vor der Alternative „Endsieg oder Untergang“.

Die Regierung Putin hätte nach dem Rückzug aus Cherson der damit verbundenen Fixierung des Frontverlaufs Verhandlungen anbieten können. Stattdessen startete die RF unmittelbar nach dem Bali-Gipfel, der einen Ansehens- und Einflussverlust des Landes quittierte, eine Luftoffensive, die auf das gesamte Gebiet der Ukraine gerichtet ist, und zwar mit dem erklärten Ziel, die für das zivile Leben und Überleben erforderliche Infrastruktur zu zerschlagen.

Die RF gibt damit die Unterscheidung zwischen militärischen und zivilen Zielen ganz offiziell auf, der in anderen Aggressionen schamhaft umschriebene „Kollateralschaden“ wird zum auszeichnungswürdigen militärischen Volltreffer. Siedlungs- und Infrastruktur der Ukraine dürften der Militärplanung der RF aus Sowjetzeiten bis ins Detail bekannt sein. Selbst wenn es der Ukraine gelingt, viele Lenkwaffen, Drohnen, Raketen usw. abzuwehren, kann der Schaden durch wenige Treffer groß und schwer zu reparieren sein und viele direkte und indirekte zivilen Opfer fordern.

Da die Legitimation eines jeden Staates von seiner Fähigkeit abhängt, die Bereitstellung öffentlicher Güter, Infrastruktur

wie Sicherheit von Leib und Leben, zu gewährleisten, zielt die Kriegsführung der RF auf Loyalitätsverluste, nachlassende Kampfkraft der militärischen Verteidigung und Destabilisierung des politischen Systems der Ukraine. Der fort dauernde strategische Angriff bedeutet, dass es der politischen Führung der RF nach wie vor um die ganze Ukraine geht. Sie will mit einer humanitären Katastrophe den politischen Zusammenbruch des Landes herbeiführen.

Den Kampf um die Beherrschung des Luftraums der Ukraine hatte die RF bald nach Beginn ihrer Aggression aufgeben müssen, der Ukraine war es schnell gelungen, eine hoch wirksame Luftabwehr aufzubauen. Flugzeuge und Hubschrauber sind teuer und Personalverluste schwer zu ersetzen. Raketen und Drohnen sind viel billiger. Die RF kann ihr großes Finanz- und Industriepotential für Erwerb und Bau dieser Waffen einsetzen, kann die Ukraine von fernen Abschussbasen aus schwer treffen und zwischenzeitlich ihre an der Frontlinie angeschlagenen Truppen reorganisieren. Die Kombination von Angriffen auf die zivile Ukraine und Absicherung der eroberten Gebiete kann die Kriegsführung der RF lange fortsetzen, tritt eine politisch-militärische Destabilisierung der Ukraine ein, wäre die Gelegenheit zum Einmarsch da. In diesen Wochen setzen die Winterfröste ein.

Die Ukraine ist in einer denkbar schwierigen Lage. Im Zusammenspiel von Bevölkerung, Verwaltung und Militär muss man Schäden an der Infrastruktur schnell zusammenflicken, muss Rückzugsorte für von Raketentreffern, Frost und Hunger bedrohte Menschen schaffen, muss die Luftabwehr perfektionieren, muss den zivilen Betrieb, Verwaltung und Wirtschaft irgendwie aufrechterhalten und nicht zuletzt auch noch an der Front militärischen Druck auf den Aggressor ausüben.

Die entgrenzte Brutalität, mit der die RF darauf spekuliert, die Bevölkerung durch Frost, Hunger und tödliche Waffenwirkung zur Aufgabe zu zwingen, kann den Verteidigungswillen der Ukraine untergraben, sie bietet aber auch einen Ausblick auf ein Leben unter der Oberherrschaft der RF, der die Bereitschaft zum Widerstand verstärkt.

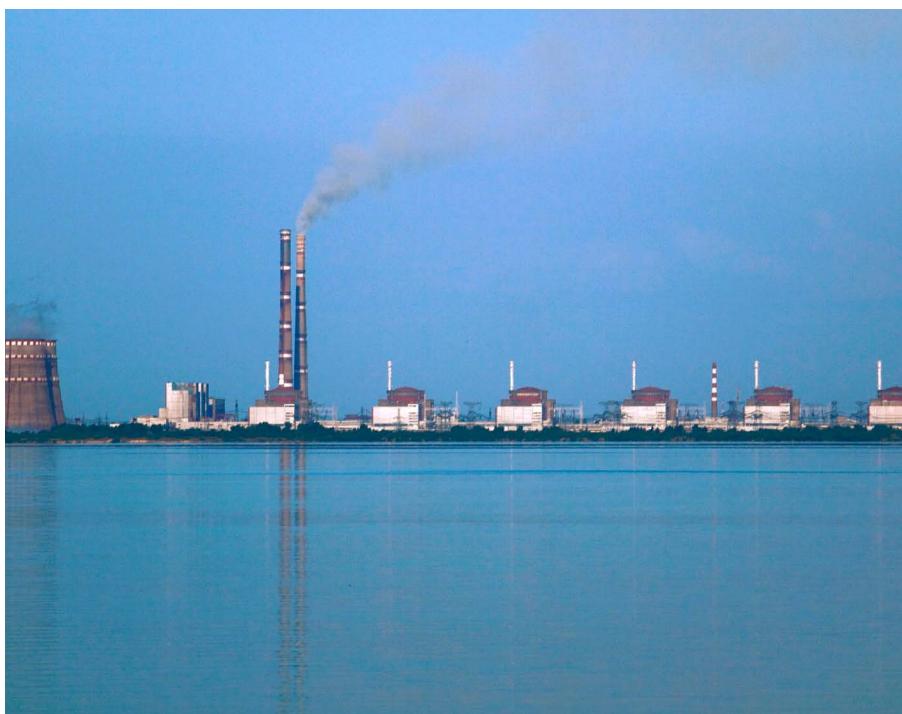
Solange es der Ukraine nicht gelingt, die Raketen- und Drohnenangriffe weitestgehend abzublocken, wird die Regierung Putin in der gegenwärtigen Situation keinen Anlass zu Verhandlungen mit der Ukraine sehen, sondern aufs Ganze gehen. Ein dichter Raketen- und Drohnen-Abwehrschirm würde diese Situation ändern. Ebenso, wenn die Truppen der RF im Verlauf des Winters die Frontlinie

nicht halten und sich auch im rückwärtigen Besetzungsgebiet nicht sicher fühlen könnten. Der einsetzende kontinentale Winter wird die Fronttruppen beider Seiten schwer belasten. Welche Folgen das für Kräfteverhältnisse an den Fronten haben mag, ist umstritten.

In politischen Diskussionen wird oft unterstellt, dass Verhandlungen zur Beendigung eines Krieges bei gutem Willen jederzeit eingeleitet werden könnten. Der „gute Wille“ ist der Wille zum Auskommen, er wird durch gute Erfahrungen wechselseitigen Vorteils getragen, seine Basis ist die Möglichkeit und solide Dauer partnerschaftlicher Vertragsverhältnisse.

Sollte der Ukraine die Abwehr dieser zum systematischen Kriegsverbrechen eskalierten Angriffe gelingen, kann erneut eine Verhandlungssituation entstehen.

Allerdings weisen Stimmen aus Nord europa, namentlich Norwegen, darauf hin, dass die RF eine weitere Eskalations möglichkeit hat. Man bereite sich darauf vor, die in Nordmeer und Ostsee verlegten Pipelines und Datenkabel durch Seestreitkräfte zu sichern. – Werden die Gasspeicher sich im Verlauf des Winters leeren, so könnte eine Situation entstehen, in der eine Unterbrechung von Pipelines, Energie- und Datenkabeln durch Nordmeer und Ostsee die Länder Mittel- und Westeuropa hart treffen könnte.



Größtes Atomkraftwerk Europas; etwa 50 km von der Großstadt Saporischschja entfernt. Bild aus Westen, von der Stadt Nikopol am gegenüberliegenden Ufer des Dnipro aufgenommen. Bild von 2009, commons.wikimedia.org/wiki/File:Kernkraftwerk_Saporischschja.JPG

Der Angriffskrieg der RF zerstört diese Grundlage, sein Ziel ist nicht mehr die Vereinbarung, sondern die Beherrschung, Unterwerfung der Angegriffenen. Die Kette der positiven Erfahrungen, die den guten Willen trägt, ist damit gesprengt, das Vertrauen ist dahin. – Es wird, so lehrt die geschichtliche Erfahrung, lange, lange dauern, bis es neu entsteht.

Eine Verhandlungssituation entsteht in einem solchen Konflikt, sobald die mobilierten Kräfte des Aggressors nicht mehr ausreichen, die militärische Lage zu seinen Gunsten zu verschieben. Dies schien mit der Aufgabe von Cherson für einen Moment der Fall zu sein, es zeigte sich aber, dass die Russische Föderation die Ausweitung der Kriegsführung auf nichtmilitärische Ziele vorbereitet hatte.

Immerhin bleibt festzuhalten, dass die RF mit solchen Anschlägen bislang nicht gedroht hat.

Kommt es hingegen zu einem Einfrieren der Fronten, so liegen Erfahrungen vor, kann es gelingen, über garantierte Verträge bestimmte Bereiche und Wirtschaftsprozesse vom Kriegsgeschehen auszuklammern, so der Transport landwirtschaftlicher Güter über das Schwarze Meer. Als Möglichkeit ist auch die Einrichtung einer entmilitarisierten Zone um das Atomkraftwerk Saporischschja im Gespräch.

Solche Entwicklungen sind denkbar, es würde sich der Sache nach um einen international beobachteten und garantierten Waffenstillstand bei Fortdauer der aggressiven Absichten der Russischen Föderation handeln.

Regierung Sunak: Wird es besser für die Briten?

EVA DETSCHER, KARLSRUHE

„Die kürzeste Amtszeit eines Premierministers im Vereinigten Königreich“ – Liz Truss – am ersten Tag von der Queen ernannt, am zweiten stirbt die Queen – auch das ist einzigartig. Die 45-Tage-Amtszeit könnte als Lehrbeispiel für unglückliches Händchen beim Regieren in die Geschichtsbücher eingehen. Schon mit ihrer Rede im Unterhaus zum Tod der Queen machte sie sich fast zur Unperson. Die Millionen Briten, für die die Königin über mehr als 70 Jahre eine Art Stabilitätsanker dargestellt hat und die aufrichtig trauerten, haben anderes erwartet. Die Chronologie (siehe Kasten), der Rücktritt, das Klammer an der Macht, wie es die Tories vorführen, kostet sie auf Jahre das Vertrauen ihrer Wähler und der britischen Öffentlichkeit.

Der neue „Leader“ der Tories, Rishi Sunak, Truss' Rivale im Rennen um die Johnson-Nachfolge, hatte stets dafür plädiert, Steuersenkungen erst umzusetzen, wenn die Inflation gesunken sei – um einen Konflikt zwischen Geldpolitik und Steuerpolitik zu verhindern (siehe auch PB 5/22).

Das britische Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Vor-Pandemie-Niveau ist im internationalen Vergleich ganz schlecht: USA: plus 4,2; Eurozone: plus 2,3; Italien: plus 1,8; Deutschland: plus 0,2; Vereinigtes Königreich: minus 0,4.

The Guardian schreibt am 19.11.: „Der britische Arbeitsmarkt ist im Vergleich zu vielen internationalen Arbeitsmärkten ‚unglaublich angespannt‘, so Marchel Alexandrovich von Saltmarsh Economics. Aber es gibt noch ein weiteres Problem in Großbritannien: Menschen im erwerbsfähigen Alter fallen aus dem Arbeitsmarkt heraus und werden als nicht erwerbstätig eingestuft. Während die Nichterwerbsquote im Vereinigten Königreich traditionell niedriger ist als in vielen anderen Ländern der Eurozone, ist diese Kennzahl während der Pandemie stark angestiegen. Einige Ökonomen, darunter Alexandrovich, sind der Meinung, dass das Vereinigte Königreich mit dieser Kennzahl

sein eigenes Problem entwickelt. „Es sieht so aus, als ob es sich um eine Langzeit-erkrankung handelt und nicht nur um ein langes Covid. Es gibt ein wachsendes Problem mit Rückständen im Gesundheitswesen, das zusätzlich zu den Auswirkungen des Brexits auf die Migration die mangelnde Flexibilität des britischen Arbeitsmarktes verstärkt“, sagte er.“

Inflationsrate, Zinsentwicklung, hohe Verschuldung der britischen Haushalte, schleppende Produktivität, Entwicklung der Energiepreise – alles verschärft durch den Brexit. Stromabschaltungen im Winter, sinkende Reallöhne, viele Wohnungen, die renoviert werden müssen, sind in einem gesundheitsgefährdenden Zustand (Schimmel, Feuchtigkeit) – Berichten zufolge reicht vielen Familien das Geld nicht für eine tägliche warme Mahlzeit, die Tafeln erleben einen unglaublichen Ansturm.

Was schlagen Sunak und sein Finanzminister Hunt vor: wohlhabende Britinnen und Briten sowie Unternehmen sollen in die Pflicht genommen werden: Die Höhe des Steuerfreibetrags soll bis 2028 eingefroren werden, die Schwelle für den Spaltensteuersatz gesenkt (von 170 000 auf 140 000 Euro. Weitere Schulden seien keine Option. Hunt will mit rund 55 Milliarden Pfund (63 Milliarden Euro) Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen die leere Kasse auffüllen. Auf die leise Anmahnung des Industrieverbands CBI, dass mehr Arbeitskräfte gebraucht würden, will Sunak nicht mit einer Neugestaltung der Beziehungen

zur EU antworten, die Freizügigkeit für EU-Bürger sei mit dem Brexit bewusst beendet worden – und jetzt könne über eigene Modelle für die Einwanderung diskutiert werden. In Umlauf gebracht wurde für die Beziehungen zur EU das Schweizer Modell, darauf wird sich aber die EU nicht einlassen, historisch seien das völlig andere Bedingungen. „Nummer-Eins-Priorität“ für Großbritannien sei es, zuerst die illegale Einwanderung über den Ärmelkanal zu stoppen (2020 ca. 8 000, 2022 bislang 44 000 Migranten, die in kleinen Booten über den Ärmelkanal in England anlandeten). Die Anerkennungsquote als Asylsuchende schnellt derzeit aus vielen Gründen nach oben, der Versuch einer Abschreckung durch Abschiebung nach Ruanda ist vorerst gescheitert – jetzt soll eine ferne Insel zum Zielort für illegal Eingewanderte werden (Ascension Island im Südatlantik). Das Vereinigte Königreich bietet Flüchtlingen bessere Bedingungen als z.B. Frankreich oder Deutschland: es gibt keine Ausweispflicht, es gibt keine „Asylbewerberbertheime“, die Unterbringung erfolgt in Hotels, Arbeit auf Baustellen z.B. findet sich oft schnell (zitiert nach FAZ 20. und 22.11.22). Es ist so offensichtlich, dass ohne Zusammenarbeit mit den anderen Ländern Europas und mit der EU hier keine Lösung im Sinne von Menschenwürde und auch von Arbeitsmigration gefunden werden kann, dass es eine ehrenwerte Aufgabe vor allem der EU ist, hier Vorschläge zu machen (welcher Institution dort genau, wäre zu prüfen).

„Ob Rishi Sunak es gelingen wird, das Elend einzuhegen, die Wirtschaft zu stabilisieren, den Beschäftigten und kleinen Selbstständigen eine Perspektive zu geben – „muss bezweifelt werden“, schreibt Florian Weis von der Rosa Luxemburg Stiftung. Wer aber steht dem gegenüber zur Verfügung? Auch für Labour mit Keir Starmer an der Spitze wäre es auf jeden Fall ein langer Weg – „Die Spielräume einer möglichen Labour-Regierung werden sehr begrenzt sein; umso wichtiger ist es, dass Labour klare Prioritäten zu Gunsten des Gesundheitswesens, der sozialen und ökonomischen Absicherung bedrohter Arbeitnehmer:innen und kleinen Firmen, der Armutsbekämpfung sowie einer *green industrial revolution* setzt.“ (F. Weis)

Quellen: NZZ 14.10.22; Guardian 19.11.22; NZZ 22.11.22; diverse FAZ, BNN 29.11.22; Florian Weis: Der „Urlaub von der Realität“ ist vorbei. Rishi Sunak soll nun die britischen Konservativen retten (<https://www.rosalux.de/news/id/47800>); <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/liz-truss-amtszeit-chronologie-100.html>

Geschichte einer Amtszeit von 45 Tagen

5.9.22	Parteiintern wird Truss neue Tory-Vorsitzende und damit automatisch neue Premierministerin
6.9.22	Die Queen ernennt Truss zur „PM Ihrer Majestät“. Truss entlässt alle Sunak-Anhänger aus dem Kabinett
8.9.22	Truss kündigt Deckelung der Energiekosten für Privatpersonen und Unternehmen
8.9.22	Queen Elizabeth II stirbt – zehntägige Staatstrauer ohne politische Debatten
23.9.22	Finanzminister Kwarteng schockt alle mit den Plänen für ungedeckte Steuersenkungen und Deregulierungen für einen Wachstumsschub der Wirtschaft
28.9.22	Bank of England sieht „erhebliches Risiko für die finanzielle Stabilität des Vereinigten Königreiches“ und reagiert mit Ankündigung eines zweiwöchigen Programms zum Ankauf langfristiger britischer Anleihen.
29.9.22	Wahlumfragen (YouGov) sehen Labour im Aufwind: 33 Prozent – seit Ende der 1990er Jahre gab es das nicht mehr
3.10.22	Parteitag der Tories: Kehrtwende von Truss und Kwarteng: keine Entlastung der Spitzenveterinier
5.10.22	Truss meint immer noch, sie ist Thatcher Nummer 2 – obwohl sie behauptet, „ich habe verstanden, ich habe zugehört“, präsentiert sie außer der Parole „Wachstum, Wachstum, Wachstum“ kein glaubwürdiges Programm
12.10.22	„Keine Kürzung der Staatsausgaben“ – „Steuersenkungen trotzdem“ – alle fragen sich, wie das gehen soll. Die Zweifel an ihrer Kompetenz wachsen.
14.10.22	Truss entlässt Kwarteng, der als „Hirn der Regierung Truss“ gilt (NZZ, 14.10.22).
17.10.22	Truss' Konjunktur- und Steuersenkungspaket ist nahezu vollständig zurückgenommen. – Erste Forderungen aus Tory-Reihen: Rücktritt!
19.10.22	Streit zwischen Truss und Hunt über Einwanderungspolitik: in der Folge tritt Innenminister Braverman zurück. – Turbulenzen im Parlament, weil Truss die Tories auf Linie zwingen will.
20.10.22	Auf den „schwierigen gestrigen Tag“ verkündet Truss, dass sie weitermacht – aber kurz darauf erklärt sie ihren Rücktritt.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die zwischen der EU und der Ukraine bestehenden institutionellen Beziehungen nicht juristisch außer Kraft gesetzt, aber doch in vielen Belangen ad hoc und weitreichend modifiziert und durch umfangreiche Maßnahmen ergänzt, die gewissermaßen im Einverfahren umgesetzt werden. Das Parlament verzichtet auf längere Konsultationsverfahren, es verzichtet auch auf den Jahresbericht zur Umsetzung des Assoziierungsabkommens durch die Ukraine. Hinzu kommt, dass selbst im Friedensfall das Assoziierungsabkommen weiter gelten wird, Programme, Verhandlungen und Rechtsgrundlagen aber auf die Erfordernisse eines Beitrittsprozesses zugeschnitten werden müssten. Hierzu haben wir einen Diskussionsbeitrag aus der Partefamilie der Linken im Europaparlament erhalten. (rog)

Die Europäische Union stellt sich geopolitischen Herausforderungen

KARIN SCHÜTTPELZ, BRÜSSEL *

Kein Thema ist 2022 in der Gesellschaft so leidenschaftlich diskutiert worden, wie der Krieg Russlands gegen die Ukraine. Während sich Politik und Medien gegenseitig überschlagen, europäische Einigkeit gegen die russische Aggression und ihre Folgen zu demonstrieren, sind die Debatte im realen Leben kontrovers. Gern wird auf einfache Antworten zurückgegriffen, die der Komplexität des Themas nicht gerecht werden. Auch dieser Beitrag, kann nur anregen, sich mit der Vielschichtigkeit des Problems zu beschäftigen.

Die nach dem zweiten Weltkrieg entstandene Weltordnung ist zerbrochen. Alte und neue Regional- und Großmächte verletzen ungeniert das Völkerrecht und versuchen sich die günstigsten Ausgangsbedingungen für ihre Stellung im sich herauskristallisierenden System der internationalen Beziehungen zu erkämpfen. Die Menschen in der Ukraine sind eines der Opfer dieses unerbittlichen Machkampfes.

Das Wort Krieg hat in Europa plötzlich ein Gesicht bekommen: Menschen ohne Wasser und Strom in der eisigen Kälte des ukrainischen Winters. Zerstörte Städte, Infrastruktur, Betriebe. Raketenangriffe. Mord und Folter. All das gibt es in allen Kriegen auf dieser Welt. Der medial minutiös begleitete Krieg in der Ukraine bringt uns diese Realitäten plötzlich nahe. Was Europäerinnen und Europäer, was die EU seit dem 24. März 2022 eint, ist die Solidarität mit den Betroffenen in der Ukraine. Diesen Menschen zu helfen, das ist das Gebot der Stunde.

Die EU hat seit Beginn des Krieges Hunderte Millionen für humanitäre Hilfe bereitgestellt. Fast neun Milliarden Euro bekam die Ukraine 2022, um grundlegende Staatsausgaben absichern zu können. Die konkreten Zahlen findet man auf der Seite der EU Kommission¹. 2023 wird diese Hilfe fortgesetzt. Die Zahlen klingen gewaltig. Vergleicht man sie jedoch mit dem Haushalt der Bundesrepublik – 2023 sind Ausgaben in Höhe von 476 Milliarden Euro geplant – wird die Dimension deutlicher.

Über 100 Millionen Menschen sind laut aktuellem Bericht des UNHCR auf der Flucht vor Krieg und Gewalt. Europa, das

sich vor Flüchtlingen aus anderer Teilen der Welt abschottet, hat die Tür für die Menschen aus der Ukraine weit geöffnet. Die EU-Richtlinie über vorübergehenden Schutz macht es möglich: Menschen aus der Ukraine erhalten eine Aufenthalts-erlaubnis, finanzielle und materielle Unterstützung sowie Zugang zu Bildung, Sozialsystemen und Arbeitsmarkt.

Die Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, erklärte in ihrer ersten Grundsatzrede, dass die EU auch „die Sprache der Macht“ lernen müsse und erklärte den Anspruch, dass die EU-Kommission unter ihrer Leitung eine geopolitische sein sollte. Der Angriffskrieg Russland auf die Ukraine ist die Feuertaufe. Was der deutsche Kanzler Olaf Scholz als Zeitenwende postulierte, spiegelt sich in der EU-Politik: Auch in der EU gehört seit dem 24. März militärisches Handeln in den Instrumentenkasten der Außenpolitik. Rund drei Milliarden Euro stellte die EU der Ukraine an Militärhilfe zur Verfügung. Hinzu kommen milliardenschweren Waffenlieferungen der EU-Mitgliedstaaten. Seit 2014 trainieren die USA, Großbritannien und Kanada ukrainische Soldaten an schweren Waffen. Nun zieht die EU mit einer ähnlichen Ausbildungsmission nach.

Auch die Anerkennung der Ukraine als Kandidat für die Aufnahme in die EU widerspiegelt den Anspruch der EU, geopolitisch eine Rolle zu spielen: Auf die Infragestellung des Existenzrechtes der Ukraine durch Präsident Putin antwortete die EU mit einem klaren politischen Bekenntnis, dass der ukrainische Staat als gleichberechtigtes Mitglied der europäischen Staatengemeinschaft in der EU willkommen ist.

Aber der Weg in die EU ist weit und viele Fragen offen: Wie wird dieser Krieg beendet werden? Der Wiederaufbau der Ukraine muss organisiert und finanziert werden. Dafür hat sich die EU ehrgeizige Ziele gesetzt. Die Ukraine muss die Aufnahmekriterien in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung, Pressefreiheit, Minderheitenrechte usw. erfüllen. Davor war sie bereits vor dem Krieg weit entfernt. Die Kriegssituation hat dazu geführt, dass es gerade in diesen Bereichen eher Rückschritte als Fortschritte gibt. Bedingungen müssen geschaffen werden, damit das Land das Kriterium gutnachbarschaftlicher Beziehungen erfüllen kann...

Wer die Zukunft gestalten will, kommt an einer Analyse der Vergangenheit nicht vorbei. Wie konnte es dazu kommen, dass sich Russen und Ukrainer unversöhnlich, bereit für den Sieg des einen über den anderen zu sterben, gegenüberstehen? Dazu gibt es viele Interpretationen. Eine Antwort auf die Frage hat viele Facetten. Die Analyse sollte eine kritische Auseinandersetzung mit den geopolitischen Ambitionen der europäischen politischen Eliten und der Rolle der USA in Europa einbeziehen.

Eines Tages, ist dieser Krieg beendet. Dann sind die EU-Mitgliedstaaten, die Ukraine und alle anderen osteuropäischen Staaten immer noch Nachbarn, die sich der Herausforderung stellen müssen, in Frieden miteinander auszukommen. Dafür ein Modell zu finden, ist der Schlüssel für Frieden in Europa.

* Karin Schüttpelz ist in der Linken-Fraktion im Europäischen Parlament als Fraktionsmitarbeiterin für den außenpolitischen Ausschuss verantwortlich.

EU gegen Inflation: mehr Investitionen – weniger Entlastungen von Einkommen und Transferleistungen?

CHRISTOPH CORNIDES, MANNHEIM

Die gegenwärtige Inflation ist vorwiegend eine „Angebotsinflation“. Eine Inflation also, die auf Verknappung und Verteuerung von Rohstoffen und Primärprodukten und die Störung und den Zusammenbruch von Lieferketten, also auf Verteuerung der Produktion zurückzuführen ist, und auf die die Geldpolitik der Zentralbanken nur in begrenztem

Ausmaß einwirken kann. Darauf hatte die Europäische Zentralbank (EZB) bereits im Sommer 2022 hingewiesen; „Die Inflation ist zu hoch. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat die Energiekosten und die Preise für Agrarprodukte in die Höhe getrieben. Der pandemiebedingte Mangel an Material, Ausrüstung und Arbeitskräften lässt die Preise ebenfalls steigen. Diese Inflation ist zu einem großen Teil auf Faktoren zurückzuführen,

¹ https://eu-solidarity-ukraine.ec.europa.eu/eu-assistance-ukraine_de

die Zentralbanken nicht kontrollieren können. Dann könnte es zu der Art von Lohn-Preis-Spirale kommen, die in der Vergangenheit dazu geführt hat, dass die Inflation außer Kontrolle geraten ist. Aus diesem Grund haben meine Kolleginnen und Kollegen und ich auf der Sitzung des EZB-Rats am Donnerstag beschlossen, die Leitzinsen für den Euroraum um 0,5 Prozentpunkte anzuheben und damit die achtjährige Phase negativer Zinssätze zu beenden.“ (Christine Lagarde, Präsidentin der EZB, 22.7.2022 im EZB-Blog)

Seitdem hat die EZB den Leitzins, also den Zinssatz, zu dem sich die Geschäftsbanken refinanzieren, 2022 bereits dreimal erhöht. Dabei befindet sich die EZB auch unter Druck der Zinserhöhungen in den USA durch die amerikanische Zentralbank (Federal Reserve, „Fed“) einerseits und der Gefahr, durch zu starke – und letztlich gegen die gegenwärtige Inflation wenig wirksame – Zinserhöhungen die wirtschaftliche Entwicklung durch Kreditverteuerung (dann durch

die Geschäftsbanken) auszubremsen.

Gleichzeitig haben sowohl die EU wie ihre Mitgliedstaaten seit der Corona-Pandemie und erneut verstärkt durch die Energiekrise Hilfsprogramme zur Entlastung der privaten Haushalte und der Unternehmen aufgesetzt.

Unter dem Motto und dem Versuch der Unterscheidung „zielgerichtet/nicht zielgerichtet“ versucht nun die europäische Kommission wie zuvor schon die Konferenz der europäischen Finanzminister „regulierend“ in die staatliche Ausgaben- und Entlastungspolitik einzugreifen. „Die Europäische Kommission hat die Haushaltspläne der Euro-Länder für 2023 bewertet – und sieht noch einigen Nachbesserungsbedarf. Insbesondere ruft sie die Regierungen dazu auf, die Energiehilfen stärker auf bedürftige Haushalte und Unternehmen auszurichten. (...) EU-Währungskommissar Paolo Gentiloni sagte am Dienstag in Straßburg, die nationalen Haushaltsentwürfe böten ein ‚gemischtes Bild‘. Es sei gut,

dass alle Regierungen der Euro-Zone in den grünen Umbau der Wirtschaft und die Energiesicherheit investieren. Aber die meisten Energiepakete verfehlten die Vorgabe, zielgerichtet zu sein.“ (Handelsblatt, 23.11.2022)

Eine von verschiedenen Maßnahmen nach der Devise: „Investition vor Konsum“ soll ein beschleunigtes EU-Gennehmigungsverfahren für Projekte im Bereich erneuerbare Energien werden.

„Die Energieministerinnen und -minister der EU haben sich dazu auf den Inhalt einer Verordnung des Rates geeinigt, mit der ein vorübergehender Rahmen zur Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens und der Durchführung von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien festgelegt wird.“ (Pressmitteilung Europäischer Rat, Rat der Europäischen Union vom 24.11.2022)

Andererseits: Mehr öffentliche Investitionen in die Produktion öffentlicher Güter könnte auch ein Weg zur Entlastung für Viele sein.

Asbest: Kommission legt Richtlinienentwurf und Mitteilung vor

VON ROLF GEHRING, BRÜSSEL

Nach dem europäischen Asbestverbot von 2005 wurde es still um das Thema Asbest. Lange Zeit übersahen fast alle Akteure, dass in Millionen von öffentlichen und privaten Gebäuden und in Teilen der Infrastruktur noch Asbest vorhanden ist. Auch von gewerkschaftlicher Seite wurde die Problematik wenig beachtet. Dann, im Jahr 2009, begann eine Debatte in der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH). Diese führte zur EFBH-Kampagne „Europa 2023 – Asbestfrei“. Im Mittelpunkt der Kampagne stand und steht die Erstellung nationaler Aktionspläne im Rahmen einer europäischen Initiative zur Beseitigung allen Asbestes, gestützt durch Gesetzesinitiativen in den Zuständigkeitsbereichen der EU.

Brennglas Renovierungswelle

Die Klimaziele der EU und die damit verbundene „Renovierungswelle“ wirken nun wie ein Brennglas auf die Asbestproblematik. Eine Vielzahl von Berufsgruppen (neben den spezialisierten Asbestsanierungsfirmen) wird Arbeiten an Dächern, Heizungsanlagen, Fenstern, Bädern usw. durchführen. Sie alle werden potenziell mit asbestkontaminierten Materialien in Kontakt kommen. Damit besteht die Gefahr, dass die derzeit sehr hohe Zahl der jährlichen Asbestopfer noch einmal sprunghaft ansteigt. Die Europäische Kommission geht von etwa 70 000 Todesfällen durch berufsbedingte Asbestexposition in Europa aus, also

70% aller etwa 100 000 Menschen, die in Europa pro Jahr an arbeitsbedingten Krebserkrankungen versterben.

In diesem Zusammenhang kommen die Vorschläge der Kommission zum Thema Asbest, die am 28. September 2022 vorgelegt wurden, zwar spät, aber sie können die absehbare Katastrophe eindämmen, die eintritt, wenn Sicherheit und Ausbildung der Beschäftigten nicht verbessert werden. Die Kommission hat neben dem Entwurf einer neuen Asbestrichtlinie (2022/489) auch eine Mitteilung (2022/488) vorgelegt, in der weitere asbestbezogene Maßnahmen und Initiativen in anderen Politikbereichen vorgeschlagen werden.

Hintergrund für die Initiative der Kommission ist nicht zuletzt der legislative Initiativbericht des EP vom Oktober 2021. Er basiert auf einem ganzheitlichen Ansatz und legt dar, welche Initiativen notwendig sind, um den Schutz vor Asbestexposition zu erhöhen und den aktuellen Stand der wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse in diesem Bereich umzusetzen. Damit deckt sich der Parlamentsbericht weitgehend mit den Forderungen, die die EFBH mit ihrer Asbestkampagne verfolgt (siehe auch PB 3/2021, Seite 17/18).

Unzureichende Vorschläge der Kommission

Die Kommission schlägt eine Absenkung des Arbeitsplatzgrenzwertes von 100 000 Fasern pro Kubikmeter auf 10 000 Fasern vor. Parlament, die Gewerkschaften und z.B. die International Commission on Occupational Health hatten einen

Grenzwert von 1 000 Fasern pro Kubikmeter gefordert. Der Grenzwert wird eine zentrale Rolle in den Verhandlungen zwischen Rat, Parlament und Kommission spielen.

Bei der Richtlinie über Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz hat die Europäische Kommission viele der Änderungsvorschläge des Parlaments nicht übernommen. Vor allem die Schulung aller Berufsgruppen, die bei ihrer Arbeit mit Asbest in Kontakt kommen können, ist äußerst wichtig. In der derzeitigen Richtlinie wird lediglich darauf hingewiesen, dass eine Schulung stattfinden muss. Das Parlament hat einen Anhang zu dieser Richtlinie vorgeschlagen, in dem Mindeststandards für a) gewerbliche Asbestarbeiter und b) alle Berufsgruppen, die unbeabsichtigt mit Asbest in Berührung kommen können, beschrieben werden. Wie schon in der Vergangenheit für andere Berufsgruppen (Bus- und LKW-Fahrer oder Seeleute) wäre diese Festlegung von Mindeststandards bei der Sicherheitsunterweisung möglich gewesen, ohne in die Rechtschaffenheit der Mitgliedstaaten im Bereich der Bildung einzutragen. Nicht aufgenommen wurde auch der Vorschlag die Einkapselung von Asbestmaterialien zu verbieten.

Vor dem Hintergrund aktueller Erkenntnisse in den Bereichen Prävention, technische Sicherheit, Asbestscreening oder Messfragen legte das Parlament eine Reihe konkreter Änderungsvorschläge vor, von denen jedoch keiner übernommen wurde. Die Kommission

bezeichnet die Richtlinie als zweckmäßig, kündigt aber in ihrer Mitteilung an, dass sie zu einer Reihe der vom Parlament vorgeschlagenen Änderungen Leitlinien ausarbeiten wird, womit sie die zugrunde liegenden Probleme anerkennt.

Nötig: ein holistischer Ansatz

Auch die Vorschläge des EP für andere Politikbereiche sind von Bedeutung. Es schlägt einen europäischen Rahmen für nationale Asbestsanierungsprogramme vor. Für den europäischen Plan zur Krebsbekämpfung wird eine stärkere Betonung der Asbestprävention gefordert, sowie ein Asbestscreening in der Richtlinie zur Energieeffizienz in Gebäuden (2010/31/EU) vorgeschlagen. Außerdem wird eine Gesetzesinitiative für ein allgemeines Asbestscreening und ein digitales Asbestregister gefordert.

Für die Opfer von Asbestexposition wird vom EP vorgeschlagen, die europäische Liste der Berufskrankheiten an den aktuellen Stand der Forschung anzupassen, d.h. weitere asbestverursachte

Krankheiten aufzunehmen. Das Parlament hat dafür einen guten Zeitpunkt gewählt, da die Europäische Kommission diese Liste in gewissem Maße geöffnet hat, um die COVID-19-Krankheiten aufzunehmen. Die Kommission will den Beratenden Ausschuss für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz in Luxemburg dazu konsultieren. Weitere Vorschläge des Parlaments betreffen die Unterstützung von Asbestopfern und das Anerkennungsverfahren. Die Kommission sieht hier keinen Handlungsspielraum, da dies in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt.

Angekündigt hat die Kommission dagegen einen Legislativvorschlag für das Screening von Gebäuden und ein digitales Asbestregister. Die Kommission denkt allerdings nicht an einen Rechtsrahmen für nationale Asbestsanierungspläne, sondern fordert die Mitgliedstaaten auf, alle EU-Programme zu nutzen, die für diesen Zweck zur Verfügung stehen. Andere Elemente werden als einigermaßen geregelt beschrieben, wie etwa

die Vorschläge zum europäischen Plan zur Krebsbekämpfung.

Zusammenfassend kann man sagen: Das Asbestproblem hat wieder deutlich an Bedeutung gewonnen. Der Parlamentsbericht hat die thematische Betrachtung deutlich ausgeweitet. Mit den Vorschlägen der Kommission wurde eine Reihe von Punkten aufgegriffen. Die Qualität der angekündigten Maßnahmen ist auszuhandeln. Der vorgeschlagene Grenzwert ist aus Arbeitsschutzsicht zu hoch, ein europäischer Rahmen für die Beseitigung aller Asbestreste und eine gründlichere Überarbeitung der Arbeitsschutzrichtlinie wären nötig. Die allgemeine Anerkennung der Bedeutung des Asbestproblems lässt jedoch hoffen, dass die Akteure in den weiteren Diskussionen und Verhandlungen offen und pragmatisch nach Lösungen für die strittigen Fragen suchen werden. Die Verhandlungen zwischen Rat, Parlament und Kommission werden aller Voraussicht nach im Frühjahr nächsten Jahres beginnen und spannend werden.

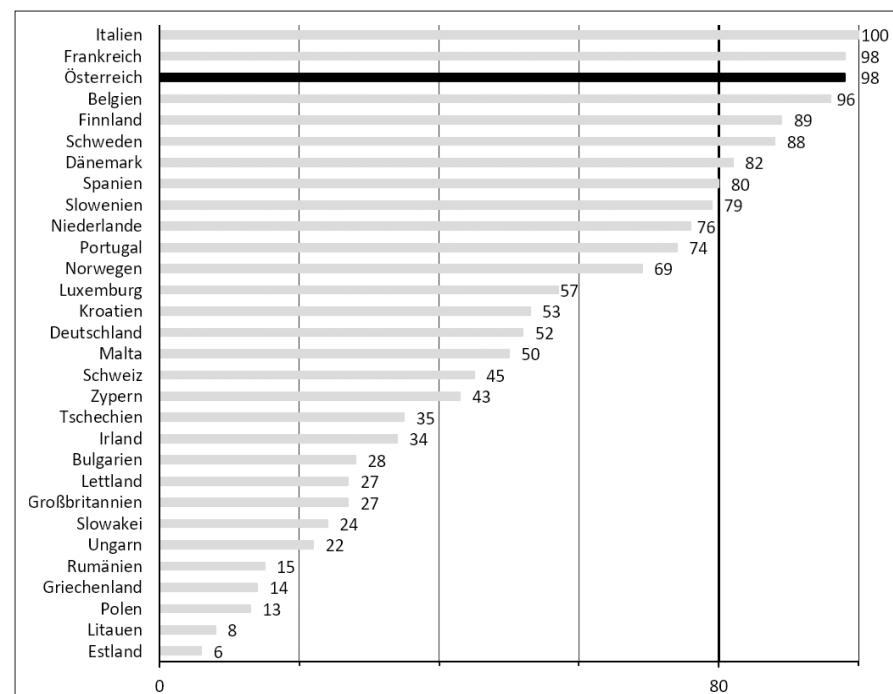
Mindestlohnrichtlinie und Tarifbindung

Rolf Gehring, Brüssel. Mit einer sehr starken Mehrheit im Europäischen Parlament im September und dann einer Verabschiedung im Rat Anfang Oktober wurde die Richtlinie für einen europäischen Rechtsrahmen zu Mindestlöhnen verabschiedet. Der Umsetzungszeitraum beträgt zwei Jahre. Kernelemente sind angemessene Mindestlöhne, Kriterium hierfür ein Lebensunterhalt, der vor Armut schützt (Orientierungsmarken 50% des Durchschnittslohns oder 60% des Medianwertes), sowie mindestens 70% Tarifbindung. Relevant auch die folgenden Vorgaben: Öffentliche Auftragsvergabe nur bei Tarifbindung; Aktionsprogramme zur Anhebung der Tarifbindung; Aufbau der Kapazitäten der Sozialpartner. Wo der Mindestlohn über Tarife für alle Beschäftigten gesichert ist, greifen die Vorgaben der Richtlinie nicht.

Die Richtlinie und vor allem der Vorgang ihrer Entstehung zeigen eine Stärke der Verfahren in der EU. Thorsten Müller (ETUI) und Thorsten Schulten (WSI) beginnen einen Aufsatz zu Entstehung und Inhalten der Richtlinie mit Ausführungen dazu, dass etwas Historisches gelungen sei. Tatsächlich hat hier ein erfolgreicher Aushandlungsprozess zwischen enorm differierenden Ausgangspunkten stattgefunden. Erstens ist die EU nicht zuständig für Tarif-, Streikrecht und Koalitionsfreiheit. Zweitens, die industriellen Arbeitsbeziehungen in den Mitgliedstaaten der EU, die Organisationsgrade und die institutionelle Rolle der Gewerkschaften in den Gesellschaften

variiert in sehr hohem Maße. Drittens, die Tarifbindung aber auch die wesentliche Ebene (allgemein, Branchen-, Haustarif) variieren erheblich, siehe Grafik aus dem Aufsatz). Viertens, insbesondere die dänischen und die schwedischen Gewerkschaften hatten sich vehement gegen eine solche europäische Richtlinie gestellt, fürchtend, ihre gesellschaftliche Rolle und die Tarifautonomie würden in-

frage gestellt. Trotz all dieser Differenzen sind weitreichende Zielstellungen zu Lebensstandards, Arbeitsbeziehungen und der Funktion von Tarifverträgen erreicht worden. Vor dem Hintergrund schwacher Organisationsgrade wird aber der Weg der Allgemeinverbindlicherklärung in vielen Ländern mittelfristig der wahrscheinlichste sein, um Tarifbindungen zu erhöhen.



* 2021 oder der jeweils aktuellste verfügbare Wert

Quelle: OECD/AIAS ICTWSS Database, für Deutschland: IAB Betriebspanel

Tarifbindung in europäischen Ländern (in Prozent der Beschäftigten in tarifgebundenen Unternehmen). Aus: Thorsten Müller und Thorsten Schulten, <https://journals.akwien.at/wug/article/view/155>

Die Fortführung der Förderung des „Sprach-Kita-Programms“ war Bestandteil des Koalitionsvertrags. Am 1. Juli jedoch beschloss das Bundeskabinett den Entwurf des Haushaltsplans 2023, danach unterrichtete das von Frau Paus, Grüne, geführte Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ) die betroffenen Einrichtungen per Brief über die Einstellung der Förderung Ultimo 2022. Wir dokumentieren in Auszügen Schlaglichter zur weiteren Entwicklung.

12. Juli: Aus für Sprach-Kitas – Bundesregierung lässt mehr als 500 000 Kinder im Stich

Pressemitteilung von Heidi Reichinnek, Abgeordnete der Linken: „Mit der Streichung des Bundesprogramms Sprach-Kitas lässt der Bund 6 900 Kitas – und somit jede achte – im Regen stehen und www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/aus-fuer-sprach-kitas-bundesregierung-laesst-mehr-als-500-000-kinder-im-stich/

Detaillierter meldeten sich sodann viele Berufs- und Betroffenenverbände, hier beispielhaft GEW und Verdi:

14. Juli: GEW: „Die Fortschritts-Koalition hat den Rückwärtsgang eingelegt“

„Auf Sonntagsreden heben die Politikerinnen und Politiker die Bedeutung der frühkindlichen Bildung hervor. Am nächsten Tag stellen sie keine Gelder mehr für hochwertige Förderprogramme bereit“, sagte Doreen Siebernik, GEW-Vorstandsmitglied für Jugendhilfe und Sozialarbeit, in Frankfurt am Main. Nach elf erfolgreichen Jahren bleibe bei www.gew.de/presse/pressemitteilungen/detailseite/gew-die-fortschritts-koalition-hat-den-rueckwaertsgang-eingelegt

mit ihnen 500 000 Kinder und 7 500 Fachkräfte. Betroffen sind hiervon vor allem Kitas in sozialen Brennpunkten, in denen Kinder ganz besonders auf Unterstützung angewiesen sind.

den Kolleginnen und Kollegen in den Bildungseinrichtungen Frustration und Enttäuschung zurück. „Tausende Fachkräfte werden im Ungewissen gelassen. Sie wissen nicht, wie es mit ihrer Anstellung weitergeht.“ Die GEW bezieht sich auf ein Schreiben an die Einrichtungen des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ).

14. Juli: Proteste von Seiten der Bundesländer

„Die Länder haben bereits frühzeitig vom Bund Planungssicherheit eingefordert. Auf Initiative Bayerns haben im Mai alle 16 Länderfamilienministerinnen und -minister den Bund zur Fortsetzung auf- www.bayern.de/bundesregierung-beendet-bundesprogramm-sprach-kitas-kinderbetreuung/

gefördert. Jetzt wurden die Länder vom Bundesfamilienministerium über das Ende des Bundesprogramms informiert. Damit missachtet der Bund die Haltung der Länder.“

20. Juli: Verdi kritisiert die Beendigung des Programmes detailliert

„Das Bundesprogramm Sprach-Kitas läuft seit 2016. Innerhalb der drei zurückliegenden Förderphasen wurden rund 7 000 Kitas durch zusätzliche Sprach-Fachkräfte unterstützt, die in den Kitas unter anderem alltagsintegrierte Angebote durchgeführt haben, um den Spracherwerb der Kinder zu begleiten. Gleichzeitig wurde ein Unterstützungs- system für eine noch größere Zahl von Kitas entwickelt und etabliert, in dem den Kitas Fachberaterinnen und Fachberater zur Verfügung stehen, die Fortbildungen und Beratung für die Fachkräfte und Kita-Leiterinnen und -Leiter anbieten. Hierbei stehen insbesondere die Themen interkulturelle und inklusive Pädagogik, alltagsintegrierte Sprachförderung, Sprachentwicklung bei Kindern mit nichtdeutscher Herkunftssprache und die Zusammenarbeit mit Familien im Vordergrund. Entgegen dem Ver- <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/>

sprechen im Koalitionsvertrag ... habe das Familienministerium nun das Ende dieses erfolgreichen Programms angekündigt und den Ländern nahegelegt, diese Arbeit über das sogenannte ‚Gute-Kita-Gesetz weiterzuführen‘ ... Die Mittel des sogenannten Gute-Kita-Gesetzes sind von den Ländern bereits verplant, das heißt, dass ein Beenden des Sprach-Kita-Programms für die Beschäftigten in den Kitas zu einer heftigen Mehrbelastung und zu einem deutlichen Qualitätsverlust führen“, so Verdi-Vize Frau Behle. Sie wies darauf hin, dass gerade in der aktuellen Situation, in der die Beschäftigten ohnehin schon aufgrund des Fachkräftemangels am Limit arbeiten und viele Kinder und Familien in Krisensituativen aufgefangen werden müssten ... Eine Weiterführung sei daher unerlässlich.“ (Verdi hatte bereits im Juni die Fortführung des Programmes angemahnt.)

16. September: Bundesrat einstimmig für Fortsetzung des Programms

Dem Beschluss der JFMK folgend, bittet der Bundesrat die Bundesregierung, das Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ auch über das Jahr 2022 hinaus fortzuführen und als dauerhaftes Bundesprogramm zu verstetigen. Sowohl die teilnehmenden Kindertageseinrichtungen als auch die im Rahmen des Bundesprogramms beschäftigten zusätzlichen Fachkräfte und Fachberatungen würden so rechtzeitig Handlungs- und Planungssicherheit erhalten. Diese Fortsetzung ist auch und gerade mit Blick auf die politische Ankündigung, „das Programm ‚Sprach-Kitas‘ weiterentwickeln und verstetigen“ zu wollen, geboten, weil sonst zu befürchten ist, dass gerade gute Sprachförderkräfte und Fachberatungen das Tätigkeitsfeld „Kindertageseinrichtungen“ verlassen, um eine neue berufliche Perspektive zu finden.

[https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2022/0401-0500/434-22\(B\).pdf?blob=publicationFile&v=1](https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2022/0401-0500/434-22(B).pdf?blob=publicationFile&v=1)

17. Oktober: Der Petitionsausschuss des Bundestages teilt mit:

Die Bundesregierung hält am Auslaufen des Bundesprogramms „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ zum Ende des Jahres fest. Das machte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen), am Montag, 17. Oktober 2022, während einer öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses deutlich. An der Wichtigkeit der sprachlichen Förderung von Kindern in den Kitas gebe es bei der Bundesregierung keinen Zweifel, sagte sie. Daher sei es das Ziel, die Förderung über das Kita-Qualitätsgesetz zu verstetigen. Den Ländern würden dafür in den kommenden zwei Jahren zusätzliche zwei Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. „Für die sechsmonatige Übergangszeit, bis diese Mittel auch in Anspruch genommen werden können, versuchen wir eine zusätzliche Finanzierung zu verhandeln“, sagte die Staatssekretärin. (...)

Aus dem Plädoyer der Petentin: Für eine weitere Bundesförderung des Programms für zwei Jahre, ehe dann die Länder die Zuständigkeit übernehmen, plädiert Wenke Stadach ...

Durch das Programm seien in vielen Kitas Strukturen und Kompetenzen geschaffen worden, damit Kinder bei ihrem Spracherwerb unterstützt und praktische Inklusionsarbeit ermöglicht wird ...

1. August: sprachkitas-retten.de: Petition „Erhalt des Bundesprogramms Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ gestartet

- Die Petentin Wenke Stadach (Kita-Leiterin einer Sprach-Kita in Mecklenburg-Vorpommern) reicht eine öffentliche Petition ein, die massiv gezeichnet wird (dokumentiert auf Seite 11).

DOK: Petition zur Rettung der Sprachkitas

Dokumentiert aus: sprachkitas-retten.de: Am 1. August 2022 hat die Petentin Wenke Stadach (Kita-Leiterin einer Sprach-Kita in Mecklenburg-Vorpommern) eine Petition an den Deutschen Bundestag gerichtet, die sich für den Erhalt des Bundesprogramms „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ einsetzt. Die Petition wurde als öffentliche Petition eingereicht. Die Mindestzahl von 50 000 Unterschriften wurde deutlich übertroffen. Am 17. Oktober 2022 kommt es daher zu einer offiziellen Anhörung im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. An dieser Anhörung wird auch die Bundesfamilienministerin oder eine Vertreterin des Bundesfamilienministeriums teilnehmen.

sprachkitas-retten.de/mission/

Mission: Im Juli 2022 hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über das Ende des sehr erfolgreichen Bundesprogramms „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel der Welt ist“ informiert. Hintergrund hierfür ist der von der Bundesregierung verabschiedete Entwurf für den Bundeshaushalt 2023, in dem leider kein weiteres Geld für das Sprach-Kita-Programm vorgesehen ist. (Wozu es Sprachkitas gibt, wird hier erklärt)

Dass dieser Entwurf das Ende der Sprach-Kitas bedeutet, steht aber noch nicht fest, denn der Bundeshaushalt wird nun in den nächsten drei Monaten im Bundestag diskutiert und final Ende November verabschiedet. Wir, eine Initiative aus Erzieherinnen und Erziehern, Eltern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Politikerinnen und Politikern sowie Verbänden und Organisationen sehen eine Chance, die Sprach-Kitas doch noch zu retten. Dafür müssen wir so viele Abgeordnete wie möglich im Bundestag vom Erfolg und Nutzen des Programms überzeugen.

Zentraler Bestandteil der Kampagne „Sprach-Kitas retten“ ist eine beim Deutschen Bundestag eingereichte Petition der Petentin Wenke Stadach, Kita-Leiterin einer Sprach-Kita aus Mecklenburg-Vorpommern.

Wir haben es gemeinsam geschafft, in den letzten Wochen mehr als 50 000 Unterschriften für diese Petition zusammen zu bekommen. Daher wird es am 17. Oktober 2022 eine verpflichtende Anhörung

im Petitionsausschuss des Bundestages unter Teilnahme der zuständigen Ministerien geben. Der Erhalt der Sprach-Kitas kommt unseren Kleinsten zugute, denn über Jahre wurden erfolgreiche Strukturen und Kompetenzen aufgebaut. Wir wollen alles dafür tun, damit wir die Sprach-Kitas retten.

sprachkitas-retten.de/was-sprachkitas-sind/

Was Sprachkitas sind: Um die Bildungschancen von Kindern zu verbessern und nachhaltig eine höhere pädagogische Qualität für die Familien anbieten zu können, stehen im Bundesprogramm Sprachkitas drei Themen im Mittelpunkt: Alltagsintegrierte sprachliche Bildung, Integrative Pädagogik und Zusammenarbeit mit den Familien. In den letzten zwei Jahren ist noch das Thema Digitalisierung hinzugekommen.

Sprachkitas sind Orte, an denen die Fachkräfte auf vielfältigste Art Kinder in ihrer sprachlichen Entwicklung unterstützen und ihnen so Wege der Kommunikation in der Gruppe und im gesellschaftlichen Leben eröffnen. In ganz besonderer Weise werden dabei die Familien in ihrer Verschiedenheit einbezogen.

Der große Schatz, der sich aus der Vielfalt der Menschen ergibt, wird in den Sprachkitas in den Mittelpunkt gestellt, damit die Kinder und Familien sich als wichtige Persönlichkeiten verstehen können. Im Alltag der Kitas sind in den letzten Jahren zahlreiche Angebote für und mit den Kindern entstanden, Beispiele sind Kinderbibliotheken, feinfühlige Kommunikation in Alltagssituationen, gemein-



same Aktivitäten mit den Familien, der Einstieg in die digitale Welt oder die Auseinandersetzung mit Beteiligung im Alltag. Hunderte von sogenannten „Best Practice“ Beispielen spiegeln, mit welcher Intensität in diesem Bundesprogramm an verbesserten Bildungsmöglichkeiten für die Kinder gearbeitet wird. Vieles dieser sehr anspruchsvollen Arbeit kann nur umgesetzt werden mit Unterstützung.

Die zusätzlichen Fachkräfte mit einem Stellenanteil einer halben Stelle, in sehr großen Kitas auch einer ganzen Stelle, unterstützen die Fachkräfte, beobachten, leiten an, geben Feedback, beraten und geben auch neue Erkenntnisse an die Erzieher*innen weiter. Sie selbst und die Kitaleitungen, die die Organisation und die Umsetzung in der Kita verantworten, werden als Tandem von zusätzlichen Fachberatungen regelmäßig geschult sowie in den Kitas vor Ort unterstützt und beraten. Über diese Multiplikatoren gelangt regelmäßig neues Wissen in die Kitas, aus dem durch die Anleitung der zusätzlichen Fachkräfte und die Qualifizierung der zusätzlichen Fachberatungen die Fähigkeiten wachsen, die die Kinder und Familien so dringend benötigen.

Die zusätzlichen Fachberatungen sind mit einem Stellenanteil von 20 Stunden für 15 Kitas zuständig. Durch die langjährige Zusammenarbeit und den regelmäßigen Fluss von wissenschaftlich fundierten pädagogischen Inhalten in die Einrichtungen ist nachweislich die Qualität in den Sprachkitas gestiegen, die Kinder erhalten also bessere Bedingungen und eine bessere Förderung in ihrer Entwicklung.

Vor den Abgeordneten erläuterte sie, als Kita-Leiterin erst Mitte des Jahres vom Auslaufen des Programms informiert worden zu sein. Diese Entscheidung habe für Wut und Frust sowie Verunsicherung bei vielen Kollegen gesorgt.

„Einige von ihnen haben sich aufgrund der Unsicherheit neue Jobs gesucht“, sagte Wenke Stadach. Der Schaden sei www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw42-pa-petition-914534

Das kann das letzte Wort nicht sein
Das Ziel, allen Kindern den Spracherwerb zu erleichtern, ist im öffentlichen Interesse. Sollte dazu eine Veränderung der Strukturen nötig sein, braucht das Zeit.

Die von der Petition ins Spiel gebrachte Umbauzeit von 2 Jahren ist eher Minimum, die – aktuell auch noch unter Finanzierungsvorbehalt gestellten – 6 Monate sind zu wenig. Das weiß die Fachwelt, das spüren die Betroffenen., und das ist jetzt, dank der politischen Initiative der Petition auch in der Öffentlichkeit klargestellt. Die Fachministerin bleibt gefordert.

11. November. Haushaltsausschuss beschließt befristete Fortführung Sprach-Kitas-Bundesprogramm bis zum 30. Juni 2023.

„.... Die Mittel sind gesperrt, für die Aufhebung der Sperre ist vom Ministerium eine Nettokreditaufnahme-neutrale Gegenfinanzierung sicherzustellen.“

www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-920672



Mit 58,4% setzte sich Kandidatin der Linken Eva-Maria Kröger (geb. 1982) in der OB-Stichwahl gegen Michael Ebert (Einzelbewerber) durch. Die Amtszeit beträgt sieben Jahre. Kröger war mit einem Wahlprogramm angetreten, das Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt konkretisiert. Wir dokumentieren aus der Einleitung. Das gesamte Programm ist zu finden unter <https://obmwahl2022.eva-kroeger.de/wahlprogramm/> – Wir berichten weiter.

Rostock, wir kümmern uns! – Eva-Maria Kröger. Gut für die Stadt – Wahlprogramm der Partei Die Linke Rostock zur OB-Wahl 2022

Die Einwohner*innen unserer Stadt haben Vertrauen verloren. Vertrauen in die Politik und Vertrauen in die Verwaltung. Eine Krise jagt die nächste, wir kommen nicht zur Ruhe. Aktuell reden wir vor allem darüber, wie wir sicher und solidarisch durch den Winter kommen. Wir als Die Linke kümmern uns um eine stabile Versorgung, den Schutz der Einrichtung der Daseinsvorsorge und darum, dass niemand frieren muss!

Unsere Oberbürgermeisterkandidatin Eva-Maria Kröger macht seit 13 Jahren Kommunalpolitik als Vorsitzende der größten Fraktion in der Bürgerschaft.



Hamburg: Volksnis verhandeln erfolgreich für eine nachhaltige Mieten- und Bodenpolitik

Sozialwohnungen bleiben 100 Jahre günstig. Öffentliche Wohngrundstücke werden nur noch in Ausnahmefällen verkauft. Zwei Jahre beinharte Verhandlungen der Volksnis mit dem Hamburger Senat haben zu Ergebnissen geführt, die sich sehen lassen können und eine nachhaltige Mieten- und Bodenpolitik in der Hansestadt befördern werden.

Sozialwohnungen werden nicht mehr wie bisher nach 30 Jahren aus der Preisbindung fallen, sondern erst nach 100 Jahren und Mieter:innen mit wenig Einkommen damit langfristig günstigen Wohnraum bieten. „Die Notwendigkeit, immer wieder geförderte Wohnungen neu zu bauen, entfällt, wenn Wohnungen nicht nach kurzer sozialer Zwischennutzung auf dem freien Markt zu Mondpreisen angeboten werden dürfen“, freut sich Marc Meyer, MhM-Syndikusrechtsanwalt sowie Vertrauensmann der beiden Volksniss, über diese ökologisch und ökonomisch wichtige Festschreibung. Auch wenn es einige Ausnahmen bei dem Verkauf von öffentlichen Wohngrundstücken geben wird, wird der Grundsatz, Wohngrundstücke der Stadt Hamburg nicht verkaufen zu können, Verfassungsrang bekommen. „So kann der Schutz vor Bodenspekulation nicht bei der nächsten Regierungsbildung in Hamburg wieder rückgängig gemacht werden“, betont Marc Meyer.

<https://mhmhamburg.de/blog/news/keine-profite-mit-boden-und-miete-einigung-mit-hamburger-senat>

Seit 6 Jahren streitet sie für die Interessen der Stadt als Mitglied des Landtages in Schwerin. Sie ist Rostockerin durch und durch, sie ist hier fest verankert. Wir finden: Das Rathaus ist kein Ort, um sich mal auszuprobieren oder ständig neue fixe Ideen zu entwickeln. Das Oberhaupt der Verwaltung soll verlässlich sein, es soll Zusagen einhalten und vor allem endlich umsetzen, was lange versprochen und beschlossen ist. Rostock braucht eine Oberbürgermeisterin, die das verloren gegangene Vertrauen zurückgewinnen kann, die sich kümmert, die pragmatisch, verbindend und

verbindlich ist. Eva-Maria Kröger kann diese Person sein. Sie ist gut für die Stadt! Grundlage für eine handlungsfähige Stadt und eine vertrauenswürdige Stadtpolitik ist eine gute Beziehung zwischen Bürgermeisterin und Bürgerschaft. Eva-Maria Kröger leistet seit vielen Jahren als Fraktionsvorsitzende verlässliche und gute Arbeit in der Kommunalpolitik. Dabei lebt sie immer den Anspruch des guten und partnerschaftlichen Miteinanders mit allen demokratischen Akteuren – innerhalb der Partei, in der Bürgerschaft, im Landtag und in Zukunft auch als Ihre Oberbürgermeisterin!

Keine grüne Oberbürgermeisterin in Heidelberg

Alfred Küstler, Stuttgart. Wir hatten berichtet, dass die Grünen bei der OB-Wahl in Stuttgart nicht zum Zuge kamen (Politische Berichte, Nr. 6/2020). Jetzt unterlag auch in Heidelberg, einer Universitätsstadt, in der die grüne Partei in der Regel hohe Prozentwerte erreicht (Bundestagswahl 2021: Direktmandat für Grüne), die Kandidatin der Grünen Theresia Bauer gegen den parteilosen Amtsinhaber Eckardt Würzner im zweiten Wahlgang mit 42,4% zu 54,0%.

Die baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer hatte ihr Amt aufgegeben und hoffte, in einer grünen Hochburg als Oberbürgermeisterin ihre Karriere fortsetzen zu können. Als Wissenschaftsministerin hatte sie zwar häufig die Auszeichnung „beste Wissenschaftsministerin der Bundesrepublik“ erhalten. Diese Auszeichnung vergibt der Deutsche Hochschulverband, die Hochschullobby war mit der Ministerin also zufrieden. Weniger zufrieden war der baden-württembergische Landtag. In einem Untersuchungsausschuss bemängelte dieser die sehr freigiebigen Zulagen für einige Hochschulprofessoren.

Die Hoffnung von Theresia Bauer, im studentischen Milieu fischen zu können, ging nicht auf. Im ersten Wahlgang erreichte Würzner 45,6%, Theresia Bauer 28,6% und der SPD-Kandidat 13,5%. Bei den Studenten war Theresia Bauer als Wissenschaftsministerin nicht umstritten. Sie hatte recht hohe Gebühren für ausländische Studierende eingeführt.

Wahlen zum Oberbürgermeister sind immer sehr stark personenbezogen, daher sind Verallgemeinerungen nur mit Vorbehalt zu machen. Dennoch kann man von einer Serie sprechen: 2018, Freiburg, der Amtsinhaber, OB Dieter Salomon, Grüne, verlor gegen den parteilosen Martin Horn. Der Titel „Öko-Hauptstadt“ reichte nicht gegen die Vernachlässigung des Sozialen, insbesondere beim Wohnungsbau.

2020, Konstanz, Amtsinhaber, OB Uli Burchardt, CDU, gewann die Stichwahl gegen Luigi Pantano, von den Grünen aufgestellter Kandidat, Mitglied

der Linkspartei. Burchardt hatte 2012 den ersten grünen Großstadt-OB, Horst Frank, abgelöst.

2020, Stuttgart, Amtsinhaber Fritz Kuhn, Grüne, kandidierte nicht mehr. Die Kandidatin der Grünen gibt mit 17,4% nach dem ersten Wahlgang auf. Gewählt wird Frank Nopper, CDU. Die grüne Bilanz von OB Kuhn war nicht überzeugend, es gab zu viele „Masterpläne“ und „Chefsachen“ ohne Umsetzung.

2022 Tübingen, der Amtsinhaber Boris Palmer kandidiert als Unabhängiger, weil gegen ihn ein Ausschlussverfahren bei den Grünen läuft. Er wird bereits im ersten Wahlgang mit 52,4% gewählt. Die Kandidatin der Grünen erhält nur 22%. Bei einer erfolgreichen Stadtentwicklung mit Ansiedlung von Biotech-Firmen, da waren allgemeinpolitische Aufreger und Provokationen des OB bei Twitter den Wählern vermutlich nicht so wichtig.

Bilanz: Damit stellen die Grünen in keiner einzigen Universitätsstadt Baden-Württembergs mehr den Oberbürgermeister, insgesamt stellen sie in Baden-Württemberg nur sechs Bürgermeister und drei Oberbürgermeister in 1101 Gemeinden, obwohl sie seit mehr als zehn Jahren führende Regierungspartei sind. Die grüne Landespartei will jetzt mit Coaching, Kandidatenschulungen und einem Handbuch Abhilfe schaffen. Ob das hilft? Das Problem liegt eher in der Diskrepanz von hegemonaalem Anspruch (à la Gramsci) und den Anforderungen an einen Oberbürgermeister im Verwaltungshandeln, der Interessen und damit Konflikte managen muss.

Energie, aber fair ... für Thüringen

407 Millionen Euro Sondervermögen zur Bewältigung der Energiekrise beschlossen.

Der Thüringer Landtag hat auf Antrag der Fraktionen von Die Linke, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen und aufgrund der rot-rot-grünen Ministeriumsregierung notwendigen Stimmen von CDU mit der Sondersitzung am 14.10. die Umwandlung der Corona-Pandemie-Hilfefonds in einen Thüringer Energiekrise- und Corona-Pandemie-Hilfefonds beschlossen. Zusammen mit dem noch vorhandenen Kapital aus dem Fonds stehen über 400 Millionen Euro Landesmittel zur Verfügung, um vorrangig die Folgen der Energiekrise zu bewältigen.

Aus den Mitteln können Zahlungen geleistet werden für:

1. Härtefallhilfen für private Haushalte zur Absicherung eines angemessenen Grundbedarfs von Haushaltsenergie und Heizung bei drohender Unterbrechung der Energieversorgung,
2. Maßnahmen und Liquiditätshilfen für private Unternehmen aus allen Bereichen, denen aufgrund der Energiekrise und damit verbundener gestiegener Betriebskosten eine wirtschaftliche Existenzgefährdung durch Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung droht,
3. Maßnahmen und Liquiditätshilfen für kommunale Unternehmen privaten Rechts, bei denen aufgrund der Energiekrise und der damit verbundenen gestiegenen Betriebskosten eine Zahlungsunfähigkeit oder eine Überschuldung droht,
4. Heizkostenzuschüsse für Schulträger sowie die Träger von Kindertageseinrichtungen und anderer frühkindlicher Betreuungsangebote,
5. Härtefallhilfen und Zuschüsse für Vereine, freie Träger, Krankenhäuser und weitere Organisationen und Einrichtungen aus den Bereichen Sport, Kultur, Erwachsenenbildung, der Kinder- und Jugendhilfe, Wissenschaft und Forschung sowie Soziales, denen aufgrund der Energiekrise eine Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung droht,
6. Zuschüsse zur Transformation von Energieträgern, Energieeffizienzsteigerung und Energieeinsparung.

<https://energie-aber-fair.de/2022/10/18/fuer-thueringen/>

Statt „heißer Herbst“ kommunale Herausforderungen

Die Diskussion in den letzten Monaten über die Energiepreisbremse war in jeder Hinsicht überraschend. Wer hätte erwartet, dass die Bundesregierung 200 Milliarden Euro in die Hand nimmt? Ohne die europäische Vorreiterrolle von Frankreich, Spanien und Portugal mit einem Energiedeckel wäre das nicht möglich gewesen. Dagegen war die öffentliche Mobilisierung auf der Straße gering, aber es gab viele öffentliche Diskussionen in Gremien, Vereinen, Verbänden und im Privaten. Die Bundesregierung hat sich bewegt. Die Gasumlage fiel und statt einer Übergewinnsteuer kommt nun eine Zugewinnsteuer. Auf so einen Namen muss man schon kommen.

JÖRG DETJEN, KÖLN

Interessant sind der Zwischen- und der Abschlussbericht der ExpertInnenkommission Gas¹, die praktisch das jetzige Vorgehen der Bundesregierung ausgearbeitet hatte, auf das wir hier jetzt nicht eingehen. Interessant ist aber, dass die Kommission in ihren Berichten weitergehende Vorschläge gemacht hat, die leider nicht berücksichtigt wurden:

- „Empfohlen wird ein Kündigungsmoratorium für Mietverträge, vergleichbar der gesetzlichen Regelung zur Corona Pandemie“
- „Fähigkeit zu sozial-differenzierten Direktzahlungen des Bundes“. Das wäre ein Schritt, um auch soziale Tarife auf Bundesebene einzuführen, die bisher nicht Praxis deutscher Politik sind.

Darüber hinaus fordert die Kommission ein europäisches und globales Vorgehen in allen Belangen der Energiepolitik. Hier stellt sich erneut die Frage, warum die Linke-Bundestagsfraktion nicht die Umsetzung der EU-Leitlinien gegen Energiearmut einfordert.

Es gibt aber weitere zahlreiche Baustellen, die noch offen sind. Darf die Regierung Kapitalisten fördern? Verstößt das gegen das europäische Beihilferecht? Wie soll ein bundesweiter Härtefallfonds für die Kultur gestaltet werden und wie sollen die sozialen Träger und Einrichtungen unterstützt und finanziell entlastet werden?

Für die Kommunen und die Stadtwerke gibt es zahlreiche Herausforderungen, die gemeistert werden müssen. Wir wollen das an konkreten Beispielen aus der Praxis darstellen:

Kommunale Härtefallfonds und Härtefallfonds von Stadtwerken

Einige Stadtwerke (München, Köln² u.a.) haben bereits nach der Sommerpause erklärt, Härtefallfonds zu bilden, um Kunden zu unterstützen, die die Rechnung des Unternehmens nicht bezahlen

können. Z.B. können in Köln bis zu 500 Euro Schulden ausgebucht werden. Voraussetzung ist, dass die soziale Notlage nachgewiesen wird.

Es gibt aber kleine Stadtwerke, die gar nicht die finanziellen Möglichkeiten haben Fonds zu errichten, sondern finanzielle Zuschüsse brauchen, weil sie keine Rücklagen haben und jetzt bei dem teuren Energieeinkauf in Liquiditätsprobleme kommen.

Es gibt Kommunen, die haben gar keine Stadtwerke, sondern der Grundversorger ist ein privates Unternehmen. Diese Unternehmen machen sich in der Regel einen schlanken Fuß.

Es gibt aber auch Härtefallfonds der Kommunen: für die Sportvereine, für die Kultur und anderes. Die Stadt Köln hat z.B. nach heftigen Diskussionen einen Etat von fünf Millionen Euro bereitgestellt. Wobei allen Akteuren klar ist, das wird nicht reichen. Mal sehen.



Stromsperren

Das wollten die Grünen mal verbieten. Davon hört man nichts mehr. Solchen Sperren kann man über die Härtefallfonds begegnen, aber generell nicht ausschließen. Interessant ist, dass in der Coronazeit viele Energieunternehmen die Sperren nicht angewandt haben. Das ist diesmal nicht der Fall. Hier ist eine hohe Aufmerksamkeit wichtig, damit Menschen nicht im Dunkeln bleiben. Die laufenden Stromsperren müssen öffentlich bekannt gemacht werden, um ihnen wirksam zu begegnen.

Runde Tische

Die Kommunen sollten Runde Tische gegen Energiearmut und Stromsperren schaffen. Zusammen mit Wohlfahrtsverbänden, Mieterverein, Schuldnerberatung, Verbraucherzentrale, Seniorenvertretungen und Arbeitslosenzentren, Stadt und JobCenter. Hier muss ein Netzwerk geschaffen werden, um schnell zu reagieren und den Menschen konkret zu helfen. ►

Ombudsstelle gegen Energiearmut

Das ist ein Wiener Modell, mit dem die Wiener Stadtwerke den Menschen zahlreiche Angebot machen, wie Stromsparen verhindert werden können. Dieses Modell hat sich über viele Jahre bewährt. Dieses österreichische Modell ist eine Umsetzung der EU-Leitlinie gegen Energiearmut, die die Bundesregierung seit vielen Jahren immer wieder aussitzt.

Energieeinsparprojekte

Das bundesweit bekannteste Projekt ist der Stromspar-Check des Caritasverbandes.³ Diese örtlichen Akteure gibt es schon weit über zehn Jahren. In Köln werden z.B. jedes Jahr 5000 Personen beraten, vor allem Menschen mit wenig Einkommen. Diese Projekte müssen gerade jetzt ausgebaut werden. Energieeinsparen will gelernt sein. Gerade hier sollte die Linke viel intensiver einsteigen.

Verbraucherberatung und Schuldnerberatung

Hier sollten die Kommunen jetzt zusätzliche Mittel in die Hand nehmen, um die Projekte auszubauen. Hohe Strompreise wird es auf Dauer geben. Darauf sind

1 <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/abschlussbericht.html> 2 https://www.rheinenergie.com/de/hilfecenter/rechnung_und_zahlung_1/haertefallfonds/haertefallfonds.html?modallId=emergencyNotification 3 <https://www.stromspar-check.de> 4 <https://www.tacheles-sozialhilfe.de/aktuelles/archiv/zum-uebernahmeanspruch-auf.html>

die Menschen vorerst nicht eingestellt. Die Verbraucherzentralen werden vom Land gefördert. In der Regel gibt es eine 50:50 Finanzierung mit den Kommunen. Schon jetzt merken die Träger der Einrichtungen, dass sehr viel Menschen ihre Angebote einfordern.

Elektro-Geräte für Haushalte mit wenig Einkommen

Über die Kommunen und JobCenter haben Menschen nach dem SGB II und dem Asylbewerberleistungsgesetz die Möglichkeit, z.B. für die Erstausstattung der Wohnung Geräte zu erhalten. Es lohnt sich, die jeweiligen Richtlinien anzusehen, ob auch Elektrogeräte mit hohen Umweltstandards vorgesehen sind. Umweltgerechtigkeit sollte das kommunale Handeln begleiten!

Heizkostenabrechnung bei Geringverdienern

Auch wer wenig verdient, aber kein Hartz IV bezieht, kann mit der jährlichen Heizkostenabrechnung einmalig einen Zuschlag beantragen. Anspruchsberechtigt sind Menschen, die bis ca. 1700 Euro netto im Monat verdienen. Unmittel-

bar nach Erhalt der Jahresabrechnung müssen diese Mittel innerhalb von vier Wochen beantragt werden. Das ist kaum bekannt. Der bürokratische Aufwand ist hoch. Trotzdem ist wichtig die Menschen über ihre Rechte zu informieren!⁴

Erhöhung und Ausweitung des Wohngeldes

Sehr früh hat die Bundesregierung die Ausweitung des Wohngeldes angekündigt, von ca. 600 000 auf 2 Millionen Bezieherinnen und Beziehern. Es gibt erste Berechnungen, die von einer durchschnittlichen Erhöhung von 180 Euro auf 340 Euro ausgehen. Grundsätzlich ist das zu begrüßen. Das Problem ist die Umsetzung. Die bisherigen Wohngeldformulare sind komplex und die kommunalen Fachkräfte rar. Inzwischen sind die Landesregierungen aufgewacht, und kündigen an, dass das Wohngeld erst Monate später ausgezahlt werden kann. Das ist nicht zu akzeptieren, weil die Menschen das Recht haben, dass die Leistungen sofort ausgezahlt werden müssen. Hier sollte darauf hingewirkt werden, dass die Kommunen kurzfristig Abschlagszahlungen gewähren. Das ist möglich.

Diskussionsveranstaltung „Solidarisch durch die Krise“ – Linke Essen will Vernetzung vor Ort fördern

Was kann auf kommunaler Ebene gegen die massiven Folgen von Krieg, Krise und Inflation getan werden? Wie kann der sozialen Spaltung und der steigenden Armut entgegen gewirkt werden? Dies waren die Leitfragen einer gemeinsamen Diskussionsveranstaltung von Partei und Stadtratsfraktion Die Linke in Essen Mitte November.



Von links nach rechts: DIETER HILLEBRANDT, Vorsitzender der DGB-Region Mülheim, Essen, Oberhausen; SIW MAMMITZSCH, Mietergemeinschaft Essen; OLIVER KERN, Geschäftsführer der AWO Essen; KATHARINA FEY, Leiterin der AWO-Schuldnerberatung; BERNT KAMIN-SEGGEWIES, stellvertretender Bezirksgeschäftsführer Verdi Ruhr West; LARS MARTIN KLINE, Geschäftsführer Stadtwerke Essen (SWE)

GABRIELE GIESECKE, ESSEN

WOLFGANG FREYE, Sprecher des Kreisverbandes Die Linke, skizzierte zum Auftakt kurz die sogenannten Entlastungspakete der Ampelkoalition. Dass die größten Entlastungen bei den geplanten Gas- und Strompreisbremsen ausgegerechnet die besser gestellten Teile der Bevölkerungen besonders begünstigen, sei sozial ungerecht und vertiefe die soziale Spaltung. Sowie überhaupt erst gesellschaftlicher Druck dafür gesorgt habe, dass Gruppen wie die Rentnerinnen und Rentner und Studierende die Energiepauschalen erhalten. Steigende Energiepreise trafen aber auch kleinere und mittlere Betriebe, Wohlfahrtseinrichtungen, Vereine etc. zum Teil existenzbedrohend. Steigende Kosten verstärkten aber auch die finanzielle Notlage der Stadt Essen – die bisher angekündigten Hilfen sind hier völlig unzureichend. Die Linke Essen wolle mit der Veranstaltung zur Vernetzung derjenigen Akteure beitragen, die mit den sozialen Folgen der Krise direkt konfrontiert sind. Sinnvoll sei aus Sicht der Linken die Wiederbelebung des Sozialforums Essen, um Maßnahmen gegen die soziale Schieflage zu entwickeln

und einzufordern.

DIETER HILLEBRANDT, Vorsitzender der DGB-Region Mülheim, Essen, Oberhausen, machte mehrere Ursachen für die aktuelle Preisentwicklung aus: 1. Der notwendige, überfällige Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft zur Abfederung des Klimawandels kostet sehr viel Geld. Das bekannte Problem wurde Jahrzehnte verschlafen. Dies bringt erhebliche Folgekosten mit sich, z.B. die Beseitigung der Schäden der Flutkatastrophe im Ahrtal. 2. Die Corona-Pandemie hat die Kosten im Gesundheitswesen aber auch insgesamt in der Arbeitswelt nach oben getrieben. Er verwies darauf, dass dort, wo Gewerkschaften und Betriebs-/Personalräte in den Betrieben stark sind, der Schutz der Beschäftigten auch in der Pandemie gegriffen hat. So seien neben gesundheitlichen Schutzmaßnahmen z.B. auch betriebliche Zuschläge durchgesetzt worden. 3. Durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine wird die Krise jetzt noch verstärkt. Deshalb sei es wichtig, soziale Bündnisse zu bilden und bestehende Bündnisse zu verstärken. So unterstütze der DGB weiterhin das lokale Bündnis für bezahlbaren Wohnraum in Essen. Insgesamt allerdings fehle ihm die „Phantasie“, wie den sozialen Verwerfungen wirksam entgegengetreten werden könne. Die „Sozialneid-Debatte“, die insbesondere Wirtschaftsverbände und CDU/CSU jetzt gegen die durchaus kritikwürdige Bürgergeldreform der Ampelkoalition anzetteln, wies er zurück. Reflexartige Proteste seien aus seiner Sicht allerdings nicht zielführend, es brauche auch neue Ideen für den sozialen Ausgleich.

Für die Wohlfahrtsverbände in Essen rückte OLIVER KERN, Geschäftsführer der AWO Essen, vor allem den drohenden Kollaps bestehender Institutionen wie Kitas, Schulen, offener Ganztag und Einrichtungen des Gesundheitswesens in den Blick. Hier haben die Belastungen der Corona-Pandemie das hauptamtliche Personal an den Rand der Belastbarkeit geführt. Dies gelte auch für die etwa 1000 ehrenamtlich tätigen Menschen, die sich in Essen allein im Umfeld der AWO engagieren. Ein besonderes Problem stellen die steigenden Energiekosten für den Weiterbetrieb der Hilfeeinrichtungen dar. In einem reichen Land wie Deutschland könne Geld eigentlich nicht das Problem darstellen, allerdings führe die Abkopplung „der Politik von den Menschen“ zunehmend zu einem Vertrauensverlust in der Bevölkerung.

LARS MARTIN KLIEVE, Geschäftsführer der 51% kommunalen Stadtwerke Essen (SWE), konzentrierte sich zunächst auf die Darstellung des Gasmarktes und streifte nur am Rande den Strommarkt.

Hamburg. Unter der Losung „Solidarisch aus der Krise“ demonstrierten am 29. Oktober ca. 2500 Menschen



Sie folgten dem Aufruf von zuletzt über 70 Organisationen – Stadtteil- und andere Initiativen, Gewerkschaften, Parteien ...

Auch wenn die Demonstration für Hamburger Verhältnisse nicht besonders groß war, war sie ein ermutigender Auftakt für die Auseinandersetzungen um solidarische Wege aus der Krise.

Das Bündnis plant weitere Veranstaltungen und Aktionen.

Foto: Christiane Schneider.

Die SWE sind in Essen Grundversorger für Gas, für Strom ist dies der E.ON-Konzern. Durch die langfristige Beschaffungspolitik der SWE werden die oftigen Preissteigerungen erst mit Zeitverzug bei den Kunden ankommen. Kritisch äußerte sich Klieve (er hat ein CDU-Parteibuch) zur Politik der Bundesregierung. So sei die aus seiner Sicht unsinnige Gas-Umlage zwei Tage vor ihrem Inkrafttreten am 1.10.2022 zurückgezogen worden – die internen umfangreichen Vorbereitungsarbeiten seiner Mitarbeitenden waren so überflüssig. Dies habe für Frustration in der Belegschaft gesorgt, da die Belastungen z.B. durch einen deutlich höheren Beratungsbedarf der Kunden sowieso ständig steigen. Klieve sprach sich deutlich gegen ein Verbot von Strom- und Gasperren aus. Die bisherigen Hilfen für Kunden, wie Stundungen durch den Versorger oder vorübergehender Sozialleistungsbezug seien ausreichend. Er verwies darauf, dass ein zehnprozentiger Forderungsausfall zu Mindereinnahmen von 28 Mio. Euro bei den SWE führen würden – dies könnten die Stadtwerke nicht aus eigener Kraft stemmen.

BERNT KAMIN-SEGGEWIES, stellvertretender Bezirksgeschäftsführer Verdi Ruhr West, beleuchtete schwerpunktäßig die Situation der ca. 10 000 Beschäftigten der Stadtverwaltung Essen. Die Arbeitsbelastung der Beschäftigten sei in den letzten Jahren noch mal gestiegen. Hier wirkt vor allem der vor zehn Jahren gefasste Beschluss des Stadtrates, 1000 Stellen abzubauen, nach, auch wenn er nicht vollständig umgesetzt wurde. Allein die Ausweitung der Wohngeldberechtigten ab 1.1.2023 erfordere 25 zusätzliche Stellen im Wohngeldamt. Bisher sind diese Stellen nicht besetzt und selbst wenn, dauere es, bis die Ein-

arbeitung erfolgt sein. In der Folge sei damit zu rechnen, dass Anspruchsberichtigte monatlang auf ihr Geld warten müssten – unzumutbar in der jetzigen Situation. Darüber hinaus seien Stellenbesetzungen sowieso schwierig, hier wirke sich der Fachkräftemangel aus. Dies gelte auch für die Gewinnung von Auszubildenden. Verdi fordere daher u.a. erleichterte Zugangsbedingungen für Tätigkeiten im öffentlichen Dienst und sei zu Gesprächen dazu bereit. Eine weitere Aufgabe sei die Durchsetzung einer zeitgemäßen Entlohnung, die in den nächsten Tarifverhandlungen einen Schwerpunkt bilden werden. Ohne eine Stärkung der kommunalen Finanzkraft ließen sich die Herausforderungen nicht bewältigen. Insbesondere im Ruhrgebiet müsse die Altschuldenproblematik gelöst werden. Er verstehe, dass viele Menschen Angst vor ihrer Zukunft haben. Ein Automatismus, dass sie deshalb nach Rechts rücken, sei aber nicht gegeben, wenn ihre Anliegen z.B. durch die Arbeit der Stadtverwaltungen beachtet würden. Deshalb sei die Lösung der Altschuldenproblematik insbesondere der Kommunen im Ruhrgebiet drängend, um die Handlungsspielräume zu erweitern.

In der AWO-Schuldenberatung beobachteten die Berater*innen eine Veränderung der sozialen Herkunft der Ratsuchenden. Immer stärker kommen Menschen aus der unteren Mittelschicht, die ihren Lebensunterhalt nicht mehr finanzieren können, so berichtete die Leiterin KATHARINA FEY. Beängstigend sei auch, dass „klassische“ Hilfen, wie das Aufstellen von Haushaltsplänen, nicht mehr greifen, da die Einsparpotentiale von den Hilfesuchenden bereits ausgeschöpft seien. Deshalb seien direkte Hilfen zielgenauer an einkommensschwache

che Menschen nötig. Sie forderte mehr Anstrengungen in der Präventionsarbeit, z.B. sollte die finanzielle Bildung in den Schulen endlich einen angemessenen Stellenwert erhalten.

Als letzte im Reigen schilderte SIW MAMMITZSCH vom Verein Mietergemeinschaft die aus ihrer Sicht dramatische Entwicklung. Es gibt einen deutlichen Anstieg der Beratungsanfragen zu den unterschiedlichsten Bereichen, der von dem kleinen Verein kaum zu bewältigen sei. Viele Menschen kämen mit ihren Betriebs- und Heizkostenabrechnungen, die z.T. die Grundmiete überstiegen und die ihre finanziellen Möglichkeiten erheblich übersteigen. Beratung suchen Leute auch bei Mieterhöhungen. Allein in den letzten vier Jahren ist der Mietspiegel in Essen um 16 % gestiegen und vor allem die großen Wohnungsgesellschaften wollten diesen Anstieg auch durchsetzen. War in Essen und dem Ruhrgebiet insgesamt der Wohnungsmarkt bis vor ein paar Jahren noch relativ entspannt, so führt die gestiegene Nachfrage vor allem durch den Zuzug geflüchteter Menschen dazu, dass jetzt auch lange „nicht vermietbarer“ Wohnraum vermietet werden kann. In der Folge suchen auch hier Menschen vermehrt Beratung, weil die Wohnungen z.B. durch Schimmel und andere Mängel unbewohnbar sind. Skandalös ist aus ihrer Sicht, dass die städtische Wohnungsaufsicht selbst in akuten Fällen mehr als sechs Wochen braucht, bis sie einschreitet.

In der anschließenden Diskussion beteiligten sich viele der etwa 45 Besucherinnen und Besucher. Neben allgemeinen Forderungen an stärker an den Bedürfnissen der unteren Einkommensgruppen ausgerichteten Politik der Bundesregierung kamen auch Anforderungen an die lokal Verantwortlichen zur Sprache. So sollte die Stadtverwaltung besser ausgestattet werden, um insbesondere die Sozialleistungen besser und schneller auszuzahlen. Die im Zuge der Corona-Pandemie stark eingeschränkte Erreichbarkeit des Jobcenters wurde dabei als besonders problematisch herausgestrichen. Es braucht aber auch mehr niederschwellige Beratungsmöglichkeiten in den Stadtteilen. Viele Menschen wüssten einfach nicht, wo sie Hilfe erhalten könnten. Eine bessere Vernetzung der bestehenden Angebote war ebenfalls unstrittig. Wer hier aber wie vor Ort tätig werden kann und will, blieb letztlich im Vagen. Ebenso vage blieb die Schaffung eines wirksamen Sozialbündnisses auf lokaler Ebene. Hier bedarf es weiterer Anstrengungen.

Diese Aufgaben in Essen auf die Tagesordnung gesetzt zu haben, ist das Verdienst der Linken Essen.

Kommunale Initiativen – Solidarisch durch die Krise

DOK: Ulli Jäckel, Hamburg

BREMEN soll an den Erfahrungen aus der Corona-Pandemie anknüpfen: Wohngeldscouts in die Stadtteile! Die Bundesregierung bringt im Rahmen des dritten Entlastungspakets nochmals größere Entlastungspakete auf den Weg, insbesondere die Wohngeldreform und den Gas- und Strompreisdeckel. Dabei ist jetzt schon klar: Die Hilfspakete brauchen Hilfe! Damit Menschen in Bremen von diesen Unterstützungen auch tatsächlich profitieren, müssen sie davon wissen, Anträge stellen, ihre Rechte und Möglichkeiten kennen. Die Linke schlägt daher vor, an den Erfahrungen an der Corona-Pandemie anzuknüpfen und eine stadtteilnahe, milieuorientierte, einfach zugängliche Aufklärungs- und Beratungskampagne vorzubereiten. Anna Fischer, Landes-sprecherin: „Das stärkste Instrument, das der Senat zur sozialen Entlastung in der Energiepreiskrise auflegen kann, ist, dafür zu sorgen, dass die Bundeshilfen tatsächlich in Anspruch genommen werden. Bremen hat in der Corona-Krise Pionierarbeit geleistet, Stadtteile und verschiedene Milieus zu erreichen: Mit Impfscouts, Multiplikator*innen, einer Plakatkampagne, niedrigschwelligen und mehrsprachigen Angeboten vor Ort, Zusammenarbeit mit den Stadtteilstrukturen. Das müssen wir jetzt in der Energiepreiskrise wieder schaffen. Wir fordern, dass eine solche Informations-, Aufklärungs- und Beratungskampagne zu den Instrumenten gehört, die im neu aufgelegten Krisenfonds des Senats eine wichtige Rolle spielen.“

Es reicht nicht, sich darum Gedanken zu machen, wie die Wohngeldstelle die Anträge bewältigen kann – es braucht genauso die Initiative, dass diese Anträge auch gestellt werden!“

www.dielinke-bremen.de/

HAMBURGS Studierende in Not: Linksfraktion für Soforthilfen. Obwohl die 200-Euro-Einmalzahlung für Studierende Anfang September von der Bundesregierung als „schnell und unbürokratisch“ angekündigt wurden, steht seit ein paar Tagen offiziell fest, dass das Geld frühestens im Januar kommen wird. Dazu Stephanie Rose, wissenschaftspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft: „Die Studierenden haben keine Zeit und keine Ressourcen, um auf die von der Koalition geplante unzureichende Einmalzahlung von 200 Euro zu warten. Wir fordern daher ein Entlastungspaket für

Studierende in Hamburg.“ Eine wichtige Rolle für eine solche Entlastung spielt das Studierendenwerk. Darauf haben Studierende auch in einer Aktion aufmerksam gemacht: Sie entwendeten Essen in der „Blattwerk“-Mensa und riefen ihre Kommiliton:innen auf, es ihnen gleich zu tun. Als Grund für die „Plünderung“ nannten sie die Auswirkungen der Inflation und insbesondere die gestiegenen Mensapreise auf die Situation von Studierenden.

www.linksfraktion-hamburg.de

KIEL braucht eigenen Härtefallfonds! Die Ratsfraktion Die Linke begrüßt das von der Landesregierung angekündigte Hilfspaket, das auch einen Härtefallfonds für Bürger*innen in Höhe von 20 Millionen Euro vorsieht. „Das ist auf jeden Fall schon mal ein Schritt in die richtige Richtung, aber es ist absehbar, dass das nicht reichen wird. Für mich ist klar: Wir dürfen uns darauf nicht ausruhen, Kiel braucht einen eigenen Härtefallfonds für Menschen, die aufgrund von Inflation und explodierenden Energiekosten in finanzielle Not geraten!“, fordert Burkhardt Gernhuber, Vorsitzender der Ratsfraktion Die Linke.

Auch der SPD-Fraktionschef im Landtag Thomas Losse-Müller teilt nach der Berichterstattung im NDR vom 6. September die Einschätzung, dass ein Härtefallfonds von 20 Millionen nicht reichen wird. Gerade in der Landeshauptstadt Kiel, der größten Stadt im Land, werden Unterstützungen und Härtefalllösungen besonders viel und dringend benötigt. Denn Armut sammelt sich in großen Städten. Das statistische verfügbare Einkommen pro Einwohner*in liegt in Kiel deutlich unter dem schleswig-holsteinischen Mittel. Die Quote der SGB-II-Empfänger*innen ist hier deutlich die höchste. Und die steigenden Lebenshaltungskosten sind nicht nur für Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen eine Bedrohung, sondern auch für die Versorgungsunternehmen. Die müssen schließlich im schlimmsten Fall ihre Forderungen stunden oder sogar ganz abschreiben.

fraktion.linke-kiel.de

Die Linke begrüßt Entscheidung für Sozialenergiefonds: MÜNSTER. In seiner Sitzung am 26. Oktober hat der Rat der Stadt Münster auf Antrag der Linksfraktion entschieden, einen Sozialenergiefonds auf den Weg zu bringen. Ulrich Thoden, Fraktionsvorsitzender erklärt: „Die Preise steigen seit Monaten. Viele Menschen machen sich große Sorgen, ihre Rechnungen in naher Zukunft nicht mehr bezahlen zu können. Die Maßnahmen der Bundesregierung kommen



Unser Entlastungspaket für Berlin: Energiearmut bekämpfen!

Um die drohende Armutsspirale zu stoppen, muss die Bundesregierung dringend handeln. Auf Landesebene versuchen wir in Berlin alles, um die Folgen der Krise abzufedern und Energiearmut zu verhindern. Wir lassen niemanden zurück. Mit dem Berliner Entlastungspaket für drei Milliarden Euro entlasten wir Menschen mit geringen Einkommen und investieren weiter in die soziale Infrastruktur der Stadt. Dafür haben wir einen Nachtragshaushalt verabschiedet.

Wir lassen niemanden im Dunklen oder im Kalten sitzen. Mit dem Härtefallfonds gegen Energiearmut wollen wir Strom- oder Gassperren aufgrund der explodierenden Preise verhindern. Der Härtefallfonds richtet sich an private Haushalte und wird Anfang 2023 starten.

Zudem wird die Energieschuldenberatung ... durch die bereits in den vergangenen Jahren viele Strom- und Gassperren

abgewendet werden konnten, verstetigt. Wir schließen außerdem die Lücken im Hilfspaket der Bundesregierung, indem wir Haushalte unterstützen, die noch auf Heizungen mit Öl, Kohle und Holz angewiesen sind.

Berlin bietet nach Auslaufen des bundesweiten 9-Euro-Tickets seit Oktober ein Ticket für 29 Euro pro Monat an. Dieses wird zunächst bis Ende März 2023 verlängert. Damit erleichtern wir das Umsteigen vom Auto auf den ÖPNV und sorgen für konkrete Entlastung.

Mobilität für alle: Wir senken den Preis für das Sozialticket ab Januar 2023 auf 9 Euro. Das gilt mindestens bis Ende März. Wir als Linke setzen und dafür ein, dass das 9-Euro-Sozialticket auf das gesamt Jahr 2023 ausgeweitet wird. Dafür haben wir im Nachtragshaushalt schon vorgesorgt. Niemand darf aufgrund von Energieschulden, die schnell zu Mietschulden werden können, seine Wohnung verlieren. In Berlin haben wir deshalb ein Kündigungsmoratorium bei den kommunalen Wohnungsunternehmen für das gesamte Jahr 2023 beschlossen. Außerdem wird es in den 340 000 kommunalen Wohnun-

gen 2023 keine Mieterhöhungen geben. Außerdem haben wir im Nachtragshaushalt das Geld dafür bereit gestellt, damit Mieterhöhungen in Studierendenheimen des Studentenwerks rückgängig gemacht werden können.

Soziale und kulturelle Einrichtungen dürfen nicht auf horrenden Energierechnungen sitzen bleiben. Deshalb unterstützen wir sie dabei finanziell. Damit stellen wir sicher, dass Sporteinrichtungen, Jugendclubs, Senioren- und Stadtteilzentren ihre wichtige soziale Arbeit uneingeschränkt weiterführen können. Auch für weitere Kulturhilfen und einen neuen Kultursommer ist Geld eingeplant.

Mit dem Netzwerk der Wärme wird die soziale Infrastruktur zusätzlich gestärkt. Es schafft Orte für Austausch, Begegnung, Hilfe zur Selbsthilfe, kulturelle Betätigung und Beratung in den Kiezen.

Damit Armut gar nicht erst entsteht, hat Berlin den Landesmindestlohn auf 13 Euro erhöht. Dieser gilt für Angestellte des Landes; der Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, und bei Einrichtungen, die Zuwendungen vom Land bekommen. Dasselbe ist für den Vergabemindestlohn geplant, der bei Firmen gilt, die Aufträge des Landes ausführen. www.linksfraktion.berlin

zu langsam und zu spät, sie werden die soziale Schieflage nicht in ausreichendem Maße abfedern können. Es ist daher entscheidend, dass die Stadt Münster nun auch selbst aktiv wird. Wir begrüßen es daher sehr, dass der Rat sich in seiner Sitzung am vergangenen Mittwoch auf Antrag der Linken entschieden hat, einen Sozialenergiefonds als Ziel zu setzen. Ein solcher Fonds könnte einspringen, wenn Münsteraner*innen ihre Rechnungen nicht mehr begleichen können und eine Energiesperre droht. Andere Kommunen haben schon gute Erfahrungen damit gemacht, Menschen auf diese Weise über schwere finanzielle Notlagen hinweg zu helfen und Sperren zu verhindern.“
die-linke-muenster.de

Mobilität muss soziales Grundrecht werden: ERFURT. Das vom Bund geplante 49-Euro-Ticket ist sicherlich für Berufspendler ein Angebot, nicht aber für Menschen mit geringem Einkommen“, erklärt Katja Maurer, Fraktionsvorsitzende der Stadtratsfraktion Die Linke in Erfurt. „Wenn der Bund seine Zusage einhält, ein bundesweites monatliches 49-Euro-Nahverkehrsticket einzuführen, eröffnet dies für Erfurt neue Perspektiven, Mobilität als soziales Grundrecht zu sichern“, sagt die Fraktionsvorsitzende der Linken im Erfurter Stadtrat, Katja Maurer. Die Linken-Stadtratsfraktion will im Zusammen-

hang mit dem derzeit zu diskutierenden städtischen Nachtragshaushalt für 2023 eine Initiative zur weiteren Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs auf den Weg bringen. Da in Erfurt bereits ein Sozialticket als Zuschussmodell in Höhe von 30 Euro pro Monat besteht, will Die Linke durch die Erhöhung des Zuschusses um 10 Euro auf 40 Euro für diese Benutzergruppe wieder das 9 Euro Ticket ermöglichen. Für alle übrigen Monatskartennutzer*innen, die künftig auf das 49-Euro-Ticket wechseln, will Die Linke einen städtischen Zuschuss von 20 Euro ermöglichen, sodass diese Nutzer*innen im Monat letztlich noch 29 Euro für die ÖPNV-Nutzung zahlen müssten.
www.die-linke-erfurt.de

Ratsantrag: Schutzschild gegen steigende Energiekosten für Kindertagespflege spannen! BOCHUM.

Ohne eine schnelle und wirksame Unterstützung droht durch die stark gestiegenen Energiekosten der Wegfall von Betreuungsplätzen in der Kindertagespflege in Bochum. Als Linkenfraktion beantragen wir zur kommenden Ratsitzung die Erhöhung der als Zuschuss gewährten Stundensätze in Höhe der Inflation und die Schaffung eines Härtefallfonds für Kindertagespflegepersonen. „Uns erreichen zahlreiche Hilferufe aus den Reihen der Bochumer Tages-

eltern, die nicht mehr wissen, wie sie ihr Betreuungsangebot aufrechterhalten sollen“, erklärt Horst Hohmeier, unser Fraktionsvorsitzender im Rat. „Wer kleine Kinder betreut, kann nicht mit einem dicken Pulli bewaffnet über ein Absenken der Temperatur Energie und damit Geld einsparen. Statt Energiespartipps brauchen Tageseltern wirksame Hilfestellungen, um auch bei weiter steigenden Energiekosten bestehen zu können. Allen muss klar sein, dass bei gleichem Monatseinkommen und ohne einen Hilfspfosten der Wegfall von zahlreichen Betreuungsplätzen gerade im eh unversorgten U3-Bereich droht. Das muss mit allen Mitteln verhindert werden.“ Mit einem Antrag fordern wir einen Schutzschild gegen steigende Energiekosten für die Kindertagespflege in Bochum: „Dass die Verwaltung den Hilferuf aus der Kindertagespflege einfach ignoriert, können wir nicht akzeptieren. Mit unserem Antrag wollen wir einen wirksamen Schutzschild für die Kindertagespflege in Bochum spannen. Kein Betreuungsplatz darf durch die Energiekrise wegfallen. Die Vergütung in der Kindertagespflege muss jetzt als Inflationsausgleich um 10 % erhöht und ein Härtefallfonds für besonders hohe Energiekosten aufgelegt werden. Kindertagespflege ist systemrelevant und muss auch endlich die Hilfe erhalten, die sie verdient“, ergänzt Hohmeier.
dielinke-bochum.de

Tarifabschlüsse und Transformation

BRUNO ROCKER, BERLIN

Die IG Metall verzeichnet Ende November einen guten Tarifabschluss. Für die 3,9 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie sind Entgeltsteigerungen von 5,2 Prozent zum Juni 2023 und weiteren 3,3 Prozent ab Mai 2024 bei einer Laufzeit von 24 Monaten vereinbart. Dazu kommen steuer- und abgabenfreie Inflationsausgleichsprämien ab Anfang kommenden Jahres und in Höhe von insgesamt 3 000 Euro über die gesamte Laufzeit. Diese Einmalzahlungen sind zwar nicht tabellenwirksam, bringen aber die erhoffte unmittelbar spürbare Entlastung angesichts der gestiegenen Preise.

Die IG BCE hatte für die Chemieindustrie vorher einen ähnlichen Abschluss mit 6,5 Prozent in zwei Stufen bei einer Laufzeit bis Juni 2024 erreicht, ebenfalls ergänzt um Netto-Einmalzahlungen in Höhe von 3 000 Euro. Die Entlastungen bedeuten für die unteren Lohngruppen über die gesamte Laufzeit berechnet einen Einkommenszuwachs um 15 Prozent. Bislang sinken die Reallöhne im Rekordtempo, allein im letzten Quartal im Vergleich zum Vorjahresquartal um 5,7 Prozent. Metallarbeitgeberverbände beklagen

dennoch den „teuren Abschluss“. Aktuell stehe man vor einer Rezession und habe kostspielige Streiks in Baden-Württemberg vermeiden müssen.

Trotz Erleichterung der Gewerkschafter und Beschäftigten in den großen Industriegewerkschaften über die getätigten Abschlüsse bleibt die Verunsicherung über die Gesamtlage der Industriebranchen bestehen. Das hängt nicht nur mit den Befürchtungen um die weitere Entwicklung der Inflation zusammen.

Zu schaffen macht in den großen Industriebranchen Chemie und Metall u.a. auch der lahmende Ausbau erneuerbarer Energien und entsprechender Netzinfrastrukturen. Die hohen Energiekosten belasten die Standorte in der Bundesrepublik. Aufgrund der bereits getätigten Investitionen in Produktionsstandorte in den USA und China wird sogar befürchtet, dass mehr Elektroautos künftig von z.B. BMW und Mercedes in China gebaut und nach Europa exportiert werden sollen. Mangelnde Fortschritte an den hiesigen Standorten zur Energieeinsparung, Dekarbonisierung, Elektrifizierung, und Kreislaufwirtschaft sowie dem Einsatz von Wasserstoff behindern zudem die



Entwicklung einer wettbewerbsfähigen klimaneutralen Industrie.

Zu schaffen machen weiter die Folgen der Corona-Pandemie, unterbrochene Lieferketten und Veränderungen der globalen Lieferbeziehungen, Knappheit bei Rohstoffen und Zulieferprodukten.

Und die wirtschaftliche Entwicklung bleibt belastet durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Die russische Strategie zielt weiterhin auf die Erzeugung von Ängsten in ganz Europa und hemmt die Entwicklung.

Plattformarbeit

ZUSAMMENSTELLUNG: ROLF GEHRING, BRÜSSEL

Malta: Mindestlohn auch für Plattformarbeiter: Die maltesische Regierung hat angekündigt, mit dem Haushalt für 2023 eine Reform des Mindestlohnes vorzulegen. Mit ihr soll der Mindestlohn auch für Soloselbständige anwendbar sein, die als Fahrer oder Auslieferer auf digitalen Plattformen arbeiten. Als solche werden sie dann 4,57 Euro Stundlohn oder 792 Euro Monatsentgelt erhalten. Diese Entscheidung erfolgt nach einem Streik der Beschäftigten bei Bolt Delivery im Juli dieses Jahres. Die Beschäftigten hatten sich gegen eine fast 50%ige Kürzung ihrer Zuschläge zu Stoßzeiten gewehrt.

Quelle: ETUI Nachrichtendienst Collective bargaining – Ausgabe 10/2022

Demonstration von belgischen Organisationen der Plattformarbeiter vor dem EU-Parlament. In Belgien haben sich eine Reihe von Organisationen prekärer Selbständigkeit gebildet, u.a. der Taxifahrer und der Essenlieferanten. Sie werden auch von der christlichen Gewerkschaft ACV organisiert. Am 25. Oktober hat nun anlässlich der sogenannten Uber-Anhörung durch das EP, in der die ag-

gressiven Geschäftspraktiken des multinationalen Unternehmens behandelt wurden, eine gemeinsame Demonstration stattgefunden. Das Flugblatt zur Demonstration fokussierte auf die Konstruktion eines „dritten Beschäftigungsstatus“, der die Unterordnung des Arbeitnehmers mit der Verwundbarkeit des Selbstständigen (ohne Rechte des Arbeitnehmers) kombiniert, faktisch einen rechtlosen Arbeitnehmer schafft. Wenn diese Situation, die multinationale Konzerne seit Jahren trotz Gesetzen, Verwaltungs- und Gerichtsentscheidungen ausnutzen, anhalten würde, würde sie unweigerlich alle Wirtschaftszweige und alle Unternehmen kontaminieren. Allerdings: Plattformen und insbesondere Uber würden nun tatsächlich mit dem Rücken zur Wand stehen:

- Ein neues belgisches Gesetz zur Plattformwirtschaft (abgestimmt am 29. September) sieht eine Beschäftigungsvermutung für diese Arbeitnehmer vor.
- Eine in Ausarbeitung befindliche europäische Richtlinie geht in die gleiche Richtung.
- Vor allem das Unternehmen Uber wurde für sein aggressives Lobbying durch die „Uber Files“ kritisiert.

Quelle in Niederländisch: Actie platformworkers en platformen bedreigde werkneemers Brussel (hetacv.be)

Großbritannien: Neuer Tarifvertrag für Auslieferungsfahrer bei Logistikunternehmen

Logistikunternehmen: Die britische Gewerkschaft Unite, die Beschäftigte diverser Branchen organisiert, gab am 1. November bekannt, dass sie eine Tarifvereinbarung von 12,5% Lohnerhöhung für etwa 1000 Bierlieferanten des Logistikunternehmens GXO abgeschlossen habe. Der Abschluss wurde von den Beschäftigten mit überwältigender Mehrheit angenommen. Damit wurden auch Streiks ausgesetzt, die im Falle einer Nichteinigung und für die Zeit der Fußballweltmeisterschaft geplant waren.

Quellen: ETUI Nachrichtendienst Collective bargaining – Ausgabe 10/2022

Tarifvertrag für die Beschäftigten von Deliveroo in den Niederlanden

Der niederländische Gewerkschaftsverband FNV kämpft seit Jahren gegen Praktiken von Unternehmen wie Deliveroo, Uber und Temps. Gewerkschaftssekretärin Dijkman: „Sie sagen, dass ihre Mitarbeiter selbstständig sind, aber in der Praxis stellt sich heraus, dass das nicht stimmt. Die Mitarbeiter werden in der Tat kontrolliert und haben sehr wenig Mitspracherecht über Tarife und Konditionen. Infolgedessen müssen sie ihre eigenen Versicherungspolicen, freien Tage und Rentenbeiträge regeln

TikTok hat erstmals einen Betriebsrat

Die rund 450 Mitarbeiter/innen der TikTok Germany GmbH in Berlin haben erstmals einen Betriebsrat gewählt. Nach der gelungenen Wahlversammlung im Juli erzielte die Verdi-Liste am 12. Oktober mit überwältigender Mehrheit neun Sitzen im elfköpfigen Betriebsrat bei TikTok. Die beiden Konkurrenzlisten erhalten jeweils einen Sitz.

„Mit diesem Ergebnis können wir sehr zufrieden sein, denn alle Bereiche der Belegschaft sind im Betriebsrat repräsentiert. Die Führungsebene und Administration haben die Wahl sehr unterstützt. Auf allen Monitoren wurde zur Wahl aufgerufen. Das ist eine gute Basis für die jetzt beginnende Betriebsratsarbeit“, resümiert die für TikTok zuständige Verdi-Gewerkschaftssekretärin Kathlen Eggerling.

Nach jahrelangem Hin und Her ist es durch Verdi-Unterstützung gelungen, einen Betriebsrat bei TikTok zu wählen. Er soll dabei helfen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und einen Dialog zwischen Mitarbeitenden und Geschäftsführung zu etablieren. Unter den Beschäftigten am Standort Berlin und insbesondere in den Teams der Inhaltsmoderator/inn/en herrscht wegen schlechter Bezahlung und stark belastenden Arbeitsbedingungen große Unzufriedenheit.

Der erste Versuch, einen Betriebsrat zu Verdi – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Pressestelle des Landesbezirks Berlin-Brandenburg

gründen, bei dem Verdi nicht involviert war, war am rechtlichen Widerstand des Arbeitgebers gescheitert. Mitarbeitende hatten sich dazu während der Pandemie organisiert und versucht, eine Versammlung zur Betriebsratsgründung abzuhalten. Weil das Betriebsverfassungsgesetz jedoch vorsieht, dass dies nur in Präsenz möglich ist, wurde das erste digital abgehaltene Treffen im März 2021 nicht als Versammlung zur Wahl des Wahlvorstandes anerkannt. Das Landesarbeitsgericht hat die digitale Versammlung für ungültig erklärt. Die Initiativgruppe bat daher Verdi um Unterstützung, um einen zweiten rechtssicheren Anlauf zur Betriebsratsgründung durchzuführen.

Verdi hofft nun, dass ein Betriebsrat bei TikTok nicht nur wichtige Innovationen für die Mitarbeitenden anschieben, sondern auch als Leuchtturm für die Wahl eines Betriebsrats in vergleichbaren Social-Media-Konzernen wie Facebook und Co. fungieren kann.

und bezahlen.“ Das Urteil wird jetzt auch die Forderung der Gewerkschaft stützen, ein bestehendes Gesetz gegen Scheinselbständigkeit besser umzusetzen. Diesbezüglich wird der Regierung bisherige Tatenlosigkeit vorgeworfen. Quelle in Niederländisch (eigene Übersetzung): FNV Newsbericht

EU: Neue Leitlinien zu Tarifverträgen von Solo-Selbständigen

Die Europäische Kommission hat Leitlinien zur Anwendung des EU-Wettbewerbsrechts bezüglich der Möglichkeit von Tarifverträgen über Arbeitsbedingungen von Solo-Selbständigen verabschiedet. Die Leitlinien stellen klar, wann bestimmte Selbständige sich zusammenschließen können, um gemeinsam über die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu verhandeln, ohne gegen die EU-Wettbewerbsregeln zu verstößen

„Das Wettbewerbsrecht gilt nicht für Solo-Selbständige, die sich in einer mit Arbeitnehmern vergleichbaren Situation befinden. Dazu gehören Solo-Selbständige, die: (i) Dienstleistungen ausschließlich oder überwiegend für ein Unternehmen erbringen; (ii) Seite an Seite mit Arbeitnehmern arbeiten; und (iii) Dienstleistungen für oder über eine digitale Arbeitsplattform bereitzustel-

len. Die Kommission wird die EU-Wettbewerbsregeln nicht gegen Tarifverträge von Solo-Selbständigen durchsetzen, die sich in einer schwachen Verhandlungsposition befinden. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn Solo-Selbständige aufgrund von Verhandlungen mit wirtschaftlich stärkeren Unternehmen mit einem Ungleichgewicht in der Verhandlungsmacht konfrontiert sind oder wenn sie Tarifverhandlungen nach nationalem oder EU-Recht führen.“

Quelle: Guidelines on collective agreements by solo self-employed (europa.eu)



Foto: DGB, www.dgb.de/ 25.01.2022, Suchwort: Plattformökonomie. DGB-Positionspapier

Digitale Logistik

BRUNO ROCKER, BERLIN

Nach einer jüngst veröffentlichten Studie der Hans-Böckler-Stiftung ist die Logistik-Branche inzwischen zum drittgrößten privaten Wirtschaftssektor herangewachsen. Allein in der Güterbeförderung im Straßenverkehr arbeiten 480 000 Menschen, weitere 520 000 bei Post-, Kurier- und Expressdiensten. Untersuchungsgegenstand der Studie ist der weit fortgeschrittene Einsatz digitaler Technik zur Steuerung und Standardisierung der Arbeitsabläufe, der den Unternehmen den Einsatz ungeliebter Arbeitskräfte ermöglicht.

„Zum Einsatz kommen u.a. Sensoren für die Verfolgung von Warenströmen und die Überwachung der Warenqualität. Telematik Systeme erlauben die Fahrzeugortung per GPS, Kommunikation zwischen Fahrenden und Zentrale, Routenplanung, Navigation und technisches Fahrzeugmanagement. Digitale Fahrtenschreiber dokumentieren die Lenk- und Ruhezeiten, gefahrene Kilometer und Geschwindigkeit.“¹

Über die Auswirkungen für die Beschäftigten berichten die Autoren: Entscheidungs- und Handlungsspielräume werden immer kleiner, Eingriffe in die Arbeitsplanung sind nicht vorgesehen, keine Möglichkeit, die Reihenfolge der Lieferungen und Pausen eigenständig zu variieren, Kompetenzen der Beschäftigten erodieren, z. B. Streckenkenntnisse werden überflüssig.

Den Speditionen fehlen laut der Studie aktuell 45 000 Fahrerinnen und Fahrer, den Kurier-, Express und Paketdiensten wird ein Bedarf von bis zu 60 000 Arbeitskräften in den nächsten Jahren prognostiziert. Die Steuerungs- und Assistenzsysteme lassen sich auf die jeweilige Muttersprache umstellen und ermöglichen es somit, Migrantinnen und Migranten ohne Qualifikation und Deutschkenntnisse einsatzbereit zu machen. In der Regel sagen Befragte in der Studie, dass außer dem Führerschein keinerlei Qualifikation nötig ist.

Die Autoren machen wesentlich fehlende Interessenvertretung durch Betriebsräte und dadurch nicht ausgeübte Mitbestimmung für die Situation verantwortlich. Die DHL ist die große Ausnahme mit 70 Prozent Organisationsgrad und Mitbestimmung. Ansonsten sind nur zehn Prozent der Betriebe ab fünf Beschäftigte mitbestimmt. Viele Wettbewerber setzen auf Soloselbständige und Subunternehmen. Gewerkschafter u.a. der NGG mühen sich um den Aufbau von Mitbestimmungsstrukturen. Hohe Fluktuation und Sprachbarrieren erschweren die Ansprache.

Quelle: (1) Klaus Schmierl, Pauline Schneider, Olaf Struck, Franziska Ganesch: Digitale Logistik, Study der HBS Nr. 477, Oktober 2022

Meloni und die italienische Verfassung

Paola Giaculli. Zum ersten Mal in der Geschichte wird Italien von einer Ministerpräsidentin regiert, Giorgia Meloni, Chefin der Fratelli d'Italia, (FdI, Brüder Italiens), Nachfolgepartei einer verfassungsfeindlichen Kraft, der neofaschistischen Movimento sociale italiano (MSI). Begründer dieser MSI-Partei (1946 bis 1995) waren ehemalige Funktionäre der Repubblica di Salò (September 1943 bis April 1945), der faschistischen Marionettenregierung im Dienst der deutschen Besatzung. Als grausame Gegner der Widerstandsbewegung wurden sie Mittäter bei Gräueltaten gegen Partisan:innen und Zivilisten. Ein Jahr nach Kriegsende (2. Juni 1946) wurden viele Vertreter:innen des Comitato di Liberazione nazionale (Komitee für die nationalen Befreiung, in dem die antifaschistischen Widerstandskräfte von 1943 bis 1945 organisiert waren und das die befreiten Gebiete zum Teil verwaltete) in die parlamentarische verfassungsgebende Versammlung (Assemblea costituente) gewählt. Die MSI gab es noch nicht. 1948 wurde die Verfassung verabschiedet. FdI als Nachfolgepartei der faschistischen MSI entstammt also aus einer Tradition, die sich der antifaschistischen Verfasstheit der italienischen Republik entgeggestellt und den grundlegenden Antifaschismus ausdrücklich nicht bekannte.

Ministerpräsidentin Meloni und ihre Regierungsmitglieder schworen zwar der Verfassung ihren Eid vor dem Staatspräsidenten, wie es sich gehört. Es gebe aber Gründe, daran zu zweifeln, dass ein solcher Eid durch ihre überzeugte und vollkommene Teilung der Verfassungswerte und deren demokratischer und antifaschistischer Struktur unterstützt werde, so der neu gewählte Roberto Scarpinato, ehemaliger Antimafia-Staatsanwalt im Parlament nach der Vorstellungsrede Melonis. Der Faschismus sei Geschichte und sie habe keine Sympathien für Totalitarismen, hatte Meloni gesagt. Aber Scarpinato wies darauf hin, der Faschismus sei eine Ideologie, die nach dem Krieg überlebte und den Neofaschismus der 1970er und 1980er Jahren prägte. Dieser war verantwortlich für mörderische Terroranschläge gegen Zivilisten und wollte damit die Umsetzung der Verfassung sabotieren. Teile der Partei Melonis verehrt noch Menschen, die in nachweisbarer Nähe zu Mörfern standen und feiern Faschisten. Es lohnt sich hier daran zu erinnern, dass Meloni 1992 Mitglied des MSI-Jugendverbandes Fronte della Gioventù wurde.

AfD-Wähler tendieren zum Systemwechsel

Gerd Wiegel, Zeitschrift Luxemburg, Okt. 22. Gewählt wird die Partei als einzige wahrnehmbare Opposition zur Politik der Bundesregierung und als Adressat aller Ängste und Verunsicherungen, die mit dem Krieg und seinen Folgen zu tun haben. Dabei ist die Kennzeichnung als „Protestwahl“ jedoch zu kurz, denn dieser Protest hat eine klare politische Ausrichtung. In Niedersachsen und darüber hinaus sammelte die AfD gegenwärtig vor allem diejenigen ein, die eine grundsätzliche und fundamentale Unzufriedenheit mit der herrschenden Politik und dem politischen System vertreten, die Politik vor allem an (eng definierten) nationalen Interessen ausgerichtet sehen wollen und die mit Blick auf Energie-, Familien- und Zuwanderungspolitik traditionelle bis reaktionäre Ansichten vertreten. Es sind mehrheitlich nicht in erster Linie Menschen, die aktuell sozialen Abstieg erleben, die ihr Kreuz bei der AfD gemacht haben. Zwar geben in Niedersachsen 32 Prozent der AfD-Anhänger*innen ihre soziale Situation als „schlecht“ an, 66 Prozent bewerten sie aber als „gut“. Die Mehrheit derer, die sich wirtschaftlich als schlecht gestellt ansehen, wählten SPD (29 Prozent) oder CDU (26 Prozent), erst dann folgt die AfD (21 Prozent). Es ist also weder in Niedersachsen noch sonst zuerst die eigene soziale Lage, die Menschen zur AfD treibt.

Urteil im „NSU-2.0“-Komplex

Olaf Argens. Das Frankfurter Landgericht verurteilte am 17. November den Verfasser einer Serie von rechtsradikalen Drohbriefen Alexander M. aus Berlin wegen einer Vielzahl von Delikten zu einer hohen Haftstrafe. In 30 Verhandlungstagen hatte das Gericht die zahlreichen Empfänger:innen der seit 2018 versandten und mit NSU 2.0 unterzeichneten rechtsextremen, rassistischen und frauenfeindlichen Hass- und Drohbriefen angehört, darunter Unterhaltungskünstler:innen, Journalist:innen, Anwält:innen und Politikerinnen der Linken. Die Schilderungen hätten gezeigt, „wie schrecklich es sein kann, wenn die Menschenwürde angetastet wird“ begründete die Vorsitzende Richterin das Urteil: „Die Opfer fühlen sich hilflos, sie wurden traumatisiert“. Betroffene Frauen, darunter die Frankfurter Rechtsanwältin Seda Basay-Yildiz, die 2018 das erste Schreiben mit Todesdrohungen erhalten hatte, forderten nach der Verkündung des Urteils

weitere Aufklärung. Das Gericht konnte nämlich nicht aufklären, wie Alexander A. an die privaten Daten betroffener Personen gelangte, die auf verschiedenen Polizeirevieren kurz vor den Drohbriefen abgefragt worden waren.

Johannes Hillje erhält die Auszeichnung „Kasseler Demokratie-Impuls“.

Rosemarie Steffens. Seine Promotion über die AfD und ihre Strategien in der Massenkomunikation zeigt, wie die AfD ihre Kommunikation in Mobilisierung und Wahlerfolge verwandelt. Durch zahllose Beiträge auf Facebook, Twitter, YouTube oder Instagram erreicht sie mehr Menschen als jede andere Partei in Deutschland, sie ist die erste digitale Massenkommunikationspartei.

Die Studie ist als Buch unter dem Titel: Das „Wir“ der AfD – Kommunikation und kollektive Identität im Rechtspopulismus“ erschienen. Zentral ist die Frage nach dem einenden Band zwischen Partei und Anhängerschaft, das die AfD mangels gesellschaftlicher Verankerung durch ihre Social-Media-Kanäle knüpfen muss. Das „Wir“ der AfD wendet sich gegen Andere und ist emotional sowohl negativ („Wir, die kulturell Bedrohten“) als auch positiv („Wir, die Retter unserer Kultur“) aufgeladen.

Quelle: „Das „Wir“ der AfD“, Campus Verlag, 2022, 29,99 €. <https://www.uni-kassel.de/uni/aktuelles/meldung/2022/11/16/politikwissenschaftler-mit-kasseler-demokratie-impuls-ausgezeichnet?cHash=17fd747f99e77c47da193fd1c1db9de4>

Datenlücken verschleiern Antisemitismus in EU-Staaten.

Michael Juretzek. Die aus Deutschland gemeldeten antisemitischen Vorfälle sind gegenüber dem Vorjahr von 2.351 auf 3.027 um 29% gestiegen. Das geht aus dem Jahresbericht der Europäischen Agentur für Grundrechte (Wien) hervor, den der Direktor Michael O’Flaherty mit den Worten präsentierte: „Antisemitismus ist ein ernstes Problem. Ohne die entsprechenden Daten wissen wir jedoch nicht, wie ernst die Situation wirklich ist. Fehlende Daten erschweren uns die wirkliche Bekämpfung von Antisemitismus“. Ungarn und Portugal sammeln bisher keine offiziellen Daten. Er bemängelt, dass nur 13 von 27 EU-Ländern Strategien oder Aktionspläne gegen Antisemitismus haben, obwohl während der Covid-Pandemie der Antisemitismus zugenommen hat, besonders im Internet. <https://fra.europa.eu/de/news/2021/antisemitismus-datenluecken-verschleiern-die-wahre-situation>

Formiert sich im Osten eine faschistische Bewegung?

CHRISTIANE SCHNEIDER, HAMBURG

Ende Oktober warnte der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow in der FAZ (23.10.) eindringlich vor einer „neuen faschistischen Bewegung mitten in Deutschland“, die die „Montagsdemonstrationen ... für sich zu nutzen“ wisse.

Seit dem Spätsommer fanden in den ostdeutschen Bundesländern in immer mehr Orten mit immer mehr Teilnehmern Montagsdemonstrationen statt. Am 3. Oktober, dem „Tag der deutschen Einheit“, demonstrierten hier in Dutzenden von Orten Zehntausende, 36 000 allein in Thüringen, davon 10 000 in Gera auf einer von der extremen Rechten organisierten Veranstaltung. Hauptredner war der AfD-Fraktionsvorsitzende Höcke. Er hielt eine Rede, die keine Zweifel an der Absicht der extremen Rechten ließ, die durch Inflation und Energiekrise bedingte Not vieler Menschen zur Mobilisierung für einen „regime change“ zu nutzen.¹ Die „raumfremde Macht“ USA treibe „auf unserem Kontinent“ Keile zwischen Nationen, „die eigentlich gut miteinander arbeiten könnten“, nämlich Deutschland und Russland, die „ähnliche seelische Prägungen“ hätten. Die USA treibe uns über eine „fremdbestimmte Bundesregierung in einen Krieg, der nicht der unsere ist“. Diese Regierung „stöbe uns in Not und Elend“, aber die AfD als „parlamentarischer Arm der Volksopposition“ werde die Rettung bringen, denn sie sei stärkste Kraft in Thüringen und werde „2024 die Machtfrage stellen“. Formal mochte sich diese Ankündigung auf die Thüringer Landtagswahlen beziehen, aber im Zusammenhang seiner Rede spielte Höcke damit drohend auf einen grundsätzlichen politischen Umbruch an.

Derzeit nehmen die Demonstrationen zahlenmäßig wieder ab. Doch Entwarnung wäre verfrüht. Der Magdeburger Sozialwissenschaftler David Begrich² etwa warnt, dass sie im Winter wieder kräftig ansteigen könnten. Die meisten der Demonstrationen finden bisher in kleinen und mittleren Städten statt. Wenn in Orten mit wenigen zehntausend Einwohnern Montag für Montag Hunderte oder gar Tausende demonstrieren, dann entfaltet das eine dominierende Wirkung auf die öffentliche Meinung. Auch wenn sich die Demonstrierenden oft nicht als Rechte, sondern eher als „unpolitisch“ verstehen, ist der Einfluss extrem rechter

Organisationen, nicht nur der AfD, sondern häufig von kleineren, aber schlagkräftigen Organisationen wie den „Freien Sachsen“ enorm. Sie bilden meist das organisatorische Rückgrat und stellen Redner, die oft nicht als Organisationsvertreter auftreten, sondern als „Redner aus dem Volk“, und die Stimmung aufheizen.

Die Situation im Osten unterscheidet sich deutlich von der in den westlichen Bundesländern. Davon ist ein Bündel von Ursachen verantwortlich. So ist die soziale Situation vieler Menschen prekärer als im Westen: Die Löhne sind durchschnittlich immer noch um mehr als 13% niedriger, und auch ein Rentnerhaushalt hat hier durchschnittlich fast 14% weniger zum Leben. Die Preise für Gas und Benzin dagegen sind höher. Auch sind die Rücklagen, auf die Ostdeutsche zurückgreifen können, in der Regel erheblich niedriger. So trifft die Inflation viele Menschen hart und unerbittlich. Mehrere der größeren Demonstrationen, z.B. in Dessau oder in Annaberg im Erzgebirge, wurden von Zusammenschlüssen von Handwerkern und (Klein-) Unternehmern organisiert, die die Energiepreise nicht mehr zahlen können, Aufträge verlieren oder oft auch in hohem Maß vom Russlandgeschäft – von günstigen Gaslieferungen oder vom russischen Absatzmarkt – abhängig waren und nun um ihre Existenz bangen.

Aber nicht nur deshalb ist die Forderung nach Beendigung der Sanktionen gegen Russland und nach Öffnung von Nordstream 2 weit verbreitet, unterscheidet sich auch die Sicht vieler Ostdeutscher auf Russland und Putins Angriffskrieg deutlich von der in Westdeutschland vorherrschenden. Gerade in den älteren Jahrgängen, die oft die Jahre nach der „Wende“ als Entwertung ihrer Lebenserfahrungen und Lebensleistungen erlebt haben, wirken die in über 40 Jahren DDR ausgeprägten Wahrnehmungs- und Deutungsschemata, auf die man zur Erklärung des Krieges und der damit verbundenen Krise zurückgreift.³ Höcke & Co. wissen Skepsis und Gegnerschaft gegenüber „dem Westen“ auszunutzen.

Weitere Faktoren spielen eine wichtige Rolle. Ein harter Kern der montäglich Demonstrierenden kommt aus der Tradition der Pegida- und der Corona-Demonstrationen mit ihren Verschwörungserzählungen. „Sie artikulieren ... ein grundsätzliches Misstrauen ge-

In Erfurt und Leipzig stießen Nazi-Demonstrationen auf kräftigen Widerstand. In Leipzig konnten rund 2 000 Gegendemonstranten die Demonstration „Ami go home“, die der Veranstalter Elsässer großspurig mit 15 000 Teilnehmern angemeldet hatte und die schließlich nur 900 Rechte auf die Straße brachte, durch Blockadeaktionen verhindern.

genüber Politik und Medien auf Basis einer autoritär geprägten Elitenkritik“, schreibt David Begrich.⁴ Sie wähnen sich in einer Diktatur, die potenziell entgrenzten Widerstand rechtfertigt. Auch der Jenaer Rechtsextremismusforscher Matthias Quent stellt fest, dass es bei den Demonstrationen in diesem Herbst „in aller Regel gar nicht primär um die Energiepreise geht, sondern um eine Versöhnung mit Russland, dass dort gegen Migration gehetzt wird, dass es um Maskenpflicht und Corona-Maßnahmen geht ...“ Quent warnt ebenso wie Ramelow vor der Formierung einer „faschistischen Bewegung auf der Straße“.⁵ Insofern habe man es eher mit National- als mit Sozialprotesten zu tun. Eine Abgrenzung derjenigen, die sich selbst als „unpolitisch“ bezeichnen, von den rechten Akteuren findet praktisch nicht statt. Diese finden im Gegenteil viele Anknüpfungspunkte für ihre explizit rechte Propaganda.

Sein Gewaltpotenzial hat ein harter Kern der Demonstrierenden bereits bei den Coronaprotesten unter Beweis gestellt, vor allem durch aggressive Fackelaufzüge zu den Wohnsitzen politischer Repräsentanten. Beunruhigend ist auch die Tatsache, dass viele, die als Jugendliche in den Nachwendejahren, den durch entfesselte rechte Gewalt geprägten „Baseballschlägerjahren“, sozialisiert wurden, heute als 40- bis 50-Jährige nicht nur überdurchschnittlich AfD wählen, sondern oft in den Protestbewegungen aktiv sind.

Auf einer Tagung des Hamburger Bündnisses gegen Rechts zeichnete Begrich ein insgesamt sehr bedrückendes Bild von der Situation in den ostdeutschen Klein- und Mittelstädten. Links von der CDU gebe es hier praktisch keine mobilisierungsfähige Kraft mehr. Die Linke sei hier ebenso wenig handlungsfähig wie SPD, Grüne und Gewerkschaften. Die Staatsorgane seien weder willens noch in der Lage, Entgrenzungen des Protests wie Schilder mit Galgen oder auch Gewalt zu unterbinden. Es finde eine Normalisierung des Rechtsextremismus statt.

1 Siehe Politische Berichte 5/22, S. 22, Die neue Rechte und der „heiße Herbst“ 2 Einen sehr hörenswerten Vortrag zum Thema „Protestgeschehen und -milieus in Ostdeutschland im Herbst „22“ hielt Begrich in einer Online-Veranstaltung des Paritätischen am 22.10.22, zu finden unter <https://www.youtube.com/watch?v=0BxCnL2b8w>

3 Siehe z.B. die ARD-Dokumentation „Russland, Putin und wir Ostdeutsche“, zu finden in der ARD-Mediathek 4 In: Heißer Herbst gegen die Demokratie, Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2022 5 Deutschlandfunk, 15.10.22

DOK: Bundes Roma Verband fordert dringend Verbesserungen zur Situation geflüchteter Roma aus der Ukraine in Deutschland

„Bereits seit Beginn des Krieges haben wir Diskriminierung und Rassismus gegen flüchtende Roma verzeichnet. Diese ereignen sich in der Ukraine selber, an den Grenzen und in den Ländern, in die Roma fliehen. Auf unseren Recherchereisen haben wir uns die Situation in Polen und Tschechien Aufgrund der katastrophalen Lage für geflüchtete Roma dort, haben wir viele von ihnen dabei unterstützt, in Deutschland Zuflucht zu finden. Jedoch ist auch hier die Lage verbessерungsbedürftig“. (Bundes Roma Verband e.V.) – Nach nunmehr fast acht Monaten Erfahrung mit geflüchteten Roma in Deutschland, Recherchen in verschiedenen deutschen Städten und Gesprächen mit anderen Roma-Organisationen sowie ehren- wie hauptamtlichen Unterstützer:innen, richtet der Bundes Roma Verband folgende Empfehlungen an Politik und Verwaltung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene:



Vereinfachtes Aufnahme-Verfahren für Roma aus der Ukraine. Ukrainerische Roma sind Nachkommen von Überlebenden und Opfern der Verfolgung und Vernichtung während des Nationalsozialismus, dem Porajmos. Manche sind selbst noch Überlebende. Analog zur jüdischen Zuwanderung aus der Ukraine, muss es auch für die Roma ein vereinfachtes Verfahren zur Aufnahme in Deutschland geben ...

Großzügige Unterbringungsmöglichkeiten, wo Menschen gemeinsam untergebracht werden können. Überwiegend Frauen und Kinder sind auf der Flucht, mit Jugendlichen und manchmal pflegebedürftigen Angehörigen. Ein Großteil wird in (privaten) Wohnungen untergebracht. Das ist sehr zu begrüßen. Roma haben jedoch große Probleme, eine Wohnung zu finden, da sie häufig in größeren Gruppen fliehen und sich nicht aufteilen wollen, um sich zu schützen. Zudem wollen viele Vermieter:innen sie nicht als Mieter:innen. Sie müssen daher übermäßig lang in großen Unterkünften verbringen, die zudem häufig infrastrukturell schlecht angebunden sind. Damit sind Schule, Arbeit, medizinische Versorgung und Anbindung an Roma-NGOs schwer zu erreichen ... Laut Bund stehen aktuell etwa 6400 Immobilien in staatlicher Hand leer, die für die Unterbringung von Geflüchteten in Frage kommen ...

Roma berichten von massiven Diskriminierungen und Beleidigungen, neben den Kriegstraumata, die sie erlitten entlang der Fluchtrouten Richtung Westen. Auch in den Unterkünften in Deutschland kommt es regelmäßig zu Problemen mit weißen Ukrainer:innen, die nicht mit Roma untergebracht werden wollen. In manchen Städten kam es gar zu Protesten durch weiße Ukrainer:innen. Gleichzeitig werden immer wieder Roma durch Unterkunfts-Leitungen, Verwaltungen und Medien als das Problem dargestellt ...

Dolmetscher:innen aus der Community sind nötig. Viele Romnja (weibliche Form, Red.) sprechen Romanes, Ukrainisch und/oder Russisch, jedoch nicht die Sprachen der Länder,

in die sie fliehen. Manche Roma aus der westlichen Ukraine sprechen weder Ukrainisch noch Russisch, sondern Ungarisch. Unter Roma gibt es aufgrund der vorherrschenden strukturellen und institutionellen Diskriminierung eine erhebliche Zahl an Personen, die nicht lesen und schreiben kann ... Sie sind auf Dolmetscher:innen angewiesen. In der Regel sind die Sprachmittler:innen jedoch weiße Russ:innen oder Ukrainer:innen, also Angehörige der Mehrheitsbevölkerung. Wenn Mehrheitsangehörige für Minderheitenangehörige aus derselben Bevölkerung dolmetschen, führt das immer wieder zu Problemen, wie wir aus der langjährigen Erfahrung ... (und teilweise aus eigener Erfahrung) wissen ... Verstellende, falsche oder verweigerte Übersetzungen sind gängig und führen für die Betroffenen zu nicht selten gravierenden Problemen ...

Unterstützung von Antragstellungen ... sei es beim Antrag auf Aufenthalt und Leistungen oder bei der Schulanmeldung der Kinder.

Kinder müssen beschult werden. Unabhängig vom Unterbringungsort haben Kinder ein Recht auf Bildung. Kinder und Jugendliche müssen ins reguläre Schulsystem inkludiert werden. Auch bei Familien, die über lange Zeiträume in Aufnahmelagern bleiben, müssen die Kinder und Jugendlichen Zugang zu regulären Schulen haben. Das ist aktuell meist nicht möglich, da die Lager weit abgelegen und schlechte Anbindung an die Schulen haben.

Gleichbehandlung dokumentierter und undokumentierter Geflüchteter. Zur strukturellen Diskriminierung gehört, dass ca. 20% von den ca. 400 000 Roma in der Ukraine keine Pässe haben ... Andere haben ihre Dokumente im Zuge der Flucht verloren. Für all diese Menschen ist es deutlich schwieriger, die Grenzen zu passieren und sich vor dem Krieg in Sicherheit zu bringen.

Ukrainer:innen ohne Dokumente, also in der Regel Roma, werden ins Asylverfahren geschickt. In der Folge erhalten

www.bundesromaverband.de/bewegungsfreiheit-und-schutz-fuer-roma-aus-der-ukraine/ Foto: www.roma-center.de/gefluechtete-roma-aus-der-ukraine-in-polen-ein-reisebericht-des-roma-centers/

sie keinen Aufenthalt nach § 24 und die damit verbundenen Privilegien wie die anderen Ukrainer:innen. Dies ist dringend zu ändern, damit diese ohnehin besonders vulnerable Gruppe denselben Schutz und die selben Privilegien – Arbeitserlaubnis, Sprach- und Integrationskurse, Anbindung ans Jobcenter, Leben in Privatwohnungen etc. – erhält wie die anderen Ukrainer:innen.

Es braucht strukturelle Förderung der Roma-NGOs. Roma-Selbstorganisationen übernehmen ehrenamtlich einen großen Teil der Unterstützung geflüchteter Roma aus der Ukraine. Es gibt bundesweit nur sehr wenige Stellen, die beratend tätig sind. Gleichzeitig sind die regulären Migrationsberatungsstellen sowohl personell als auch thematisch überfordert und treten an uns mit entsprechenden Bedarfen heran. Um langfristig eine Inklusion in die Gesellschaft zu fördern und die Fehler im Umgang mit den geflüchteten Roma aus Jugoslawien zu vermeiden, benötigen die Roma-Selbstorganisationen strukturelle Förderung für: *Mediator:innen aus der Roma-Community*, die engmaschig die ankommenden Roma unterstützen, begleiten, sie aufklären, wie das deutsche System funktioniert und zwischen Angehörigen der Community und Behörden sowie Schulen vermitteln und den Zugang zur Roma-Community in Deutschland bieten. Diese müssen bei den Roma-Selbstorganisationen angesiedelt sein. *Sozial- und Migrationsberatung*, die bei allen bürokratischen Angelegenheiten unterstützen, Anträge ausfüllen, bei der Kommunikation mit Behörden und Schulen sowie der Wahrnehmung von Rechten unterstützen, sowie auch bei der Einschulung, bei der Suche nach Wohnung, Arbeit und medizinischer Hilfe. *Fortbildungen zur Sensibilisierungen* von Dolmetscher:innen, Mitarbeiter:innen von Verwaltungen, Unterkünften und Beratungsstellen. *Begrenungs- und Schutzräume für Romnja*, die vielfach durch Krieg und langjährige Diskriminierungserfahrungen traumatisiert sind.

Schwedendemokraten – keine Minister, aber entscheidenden Einfluss auf die Regierungspolitik

MICHAEL JURETZEK, BREMEN

„Paradigmenwechsel in der schwedischen Politik. Niemals zuvor hat eine fremdenfeindliche, nationalistische Partei Schlüssel zur Regierungskanzlei erhalten“, kommentierte die Vorsitzende der Zentrumspartei Annie Lööf die Wahl von Ulf Kristersson am 17. November zum Ministerpräsidenten. Er bildete nach den Wahlen im September eine Koalition aus Moderater Sammlungspartei (19,1 %), Christdemokraten (5,3%) und Liberalen (4,6%). Diese 29%-Koalition ist für ihre Handlungsfähigkeit abhängig von der Unterstützung durch die nationalistischen Schwedendemokraten.

Die 1988 gegründete Partei ging aus der Bewegung „Schweden soll schwedisch bleiben“ hervor, kam mit 5,7% erstmals 2010 in den Reichstag und wurde dieses Jahr nach den Sozialdemokraten (30,9%) mit 20,5% zur zweitstärksten Kraft im Parlament.



Oben: Frühere Werbung der Schwedendemokraten „Schweden bleibt schwedisch!“. https://en.wikipedia.org/wiki/Bevara_Sverige_Svenskt

Unten: Heutige Werbung: „Sicherheit (Geborgenheit) & Tradition“. Wikipedia. Schwedendemokraten. <https://de.wikipedia.org/wiki/Sverigedemokraterna>



Was bis jetzt aus Kristerssons Regierungserklärung bekannt ist, lässt erkennen, wie groß der Einfluss der Schwedendemokraten auf die Regierungspolitik ist. Er begründet die abnehmende Fähigkeit der Gesellschaft, mit Krisen

umzugehen, mit der seit Jahrzehnten starken Zuwanderung. Die schwedische Gesellschaft sei belastet durch Ghettobildung, Überbevölkerung, Arbeitslosigkeit, schlechte Bildungsergebnisse, Kriminalität und Unsicherheit als Folge gescheiterter Integrationspolitik.

Im Wahlprogramm der Schwedendemokraten heißt es dazu ganz am Anfang: „Die Unsicherheit, die zu einem strukturellen sozialen Problem geworden ist, ist die schwerwiegendste Folge der grenzenlosen Migrationspolitik, die von einer langen Reihe von Regierungen verfolgt wurde.“ Und weiter: „Die Folgen für Schweden – in Bereichen wie dem Arbeitsmarkt und den Schulen, der Kriminalitätsentwicklung, dem Zusammenhalt und der öffentlichen Wirtschaft – sind kaum zu übertreiben.“ Um dann zu fordern: „Schweden muss die jahrzehntelange unverantwortliche Masseneinwanderung umkehren und sich auf freiwillige Rückkehr konzentrieren. Die Einwanderung von Asylbewerbern aus Ländern außerhalb unserer Nachbarschaft muss gestoppt werden.“

Und Kristersson liefert. Er kündigte an, statt bisher 6 400 Flüchtlinge jährlich nur noch 900 über die EU-Quotenregelung aufzunehmen, Familienzusammenführung zu erschweren und nur noch Menschen zeitweilig internationale Schutz zu gewähren, die „vor Konflikten und Krisen in der Nachbarschaft Schwedens fliehen“.

Der Forderung der Schwedendemokraten nach Entzug der Staatsangehörigkeit für straffällig gewordene eingebürgerte Einwanderer kommt er mit dem Versprechen entgegen, vergebene Aufenthaltstitel wieder einzuziehen und den Erwerb der Staatsangehörigkeit zu erschweren.

Die Arbeitslosenquote liegt aktuell mit 7,2% unter der vom Jahr 2010 mit 8,8% und deutlich unter der Mitte der 90er Jahre mit über 10%. Die Erwerbstätigenquote bewegt sich seit 20 Jahren konstant um die 60%-Marke. Das BIP pro Einwohner hat sich seit 2000 auf 60 000 Dollar verdoppelt (inflationsbereinigt + 53%). Nicht unbeträchtliche Teile der Jugendlichen müssen sich seit 2009 mit einer Arbeitslosigkeit von über 20%, aktuell 25%, von dieser Entwicklung abgekoppelt fühlen. Über 35% der Gymnasiasten besuchen eine von der Gemeinde finanzierte Privatschule. Ein Wahlkampfthema war die von Linken und Grünen geforderte Abschaffung der

gesetzlich erlaubten Gewinnausschüttung an Aktionäre von Privatschulen. Konservative und Schwedendemokraten lehnen das ab. Die Methode, soziale Verwerfungen und staatliches Fehlverhalten „kulturfremden“ Einwanderern in die Schuhe zu schieben, ist typisch für völkische Politik. Es ist festzustellen, dass sie in der schwedischen Regierungspolitik angekommen ist.

Auch in der Energiepolitik ist die Handschrift der Schwedendemokraten zu erkennen. Im Wahlprogramm fordern sie eine Abkehr von der „ideologisch“ geprägten Energiepolitik durch die Bevorzugung von Windkraft. Kristersson kündigte an, die Subventionen für Offshore-Windanlagen zu streichen, zugunsten neuer Kernkraftwerke. 1980 hatten sich die Schweden mit einer Volksabstimmung für den Ausstieg aus der Kernenergie ausgesprochen.

Inwieweit die Regierung den Bestrebungen der Schwedendemokraten nach Verstaatlichung der zum großen Teil gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosenversicherung inklusive Leistungskürzungen nach 100 Tagen entgegenkommt, ist noch nicht bekannt. Auch die Abschaffung der gewerkschaftlichen Kontrolle bei der Ernennung der betrieblichen Sicherheitsbeauftragten und Senkung der Krankengeldkosten für kleine Unternehmen steht auf der Tagesordnung.

Bei der „Schaffung optimaler Bedingungen für die schwedische Industrie“ verfolgen die Schwedendemokraten ein aggressiv gewerkschaftsfeindliches Programm, in der Gesellschaftspolitik ein nationalistisch spaltendes menschenfeindliches. Ihre Möglichkeiten zur Umsetzung waren noch nie so groß.

Ob die drei Koalitionspartner diese Zumutungen, ohne innere Zerrissenheit zu provozieren, durchhalten, ist fraglich. Entgegen der versprochenen Sicherheit werden die angekündigten und zu befürchtenden Maßnahmen zu heftigeren sozialen Verwerfungen und innen- und außenpolitischen Auseinandersetzungen führen.

Aus der Renew-Europe-Fraktion im Europaparlament werden Stimmen nach einem Ausschluss der schwedischen liberalen Abgeordneten laut. Der Chef von Macrons Partei „Renaissance“ sagte:

„Unsere Gruppe (Renew Europe) wurde gegründet auf der Basis des Kampfes gegen Populisten und die extreme Rechte. Ich kann nicht hart mit meinen politischen Gegnern und weich gegenüber meinen Fraktionskollegen sein, wenn sie dasselbe tun.“

Quellen: Regierungserklärung: <https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/aus-aller-welt/schweden-regierungserklärung-kristersson/>; Wahlplattform: www.sd.se/dokument; Statistik: https://www.destatis.de/DE/Themen/LänderRegionen/Internationales/Länderprofile/schweden.pdf?__blob=publicationFile

Marxisten und Christen im Dialog

Gemeinsames Positionspapier
„Auf der Suche nach einer gemeinsamen Zukunft in Solidarität“

KARL-HELMUT LECHNER, NORDERSTEDT

Am 8. November 2022 fand mit Unterstützung der Linksfraktion im Europäischen Parlament im Altiero-Spinelli-Gebäude die Präsentation des gemeinsamen Positionspapiers „Auf der Suche nach einer gemeinsamen Zukunft in Solidarität. Christen und Marxisten/Sozialisten im Dialog“ statt.

Das Dokument über gemeinsame Positionen im christlich-sozialistischen Dialog, das von Prof. Michael Brie von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem belgischen Soziologen Prof. Bernhard Callebaut vom Sophia University Institute verfasst wurde, analysiert, wie Christentum und Marxismus als in der Vergangenheit erbitterte Gegner heute in der Lage wären, daran mitzuarbeiten, gemeinsam den „grausamen Kapitalismus“ zu überwinden – und wie sie dabei überraschende Affinitäten finden.

Die Idee zu diesem Dialog zwischen Marxisten und Christen entstand bei einem Treffen im Jahr 2014 zwischen Papst Franziskus und zwei Vertretern der Partei der Europäischen Linken: Alexis Tsipras, damals Chef der linken Opposition zur konservativen griechischen Regierung, und Walter Baier, Koordinator von Transform!.

Marxistisch-christliche Dialoge hatten bereits seit den 1960er Jahren in Lateinamerika stattgefunden. Dort übernahmen viele Christen bestimmte wichtige marxistische Konzepte, während die Linke – oder zumindest der größte Teil von ihr – die Christen nicht nur herzlich in ihren Reihen willkommen hieß, sondern auch den Atheismus als doktrinäre Grundlage für linke Politik aufgab.

In Europa ist der historische und politische Kontext natürlich ein ganz anderer. In der Vergangenheit gab es verschiedene Formen des Dialogs, aber eine neue Situation ist entstanden einmal durch das Verschwinden des „real existierenden Sozialismus“, der oft im Konflikt mit der katholischen Kirche stand, und dann durch die Wahl von José María Bergoglio zum Papst Franziskus im Jahr 2013.

Das Ziel dieses Dialogs ist es natürlich nicht, Christen zum Marxismus zu „bekennen“ oder selbst, als Marxisten, treue



Das Koordinierungsteam von DIALOP (Cornelia Hildebrandt, Franz Kronreif, Luisa Sello, Walter Baier), unterstützt von Luciana Castellina, Roberto Morea (Transform!Italia) und Mitgliedern des MPPU (Movimento politico per l'unità), organisierte das Treffen in Brüssel, bei dem das von Marxisten und Christen gemeinsam erarbeitete Dokument für eine transversale Sozialethik jenseits unterschiedlicher Überzeugungen vorgestellt wurde.

Katholiken zu werden. In diesen Diskussionen geht es nicht um Glauben oder Atheismus, Materialismus oder Idealismus, Theologie oder Wissenschaft, Spiritualität oder Klassenkampf. Es ist ein freier Austausch, bei dem jede Seite versucht, von der anderen zu lernen, und beide versuchen, gemeinsame Werte, gemeinsame Interessen und gemeinsame Ziele, ja, vielleicht sogar eine gemeinsame politische Ethik zu entdecken; ohne Unterschiede, Widersprüche und Gegensätze zu verstecken.

In dem Dokument werden die Projekte als Arbeitsfelder definiert: „eine Ökonomie des Lebens; eine Gemeinschaft der Fürsorge; eine Politik der solidarischen Transformation; eine Welt, in der es Platz für viele Welten gibt; die Würde jedes Einzelnen in einer reichen Welt der Commons; und für ein Miteinander des Friedens“. Die Frage, wie die Projekte zum Zeitpunkt der Debatte in die Praxis umgesetzt werden, ist daher unausweichlich. Walter Baier von Transform!Europe, einer der Initiatoren und Koordinatoren, antwortete: „Wir bewegen uns auf drei Ebenen, ... erstens den Dialog als kulturelle Initiative, um ein Think Tank zu werden; zweitens die Menschen in die Arbeit für die Solidarität einzubeziehen, wie in den Initiativen

für Immigranten und Flüchtlinge; drittens das politische Engagement anzuregen, vor allem für die Friedensbildung.“

Die Laudatio auf das präsentierte Papier hielt Frau Marisa Matias, portugiesische Europaabgeordnete des „Bloco de Esquerda“ und Vizepräsidentin der Partei der Europäischen Linken im Europäischen Parlament.

„Um heute zu leben, brauchen wir Visionen, Geist und Allianzen. Es ist an der Zeit, zu hoffen und Hoffnung ‚im Plural‘ zu geben. Dieser Dialog lädt uns dazu ein“, sagte der Theologe Piero Coda in seiner Eröffnungsrede über „Gemeinsame Wege zu einer globalen, gerechten und brüderlichen Gesellschaft“ nachzudenken. Ein Plural, der uns dazu auffordert und einlädt, die Bündnisse nicht nur in der katholischen, sondern in der gesamten christlichen Welt zu erweitern und in einer ökumenischen Dimension nicht nur das Christentum, sondern auch andere Religionen und nicht nur die Linke, sondern alle politischen Kräfte, die sich für das Gemeinwohl und den Schutz der Umwelt einsetzen, einzubeziehen. Dazu ist es zunächst notwendig, auf den Anspruch zu verzichten – wie es in dem Dokument heißt – „ein Monopol auf die Wahrheit zu haben“.

Quelle: <https://dialop.eu/news/presentation-at-the-european-parliament-8th-nov-2022-press-release>.
https://dialop.eu/wp-content/uploads/2022/10/DIALOP_PositionPaper_U_20220930.pdf

Einladung zur Mitgliederversammlung der ArGe Konkrete Demokratie, Soziale Befreiung

Am Donnerstag, **5. Januar 2023, 18 Uhr**, in der Jugendherberge Erfurt, Hochheimer Str. 12 in Erfurt. **Ausführliche Einladung** war bereits im **ArGe-Rundschreiben Nr. 27, Okt. 2022**, erfolgt. Siehe Beilage zu PB 5/22, Download <https://www.linkekritik.de/fileadmin/arge-d/2020-2024/2022-10-arge-rs-27.pdf>
Wir freuen uns, zum Tagesordnungspunkt „**Wie weiter in und mit der Linken: Zwischenbilanz der Diskussionen um die Antwort auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und um den ‚Heißen Herbst‘ Luise Neuhaus-Wartenberg** (MdL Sachsen, Sprecherin des fds) als Guest begrüßen zu können.

Zum Programm der ArGe-Winterschule Donnerstag, 5. Januar, 14 Uhr, bis Samstag, 7 Januar, 16 Uhr in Erfurt:

DONNERSTAG: 14 UHR BIS 17 UHR, TEIL 1
Theorie der internationalen Beziehungen. Stichwort: „Theorienpluralismus“. Wir benutzen das 5. Auflage 2018 bei Nomos erschienene Lehrbuch von Krell/Schlotter, „Weltbilder und Weltordnung – Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen“. Diese mit 450 Seiten umfangreiche, aber sehr übersichtlich gegliederte Einführung eignet sich auch als Nachschlagewerk für thematisch stark Interessierte /Engagierte und ist mit 24 Euro verhältnismäßig preisgünstig. (Es kann in Druckfassung oder als PDF zum Download bezogen werden). Zum Theorienpluralismus: In 7 der insgesamt 14 Kapitel werden verbreitete Schulen/ Lehrmeinung vorgestellt. Stichworte: Realismus | Liberalismus | Institutionalismus | Marxismus | Feminismus | Konstruktivismus | Politisch-psychologische Theorien. Gemeinsam lesen wollen wir die Kapitel „**8. Institutionalismus**“ (S.225–251) sowie Auszüge aus Kapitel „**13. Die internationalen Beziehungen zwischen Pluralisierung und Globalisierung: Reflexionen und Ergänzungen**“ (S.403–428).

FREITAGVORMITTAG: Teil 2:

Blick auf die Vorbereitung der „**Vier-ten außerordentlichen Sitzung der Generalversammlung zum Thema Abrüstung**“. (Geplant 2023/24) Ausgewählte UN-Dokumente, Positionen zivilgesellschaftlicher Initiativen, Parteiprogrammatik. Siehe auch Seite 28/29, Globale Debatten – UN-Initiativen – Thema: Frieden – Sicherheit – Abrüstung.

Freitag Nachmittag, Teil 3.

Menschenrechte / politische Rechte als internationale Anliegen.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte bildet zusammen mit dem Internationalen Pakt über bürgerliche und Soziale Rechte und dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte die Internationale Bill of Rights.

„Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, periodisch Staatenberichte an den UN-

Menschenrechtsausschuss einzureichen. Diese gelten als schwächstes Mittel zur Vertragsdurchsetzung. Der Menschenrechtsausschuss kann außerdem Individualbeschwerden einzelner Bürger von Staaten, die das Zusatzprotokoll unterzeichnet haben, annehmen und verhandeln. Stellt er bei der Kontrolle Mängel fest, kann er den Staaten Vorschläge und Empfehlungen unterbreiten, wie sie die Umsetzung des Vertrags verbessern können.“ (Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte – Wikipedia) Einen solchen Vorgang hat der letzte Bericht der BRD ausgelöst. Im kommenden September wird die Bundesrepublik beim zuständigen Ausschuss der Vereinten Stellung nehmen.

Wir wollen anhand von Dokumenten erörtern, welche Impulse von den global anerkannten Dokumenten ausgehen:

- für die Kritik von Menschenrechtsverletzung,
- für die politische Programmatik linker Parteien,
- für Gesetzesinitiativen.

AB FREITAGNACHM./-ABEND, Teil 4: Arbeitsrahmen AG 2 Linke Schule Winter 23.

• Innere Verfasstheit der EU – Menschenrechte – Freizügigkeit & Arbeitsmarkt – soziale Fortschritte, die die EU-Bürger genießen. Eher wenig beachtet, haben die EWG und ihre Nachfolgeinstitutionen mit der Freizügigkeit und ihrer rechtlichen Rahmung starken Einfluss auf die individuellen Rechte der EU-Bürger, aber auch auf die Konditionen des Arbeitsmarktes genommen. Behandelt werden soll die historische Grundlegung für die Freizügigkeit und die Rechtsentwicklung innerhalb der EU.

Quellen u.a.: Festschrift: 50 Jahre EU-Freizügigkeit; EU-Rechtsgrundlagen zu Freizügigkeit, sozialen Sicherungssystemen und Entsendung

• Migrationsgeschichte. Einführung über die Geschichte der Migration seit 1945 – natürlich nur als Übersicht – und der Gesetzgebung (deutschlandbezogen bis hin zur EWG-Gründung, bzw. das erste Mal, wo einschlägige politische Fragen dokumentiert wurden) bis hin zur Entscheidung 2003.

Dokument 2003: Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Asyl- und Migrationsmanagement und zur Änderung der Richtlinie (EG) 2003/109 des Rates und der vorgeschlagenen Verordnung (EU) XXX/X (Textstellen).

Für die Entwicklung zwischen 2003 und 2015/16 evtl. Entwicklung von „Mare nostrum“ zu „Frontex“ (EU-Dokumente)

- Reform des EU-Migrationsrechts seit 2016 – Migrations- und Asylpaket – vorgestellt am 23.9.2020 – Ist die Reform ein Fortschritt für die Umsetzung der Menschenrechte?

Die Rückweisungspraxis und Lagerunterbringung von Menschen an den EU-Außengrenzen greift ProAsyl an.

Vorsichtig positiv wird es von Teilen der Linken, den Christdemokraten, Caritas und eindeutig von den Liberalen (Renew Europe) im EU-Parlament, UNICEF, UNHCR beurteilt.

- Rechtsaußen-Parteien greifen die Reform EU-weit an. Höcke fordert Umvolkung und Remigration der in die EU Geflüchteten.

• Beunruhigende Wahlerfolge und Regierungsbildungen in der EU.

Autoritäre, völkische Antworten auf häufig gestellte Fragen. Der negative Einfluss der außereuropäischen Migration auf die EU-Mitgliedstaaten. Mit Beiträgen aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Niederlande, Österreich, Polen, Schweden und Spanien. Positionen der ECR zu Migration, Familie und Leben. Was ist nötig, um diese Kräfte zurückzudrängen?

Quellen: Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Asyl- und Migrationsmanagement und zur Änderung der Richtlinie (EG) 2003/109 des Rates und der vorgeschlagenen Verordnung (EU) Asyl- und Migrationsfonds || Höcke-Rede, 7.11.22 auf dem AfD-Parteitag in Thüringen || Gemeinsame Broschüre der EU-Parlamentsfraktionen „Identität und Demokratie“ und „Europäische Konservative und Reformer ECR“ Caritas Europa: Erste Beurteilung des Migrations- und Asylpakets || Caritas Pact_migration_reaction_Caritas_Europa_DE_final || Renew Europe! <https://www.reneweuropegroup.eu>

SAMSTAGNACHMITTAG

Schlussbesprechung, Planung Berichterstattung, Projektarbeit.

Eine Materialmappe wird zum Kursbeginn ausliegen, PDF kann von Teilnehmenden ab 31.12. zum Download angefordert werden bei: fochlermuenchchen@gmail.com. An der Vorbereitung der Kurse beteiligt: Christoph Cornides, Eva Detscher, Martin Fochler, Rolf Gehring, Ulli Jäckel, Michael Juretzek, Christiane Schneider, Rosemarie Steffens.

Münchner Straßen-Tunnel – ein Verfahren kommt an seine Grenze

MARTIN FOCHLER, MÜNCHEN

Bei der Erörterung der anstehenden, oder besser, schwelbenden Planung weiterer Tunnel für den Kraftfahrzeugverkehr im Rahmen einer außerordentlichen Programmausschuss-Sitzung des Münchner Forums Ende Juli dieses Jahres kam die wachsende Skepsis zur Sprache, die in den Meinungen in der Stadtöffentlichkeit zu spüren ist. Bereits 1996 fanden Straßen-Tunnels zur Lösung von Münchner Verkehrsproblemen nur noch eine knappe Mehrheit (1).

Wer die Verkehrssituation Münchens zu Beginn der 1960er Jahre erlebt hat, weiß von dem Lärm, der schlechten Luft, den langen Wegezeiten, dem Stau und Gedränge und der Gefahr für Leib und Leben – Probleme, die uns geblieben sind? Durchaus; dennoch: Für das Jahr 2021 müssen wir im Stadtgebiet nurmehr 15 Verkehrstote beklagen, immer noch zu viele; doch damals waren es jedes Jahr zwischen 200 und 250 Verkehrstote. Diese Situation war unerträglich. Die Idee, das Problem durch den Umbau Münchens zur „autogerechten Stadt“ anzugehen, scheiterte an Kritik der Fachwelt und politischer Aktivität der Bürgerschaft.

Am Ende entstand eine Kombination von U-Bahn und Fußgängerzone, von Verkehrsverlagerung in den Untergrund und Gestaltung von Freiflächen oben sowie eine Kombination eines vorzugsweise kreuzungsfrei, teils in Tunnelbauten verlegten Systems von Schnellstraßen für den Kfz-Verkehr in die Stadt, aus der Stadt und um die Stadt herum. Das S-Bahn-System vervollständigte das Verkehrsnetz. Das Einpendeln zu den Arbeitsplätzen wurde leichter und der Zugang zum breiten Angebot des Einzelhandels auch. Der Aus-

bau des Flughafens unterstrich die Rolle des Metropolenkerns als Schnittstelle zur „weiten Welt“.

Die Kosten der Mobilität und die Beeinträchtigungen des städtischen Alltags waren enorm, der Plan gleichwohl faszinierend. Der 1962 geprägte und bis 2005 im offiziellen Stadtmarketing verwendete Werbespruch „Weltstadt mit Herz“ beschreibt die Aufbruchstimmung: „Bedeutungsgewinn“ gekoppelt mit „Identitäts-erhalt“.

Der Ausbau zur U-Bahn-Stadt, (für München) etwas Neues, machte es möglich, das gewachsene Netzwerk der Straßen, Gassen, Wege, der Plätze und Parks weitgehend zu erhalten und doch den Massenverkehr der Moderne abzuwickeln. Die Wegeführung der europäischen Städte, historisch entstanden für den Verkehr im Fußgängertempo, strukturiert den Sozial- und Kulturraum nach menschlichem Maß, sie gibt dem Blick eine Richtung und erlaubt Zeit für ein Innehalten; die Stadt kann erlebt werden.

Die U-Bahn selbst kann – weitgehend – ohne Rücksicht auf die oberirdische Straßeführung gebaut werden. Die Bahnhöfe funktionieren nach oben hin als Verteilungszentren hin zu den Orten mit Zentralfunktion – Behörden, Betriebe, Ausbildungsstätten, Konsumangeboten, dichter Wohnbebauung oder auch Veranstaltungen mit großem Publikumsandrang.

Am Anfang und Ende einer U-Bahn-Fahrt steht ein Fußweg. Alte Entfernungsmaße wie „eine halbe Stunde Wegs“ erhalten neuen Sinn. Weil die Fahrt nicht lange dauert und solange die Taktzeiten kurz sind, wird der eher reizlose bis belastende Aufenthalt im Untergrund – schwere Arbeit für die Menschen, die das System

am Laufen halten – für die Passagiere akzeptabel. Und an der Oberfläche zeigt sich die Stadt. Es ist (fast) immer eine kleine Freude des Alltags: aus der U-Bahn heraus an die Oberfläche.

So beeindruckend die spezifische Leistung des U-Bahn-Netzwerkes auch ist, es hat seine Grenzen. Der Aufwand lohnt sich nur, wo die Siedlungsdichte hoch ist. Schon die Querverbindungen zwischen den Streckenästen müssen überwiegend oberirdisch geführt werden, und für den Transport schwerer und sperriger Güter eignet sich das auf Personentransport ausgerichtete System nicht. Die Kombination von U-Bahn, S-Bahn, Regionalbahnen konnte ohne Ausbau der Kfz-Verkehrswege nicht bestehen, und das galt auch für den innerstädtischen Versorgungsverkehr, keineswegs nur fürs Gewerbe – Stichwort „Großeinkauf“.

Wo Schnellstraßen in die Stadt oder auch um sie herumgeführt werden, ist eine kreuzungsfreie Verkehrsleitung das Mittel der Wahl. Es werden raumgreifende Verteilerbauwerke nötig. Wer sich an einer der großen Schluchten aufhält, die den Kfz-Verkehr im Siedlungsraum der Stadt kanalisieren, versteht den dringenden Wunsch der Anwohner, diese Lasten ebenfalls unter die Erde zu bringen. Aber anders als z.B. bei U-Bahnhöfen ist der Flächenverbrauch für die Zu- und Abführungen enorm. (3)

In den 1960er Jahren hatte sich die Landeshauptstadt als Wirtschaftsstandort gefestigt, als Wissenschafts- und Forschungsstandort entwickelt, für das ganze Land förderliche Institutionen des Kultur- und Bildungswesens wuchsen, und nicht zuletzt war die Landeshauptstadt nun als Schnittstelle der Region zur globalen Welt gefordert.

Die Ballung produktiver Kräfte aller Art auf engem Raum schuf Führungsvorteile und begünstigte die Entstehung neuer Kombinationen, es folgte eine Speziali-



Karte links: Beispiel für raumgreifende Verkehrsleitung: Kreuzung Mittlerer Ring / Plinganserstraße mit Zuführung zum Brudermühl tunnel; im Vergleich rechts: U-Bahnstation Brudermühlstraße

Foto rechts: Westportal des Brudermühl tunnels und Oberflächenfahrbahnen. Im Hintergrund das Heizkraftwerk Süd



sierung von Firmen; Gewerben, Dienstleister, Behörden, Ausbildungsstätten und natürlich auch der Berufe sowie des Warenangebots. Für viele Menschen war der Standort München schon aus Gründen der Berufsausübung alternativlos. Der gesteigerten Mobilität von Menschen und Sachen genügte das Verkehrssystem nicht mehr.

Eine neue Struktur war erforderlich, es wurde ein Prozess nachholender Anpassung der Infrastruktur gestartet, der seither mit beachtlichem Gewinn für Lebensqualität und Produktivität weitergeplant und gebaut werden konnte.

Inzwischen gibt es Anzeichen, dass der Produktivitätsgewinn durch Ballung von Funktionen im Zentrum von Metropolregionen abnimmt. Schnelle Datenverbindungen ermöglichen heute eine andere Lokalisierung von Produktionen und Dienstleistungen im Raum. Der Zwang zur Niederlassung im Zentrum des Ballungsraumes wird schwächer für die Einzelnen wie auch für die Institutionen. Das Konzept der immer dichteren Agglomeration von Menschen, Bauten und Funktionen wandelt sich vom Lösungsansatz zum Problemgenerator.

Die „Stadtentwicklungskonzeption ‚Perspektive München‘ – Bericht zur Fortschreibung 2021“ (4) geht von einer Fortdauer des Ballungsprozesses aus, der als „Wachstumspfad“ bezeichnet wird (S. 17). Wenige Seiten später (S. 25/26) werden „3.2 Nationale und internationale Zielsysteme“ erwähnt, unter anderem die von den zuständigen Ministerien der EU-Staaten getragene „Neue Leipzig-Charta. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl“ (30. November 2020).

Bei der Lektüre dieses Dokuments drängt sich der Eindruck auf, dass sich neben dem Trend zur Ballung im Zentrum, der die Entwicklung jahrzehntelang bestimmt hat, europaweit die Idee der Organisation des Sozialraums als Netzwerk von Siedlungen in den Vordergrund schiebt.

So wird z.B. ein „Mehrebenen-Ansatz“ propagiert (Seite 24): „Jede politische Verwaltungsebene – kommunal, regional, in der Metropolregion, national, europäisch und global – ist in bestimmter Weise für die Zukunft unserer Städte verantwortlich. Die Grundlage dafür bilden das Subsidiaritäts- und das Verhältnismäßigkeitsprinzip. Komplexe Herausforderungen sollten alle Ebenen der Stadt-

entwicklungs- und Raumordnungspolitik gemeinsam angehen.“

Man kann sagen, dass in den Planungen der Landeshauptstadt wie in der öffentlichen Meinung der Stadt beide Trends erkennbar sind und im Konflikt liegen. Es ist eine Entscheidungssituation entstanden, in der Maßnahmen, die in der Stadt stattfinden und von den Bürgerinnen und Bürgern getragen werden müssen, nur noch angemessen diskutiert werden können, wenn die Einbettung in globale, europäische, nationale, regionale Bezugssysteme mitbedacht wird.

Bürgerbegehren zum Schutz verbliebener Grünflächen, gegen die Ausrichtung der Stadtentwicklung am veraltenden Konzept der Hochhausstadt, der zähe Kampf um Verkehrsfläche für Mobilität zu Fuß erscheinen in diesem Zusammenhang nicht mehr als Blockade, sie passen zu den neuen Maßstäben gut und bringen sie zur Geltung. Überraschende Initiativen der Bundes- und Landespolitik – genannt sei das bundesweit geltende Ticket für Regionalverkehr – werden verständlich als Versuch, die großen und kleinen Siedlungskerne als Knoten eines Netzwerkes zu organisieren. Auf jeden Fall würde es sich lohnen, die entsprechenden politischen Dokumente zu diskutieren. Es handelt sich ja nicht um irgendwelche Gedankenspiele, sondern um politische Maßgaben, die am Ende durchgreifen.

Abschließende Bemerkung: Die Anbindung an das Schnellstraßensystem war für die Stadtentwicklung unerlässlich. Der Ausbau hat – siehe die Anzahl der Verkehrstoten als Indikator – das Leben mit dem Kfz-Verkehr im Ganzen leichter gemacht, allerdings blieb es an einer Reihe von Punkten und Straßen bei kaum erträglichen Wohnsituationen; Fläche wurde verbraucht und historische Grünanlagen durchschnitten. Verlegung unter die Erde hilft, solche Wunden zu heilen. Die erheblichen Kosten können gerechtfertigt werden, solange es sich nicht nur um eine Verschiebung der Belastung auf andere Akteure handelt und der Flächengewinn auf dem Tunneldeckeln nicht durch Flächenverbrauch bei Zu- und Abfahrten aufgefressen wird. Dazu käme es jedoch, wenn – wie bei den zurzeit diskutierten Hochhausplanungen – die unter solchen Baumassen geplanten Tiefgaragen an das Netz der Schnellstraßen angebunden werden sollen.

Zum Weiterlesen: 1 Siehe Liste der Tunnel in München – Wikipedia, https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Tunnel_in_M%C3%BCnchen#Hintergrund ET sowie Verkehr – Bürger entscheiden für drei Tunnel am Mittleren Ring – München – SZ.de (sueddeutsche.de) SZ vom 24.06.1996 <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/verkehr-buerger-entscheiden-fuer-drei-tunnel-am-mittleren-ring-1.751390> ET 2 Weltstadt mit Herz – Historisches Lexikon Bayerns (historisches-lexikon-bayerns.de), https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Weltstadt_mit_Herz ET 3 Bildschirmkopie aus: <https://geoportal.bayern.de/bayernatlas/Bruderm%C3%BChlstraße> ET 4 Fortschreibung Perspektive München, München, Mai 2022, https://stadt.muenchen.de/dam/jcnb129023c-5202-4788-9f5e-a38b47b83776/2021_Fortschreibung_PerspektiveMuenchen.pdf ET (5) <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2021/neue-leipzig-charta-pocket-dl.pdf?blob=publicationFile&v=3> ET

MÜNCHNER FORUM

Diskussionsforum für
Entwicklungsfragen e.V.



„Standpunkte“. Informieren Sie sich über aktuelle Themen, unterschiedliche Perspektiven und Geschehnisse zu wichtigen Fragen der Stadtentwicklung in unserem kostenfreien Online-Magazin.

MAGAZIN STANDPUNKTE

Informieren Sie sich über unterschiedliche Perspektiven auf und Positionen zu aktuellen Themen der Stadtentwicklung in unserem kostenfreien Online-Magazin STANDPUNKTE:

ÄLTERE AUSGABEN:

Münchens Städtrand: bloßes Bauland – oder mehr? [Standpunkte 7./8./9.2022]

Standpunkte 7./8./9.2022



Paketpost-Areal: Kippen die Hochhäuser? [Standpunkte 04./05./06.2022]

Standpunkte 4./5./6.2022



Mobilitätswende in München [Standpunkte 01./02./03.2022]

Standpunkte 1./2./3.2022



Die Isar in München: urbaner Natur- und Erholungsraum [Standpunkte 10./11./12.2021]

Standpunkte 10./11./12.2021





Vierte außerordentlichen Sitzung der Generalversammlung zum Thema Abrüstung in Vorbereitung

In diesem Jahr haben nicht nur 5 Notstandssondertagungen der Vereinten Nationen den Angriff der Russischen Föderation und die Annexion ukrainischen Staatsgebiets verurteilt, es kam auch zu einer Fülle von weiteren Initiativen in Sachen Abrüstung und Friedenssicherung. Seit dem 13. September tagt die 77. UN-Generalversammlung. Ende November legte der Erste Ausschuss der UNO-Vollversammlung, zuständig für ABRÜSTUNG UND INTERNATIONALE SICHERHEIT, einen umfangreichen Bericht zum Tagesordnungspunkt 99, „Allgemeine und

umfassende Abrüstung“ vor. Insgesamt ist überraschend, wie eindeutig und detailliert die globale Diskussion vor dem Forum der UNO von dem Wunsch nach Abrüstung getragen wird.

Der Bericht ist im englischen Original 187 Seiten lang.* Wir dokumentieren unten die Titel der insgesamt 38 Resolutionsentwürfe und fünf Beschlussanträge zur Beratung und Abstimmung, über die zuvor im Ausschuss beraten und zum Teil kontrovers abgestimmt worden war. Von übergreifender Bedeutung ist wohl die Resolution III, die an die im Septem-

ber 2023 beginnende, 78. Tagung gerichtet ist. Anliegen: EINBERUFUNG DER VIERENTEN AUSSERORDENTLICHEN SITZUNG DER GENERALVERSAMMLUNG ZUM THEMA ABRÜSTUNG.

Eine Gesamtwürdigung der Resolutionsentwürfe und Beschlussanträge, die bereits jetzt zu Debatte stehen, ist an dieser Stelle selbstverständlich nicht möglich, wir greifen auf der folgenden Seite beispielhafte Punkte heraus.

Der Komplex wird auch bei der Winterschule der ArGe Thema sein, siehe Einladung auf Seite 25 dieser Ausgabe.

Der Erste Ausschuss empfiehlt der Generalversammlung, die folgenden Resolutionsentwürfe anzunehmen:

- i) Einhaltung von Umweltstandards bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen
- ii) Beziehung zwischen Abrüstung und Entwicklung
- iii) Einberufung der vierten außerordentlichen Sitzung der Generalversammlung zum Thema Abrüstung
- iv) Folgemaßnahmen zum hochrangigen Treffen der Generalversammlung zur nuklearen Abrüstung 2013
- v) Förderung des Multilateralismus im Bereich der Abrüstung und der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen
- vi) Auswirkungen des Einsatzes von Waffen und Munition, die abgereichertes Uran enthalten
- vii) Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Autorität des Genfer Protokolls von 1925
- viii) Internationaler Tag des Bewusstseins für Abrüstung und Nichtverbreitung (5. März)
- ix) Studie der Vereinten Nationen über Bildung im Bereich Abrüstung und Nichtverbreitung
- x) Humanitäre Folgen von Atomwaffen
- xi) Vertrag über das Verbot von Atomwaffen
- xii) Frauen, Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle
- xiii) Internationale Sicherheit und der Status der Mongolei als kernwaffenfreier Staat
- xiv) Weiteres Verfahren nach dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs des Gerichtshofs

- über die Rechtmäßigkeit der Androhung oder des Einsatzes von Atomwaffen
- xv) Haager Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballistischer Raketen
- xvi) Regionale Abrüstung (Tagung „Allgemeine und vollständige Abrüstung“, Unterpunkt subsidiäre Frage mit dem Titel „Regionale Abrüstung“)
- xvii) Verabschiedung vertrauensbildender Maßnahmen auf regionaler und subregionaler Ebene
- xviii) Konventionelle Waffenkontrolle auf regionaler und subregionaler Ebene
- xix) Vertrag über den Waffenhandel
- xx) Umsetzung des Übereinkommens über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung
- xxi) Kampf gegen die Bedrohung durch IEDs („improvisierte Sprengkörper“)
- xxii) Nukleare Abrüstung
- xxiii) Elfte Konferenz der Vertragsparteien zur Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und Vorbereitungsausschuss
- xxiv) Ethische Imperative für eine atomwaffenfreie Welt
- xxv) Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für die Herstellung von Kernwaffen und anderen Sprengkörpern
- xxvi) Transparenz im Bereich der Rüstung
- xxvii) Vertrag über die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Zentralasien
- xxviii) Der illegale Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten
- xxix) Informationen über vertrauensbildende Maßnahmen im Bereich der konventionellen Waffen
- xxx) Umsetzung des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen
- xxxi) Verringerung der nuklearen Gefahr
- xxxii) Maßnahmen, um Terroristen am Erwerb von Massenvernichtungswaffen zu hindern
- xxxiii) Maßnahmen zur Erstellung eines gemeinsamen Aktionsplans für eine atomwaffenfreie Welt
- xxxiv) Verhinderung des Erwerbs von radioaktiven Quellen durch Terroristen
- xxxv) Stärkung und Ausbau des Vertragssystems und Abkommen über Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen
- xxxvi) Umsetzung des Übereinkommens über Streumunition
- xxxvii) Transparenz- und vertrauensbildende Maßnahmen in Bezug auf Raumfahrtaktivitäten
- xxxviii) Unterstützung von Staaten bei der Unterbindung des unerlaubten Handels und der Einsammlung von Kleinwaffen und leichten Waffen

Der Erste Ausschuss empfiehlt der Generalversammlung, die folgenden Beschlussentwürfe anzunehmen:

- i) Überprüfung der nuklearen Abrüstung
- ii) Raketen
- iii) Probleme, die sich aus der Anhäufung von

- Beständen überschüssiger konventioneller Munition ergeben
- iv) Auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt: Beschleunigung der Umsetzung der Verpflichtungen zur nuklearen Abrüstung

- v) Atomwaffenfreie südliche Hemisphäre und angrenzende Gebiete

* **Elektronisches Dokumentenarchiv der Vereinten Nationen:** documents.un.org/prod/ods.nsf/home.xsp mit der Kennung „A/77/385“. Original: Englisch – eine maschinelle Übersetzung (DeepL) unter https://www.linkekritik.de/fileadmin/quellen/22-11-un-abruestung-N2269015_de.pdf. Sie erleichtert den ersten Überblick, bei Weiterverwendung ist ein Abgleich mit der Fassung in der UN-Amtssprache sinnvoll.

Anmerkungen zu Resolutionen, die der Generalversammlung vom 1. Ausschuss vorgeschlagen wurden.

Resolutionsentwurf III fordert, in die vorläufige Tagesordnung der achtund siebzigsten Tagung, Beginn Sept. 2023 unter dem Punkt „Allgemeine und vollständige Abrüstung“ folgenden Unterpunkt aufzunehmen

„Einberufung der vierten Sondertagung der Generalversammlung zum Thema Abrüstung“

Die ersten drei Sondertagungen der Vollversammlung zum Thema Abrüstung haben 1978, 1982 und 1988 stattgefunden. Die Resolution verweist auf die Ergebnisse der UN-Sondertagung von 1982 zur Abrüstung und die Ergebnisse einer von der Generalversammlung eingesetzten Arbeitsgruppe, die 2016 und 2017 getagt hat und Konsens über Ziele und Agenda einer Sondertagung erzielt hat. Die Resolution äußert die Überzeugung, dass eine Sondertagung der Generalversammlung, die der Abrüstung gewidmet ist, die Weichen für künftige Maßnahmen in den Bereichen Abrüstung, Rüstungskontrolle, Nichtverbreitung und damit zusammenhängende Fragen der internationalen Sicherheit stellen kann.

Resolutionsentwurf IV fordert, in die Tagesordnung der 78. UN-Vollversammlung (Beginn Sept. 2023) den Punkt aufzunehmen.

„Folgemaßnahmen zum hochrangigen Treffen der Generalversammlung zur nuklearen Abrüstung im Jahr 2013“

Dabei bezieht sich die Resolution unter anderem auf die Annahme des Vertrags über das Verbot von Kernwaffen durch Abstimmung am 7. Juli 2017 auf der Konferenz der Vereinten Nationen zur Aushandlung eines rechtsverbindlichen Instruments zum Verbot von Kernwaffen mit dem Ziel ihrer vollständigen Abschaffung, und dessen Inkrafttreten am 22. Januar 2021. (12. Paragraf der Präambel), und äußert „Besorgnis darüber, dass Verbesserungen an bestehenden Kernwaffen und die Entwicklung neuer Kernwaffentypen, wie sie in den Militärdoktrinen einiger Kernwaffenstaaten vorgesehen sind, gegen ihre rechtlichen Verpflichtungen zur nuklearen Abrüstung sowie die eingegangenen Verpflichtungen zur Verringerung der Rolle von Kernwaffen in ihrer Militär- und Sicherheitspolitik verstößen sowie gegen die negativen Sicherheitsgarantien der Kernwaffenstaaten“. (14. Paragraf der Präambel).

Nachdem die Bundesrepublik bei dem Versuch, diese Paragrafen zu streichen, in der Minderheit blieb, stimmte sie gegen die Annahme des Resolutionsentwurfs, der dennoch vom Ausschuss mit Mehrheit beschlossen wurde (138 dafür, 34 dagegen, 9 Enthaltungen)

Die Resolution fordert die dringende Aufnahme von Verhandlungen im Rahmen der Abrüstungskonferenz über Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung, um die

vollständige Abschaffung von Kernwaffen, insbesondere auch über ein umfassendes Abkommen über Kernwaffen zu erreichen. Sie schlägt vor, den 26. September noch mehr als bisher als Internationalen Tag für die totale Abschaffung der Atomwaffen zu nutzen, und ihm auf allen Ebenen größere Bedeutung zu verleihen, z.B. durch jährliche Abhaltung einer hochrangigen Plenarversammlung der UN zum Thema der Abschaffung der Atomwaffen an diesem Tag.

Resolutionsentwurf VII

„Maßnahmen zur Stärkung der Autorität des Genfer Protokolls von 1925“

Die Resolution, die einstimmig – bei Enthaltung der USA und Israels – angenommen wurde, betont, „dass die internationale Gemeinschaft seit langem entschlossen ist, ein wirksames Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer und biologischer Waffen zu erreichen, und dass sie weiterhin Maßnahmen zur Stärkung der Autorität des am 17. Juni 1925 in Genf unterzeichneten Protokolls betreffend das Verbot der Verwendung von ersticken- den, giftigen oder ähnlichen Gasen und von bakteriologischen Mitteln im Krieg unterstützt“, und „fordert alle Staaten erneut auf, sich strikt an die Grundsätze und Ziele des Protokolls über das Verbot der Verwendung von ersticken- den, giftigen oder ähnlichen Gasen und bakteriologischen Mitteln im Krieg zu halten, und bekräftigt, dass es von entscheidender Bedeutung ist, den Bestimmungen dieses Instruments Wirkung zu verleihen; ... Verpflichtet die Staaten, die ihre Vorbehalte zum Genfer Protokoll von 1925 aufrechterhalten, diese zurückzuziehen.“

Resolutionsentwurf VIII

Internationaler Tag für Sensibilisierung für Abrüstung und Nichtverbreitung

Die Organisationen der UN und die Mitgliedsstaaten sollen den 5. März zur Erhöhung des Bewusstseins für die Notwendigkeit der Abrüstung und Nichtverbreitung von Atomwaffen begehen.

Resolutionsentwurf XI

Vertrag über das Verbot von Nuklearwaffen

Die Resolution erinnert an die Verabschiedung des Vertrags am 7. Juli 2017, sein Inkrafttreten am 22. Januar 2021, sowie daran, dass ihn bereits 91 Staaten unterzeichnet haben und 68 Staaten ihn ratifiziert haben. Sie begrüßt die Zusammenkunft der Vertragsstaaten im Juni in Wien und die dort gefassten Beschlüsse. Sie ruft alle Staaten, die dies noch nicht getan haben auf, diesem Vertrag beizutreten und ihn zu unterstützen.

Der Resolutionsentwurf wurde im Ausschuss mit 124 zu 43 Stimmen bei 14 Enthaltungen angenommen, die BRD stimmte dagegen.

(Zu Deutschlands Rolle beim Atomwaffen-Verbotsvertrag siehe <https://frieden-sichern.dgvn.de/meldung/ein-weiterer-meilenstein-auf-dem-weg-in-eineatomwaffenfreie-welt>, <https://dgvn.de/meldung/die-vereinigten-nationen-und-die-nukleare-abruestung>, <https://www.boell.de/de/2020/11/12/ein-meilenstein-fuer-die-nukleare-abruestung>)

Resolutionsentwurf XIV

„Folgemaßnahmen zum Gutachten des Internationalen Gerichtshofs über die Rechtmäßigkeit der Androhung oder des Einsatzes von Kernwaffen“

Die Resolution bezieht sich auf ein vom Internationalen Gerichtshof 1996 auf Verlangen der Vollversammlung angefertigtes Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs und bekräftigt die daraus hervorgehende Verpflichtung, „die Verhandlungen über die nukleare Abrüstung in gutem Glauben fortzusetzen und zum Abschluss zu bringen, die zu einer nuklearen Abrüstung in allen ihren Aspekten unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle führen“. Die Bundesrepublik Deutschland stimmte gegen die Resolution, nachdem die Streichung zweier Absätze, die sich positiv auf den Vertrag zum Verbot der Atomwaffen bezogen, im Ausschuss keine Mehrheit fand. Entsprechend verhielt sich die deutsche Vertretung bei der Abstimmung des von afrikanischen und asiatischen Ländern eingereichten Resolutionsentwurfs XXII „Nukleare Abrüstung“.

Auch der Resolutionsentwurf XXIV, „Ethische Imperative für eine atomwaffenfreie Welt“, vorgelegt von zahlreichen nicht-paktgebundenen Staaten, fand wegen eines positiven Bezugs auf den Atomwaffen-Verbotsvertrags nicht die deutsche Zustimmung.

Resolutionsentwurf XXV

„Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für die Herstellung von Kernwaffen und anderen Sprengkörpern“

Diese von Kanada, Deutschland und den Niederlanden eingereichte Resolution fordert die Abrüstungskonferenz auf, über einen Vertrag zum Verbot der Herstellung von spaltbarem Material zu verhandeln. Die Kernwaffenstaaten werden aufgefordert „ein freiwilliges Moratorium für die Produktion von spaltbarem Material für Kernwaffen und andere Kernsprengkörper zu erklären und umzusetzen, sofern sie dies nicht bereits getan haben.“ Gegen diesen Entwurf stimmten China, Iran und Pakistan, es enthielten sich unter anderem die russische Föderation und Israel.

Die „Freie Volkshochschule Hannover-Linden“ wird eröffnet

EVA DETSCHER, KARLSRUHE,
ROLF GEHRING, BRÜSSEL

Volkshochschulen – die meisten entstanden unmittelbar im Anschluss an den Ersten Weltkrieg im Jahr 1919 – sind aus der heutigen Angebotslandschaft im Sinne von „Bildung für alle und alle Altersgruppen“ nicht mehr wegzudenken. Die Gründungsgeschichte der VHS Hannover ist repräsentativ und einzigartig zugleich: – was 2004 die Klasse BO9a der Berufsbildenden Schule 13 in Hannover dazu brachte, über Theodor und Ada Lessing, die Gründer der VHS Hannover, zu recherchieren. Das biografische Porträt mit dem Titel „Gehasst, gejagt, ermordet“ war ein Projekt für den „Literaturatlas Niedersachsen“ [1]

Die gewaltigen Veränderungen der Gesellschaft Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts und ihr Zustand 1918–1919 haben auch im Umkrempeln bisheriger Vorstellungen, was „Bildung“ überhaupt sei, ihren Ausdruck gefunden. Orientiert z.B. an der von Nicolai F.S. Grundtvig geprägten dänischen nicht-staatlichen Volkshochschule (gegründet 1844 in Rødding; siehe Politische Berichte 5/2017) haben die vielen Stränge der Kultur- und Schulkritik, der Reformpädagogik, der Jugendbewegung und der Arbeiterbildung mit Art. 148 der Weimarer Reichsverfassung die rechtliche Grundlage für die Erwachsenenbildung erhalten. Deutschlandweit kam es 1919 zu einem Gründungsboom der Volkshochschulen. In Linden, was damals ein Vorort von Hannover war, engagierten sich

Ada und Theodor Lessing in der Initiative zur Gründung einer Bildungseinrichtung für Erwachsene. Theodor Lessing war Mitglied in der „Volksbildungskommission“, die vom „Reichsamt für Demobilisierung“ für Arbeitsbeschaffung und Volksbildungsmassnahmen gebildet wurden waren. Im Zusammenspiel mit Erwerbslosenkursen für Jugendliche, Arbeitssuchende aus dem kaufmännischen

Unterstützt durch entsprechende landesweite Gesetzgebung (die Weimarer Verfassung) und kommunale Förderung war die Idee, den einfachen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich parallel zur täglichen Arbeit weiterzubilden: eine Arbeiteruniversität – eine Volkshochschule.“ [2]

1919 bis 1933 und Folgejahre unter NSDAP-Herrschaft

„Die Erwachsenenbildungseinrichtungen waren auf dauerhafte öffentliche Förderung angewiesen; allein durch Teilnehmergebühren und Sponsoren, z.B. aus der Wirtschaft, war ihre Existenz nicht zu sichern. Von den in großer Zahl in den ersten Jahren der Weimarer Republik gegründeten Volkshochschulen und Volksbildungvereinen überlebten viele die Inflationszeit nicht, und dieses Schicksal ereilte auch Einrichtungen in größeren Gemeinden und Städten.“ [3] Nicht so in Hannover: „Wissen ist Macht! Wissen macht frei! Bildung ist Schönheit! – das ist das Motto, unter das Ada und Theodor Lessing ihre Volkshochschul-Arbeit stellen.“ [4] Technische Fähigkeiten, fachliche und allgemeine Kenntnisse sowie Allgemeinbildung mit dem Ziel des allseitig gebildeten, des ganzen Menschen – auf dieser Basis wollten die Lessings mit dem „Verein für Volksbibliotheken“ und den „volkstümlichen Hochschulkursen“ das Spektrum erweitern, was aber nicht dauerhaft gelungen ist. Andere Kooperationen gelangen, wie z.B. mit der „Freien Volksbühne Hannover“. Ende der 20er Jahre ging die

Zitat: Die Verfassung des Deutschen Reichs („Weimarer Reichsverfassung“) vom 11.8.1919 (Reichsgesetzblatt 1919, S. 1383)
Art. 148. In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben.
Beim Unterricht in öffentlichen Schulen ist Bedacht zu nehmen, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden. Staatsbürgerkunde und Arbeitsunterricht sind Lehrfächer der Schulen. Jeder Schüler erhält bei Beendigung der Schulpflicht einen Abdruck der Verfassung.
Das Volksbildungswesen, einschließlich der Volkshochschulen, soll von Reich, Ländern und Gemeinden gefördert werden.

Bereich und für arbeitslose Frauen, in denen allgemeinbildende und berufliche Grundkenntnisse vermittelt wurden, wurde im Januar 1920 die „Freie Volkshochschule Hannover-Linden“ eröffnet. Ada Lessing wurde Geschäftsführerin, Theodor Lessing deren Leiter. „Sie wollten einen Beitrag zur Gestaltung einer neuen, besseren Gesellschaft leisten.

[1] „Deutsch-Tschechische Nachrichten“ Nr. 57 vom 15. März 2004 (siehe auch Kasten) [2] <https://www.vhs-hannover.de/ueber-uns/150-jahre-theodor-lessing> [3] Wolfgang Schulenberg-Institut für Bildungsforschung und Erwachsenenbildung, Archiv für Erwachsenenbildung in Niedersachsen, Quellen zur Geschichte der Erwachsenenbildung, Findbuch zu den Beständen in staatlichen, kommunalen, kirchlichen, Universitäts- und Gewerkschaftsarchiven zur niedersächsischen Erwachsenenbildung seit 1918, Bearbeitet von Willi B. Gierke, Heino Kebischull und Werner Krüer [4] Corinna Heins: Ada Lessing: Bildung ist Schönheit! Vortrag mit zahlreichen Quellenhinweisen, https://www.vhs-hannover.de/fileadmin/user_upload/pdf/Gesellschaft_Politik/vortrag-historikerin-corinna-heins.pdf; © Corinna Heins, Historikerin und Literaturwissenschaftlerin M. A., Hannover 2019.



[1] 2003 veröffentlichten die Deutsch-Tschechischen Nachrichten (DTN, Nr. 54-57) in deutscher Übersetzung Emil Hruskas Arbeit über den deutschen Philosophieprofessor Theodor Lessing, der 1933 vor den Verfolgungen der Nazis aus Hannover in die Tschechoslowakei floh und am 30. August 1933 in Marienbad/Mariánské Lázně im Auftrag des SA-Führers Röhm ermordet wurde sowie Beiträge über Theodor Lessings Tätigkeit auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung in Hannover und über die Rolle, die seine Frau Ada von 1919 bis 1933 als erste Geschäftsführerin der Volkshochschule von Hannover spielte. Die DTN entnahmen diese Texte dem biografischen Porträt „Gehasst, gejagt, ermordet“, das die Klasse BO9a der Berufsbildenden Schule 13 in Hannover im Rahmen eines Projektes für den „Literaturatlas Niedersachsen“ unter Anleitung von Mechthild Lucks* erarbeitet hatte.

* Die in den DTN 2003 ausgewiesene Internetfunktion funktioniert leider nicht mehr. erschienen von 1998 bis 2011. Eine „Digitalisierte Suchhilfe“ zu dieser Publikationsreihe steht unter <https://www.linkekritik.de/fileadmin/quellen/dtn-suchhilfe-bd-1-4-web.pdf> zur Verfügung. Anfragen nach (digital) archivierten Einzelausgaben der DTN können an Martin Fochler, fochlermuenden@gmail.com (ehem. DTN-Redaktion) gerichtet werden.



Ada und Theodor Lessing

Ada (*16. Februar 1883) Sie ist Bildungsreformerin, Pionierin der Erwachsenenbildung, Pazifistin, Frau enrechtlerin und Sozialdemokratin. Berufsausbildung hat sie keine, sieht in der praktischen pädagogischen Arbeit

Abb.: Theodor Lessing mit Ehefrau Ada und Tochter Ruth (ca. 1922), Quelle: © Stadtarchiv Hannover, NL Lessing, <https://www.hannover.de/Media/01-DATA-Neu/Bilder/Landeshauptstadt-Hannover/Kultur-Freizeit/Stadtgeschichte/Städtische-Erinnerungskultur/Meldungen/2016/Theodor-Lessing-mit-Ehefrau-Ada-und-Tochter-Ruth-ca.-1922>

Teilnehmerzahl aufgrund verschiedener Faktoren zurück – u.a. mussten die Nähkurse, die technische Abteilung und 1931 die Handelsabteilung abgegeben werden. Dazu kamen die ständigen Anfeindungen: „Die an der Universität gegen Theodor Lessing inszenierte nationalistische Kampagne berührte auch die Volkshochschule Hannover. Der Herabwürdigung der Arbeit Ada Lessings durch die Studenten als „Kassiererin“ begegnete der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses der Volkshochschule, Grote, mit einer Stellungnahme, in der er sich gegen derartige Angriffe gegen die Volkshochschule und ihre Geschäftsführerin verwahrte. „1933 musste Theodor Lessing fliehen, Ada wurde die Geschäftsführung entzogen, nachdem in den Kommunalwahlen am 14.3.1933 die NSDAP als stärkste Fraktion gewählt wurde. Im Zuge der Gleichschaltung – Ausrichtung aller Vereine und Institutionen auf die Ziele der NSDAP – verließen zahlreiche Dozenten die VHS Hannover.

27.1.1947 – Wiedereröffnung

Unter neuem Träger „Bund für Erwachsenenbildung“ wurde die VHS Hannover wieder eröffnet, Ada Lessing wurde diskriminiert: ehrvergessen wurde ihr die Leitung vorenthalten, Erwähnung fand sie (mit fünf Zeilen) erst im Jahr 1954 nach ihrem Tod. „Im Jahr 1966 ging die Volkshochschule, bis dahin ein Verein, in kommunale Trägerschaft über. Der Vorschlag, sie nach dem Gründerpaar Ada und Theodor Lessing zu benennen, brauchte weitere 40 Jahre, bis er 2006 realisiert wurde.“ [2]

Die Rubrik: „Kalenderblätter – Wegemarken des sozialen Fortschritts“ in den Politischen Berichten – seit Juni 2016 am Start, bisher insgesamt 57 Projekte – hat sich mehrmals mit Fragen emanzipatorischer Entwicklungen, wie der Zugang zur Teilhabe an Bildungsangeboten erweitert bzw. Räume und Orte für solche Angebote geschaffen werden konnten, befasst:

ihre Berufung. Von 1919 bis 1933: Geschäftsführerin der Volkshochschule Hannover. Zwischen 1933 und 1946 ist sie im europäischen Exil. 1947 übernimmt sie die Leitung des Lehrerfortbildungsheims Schloss Schwöbber bei Hameln., eine Einrichtung, die ursprünglich zur „Teacher Reeducation“, also zur Umerziehung vormals nationalsozialistisch geprägter Lehrkräfte. Ada stirbt am 10.11.1953 an Lungenkrebs.

Theodor (*8. Februar 1872) Studium der Medizin, Literatur, Philosophie und Psychologie. Schriftsteller und Journa-

list, u.a. im Prager Tagblatt. Sozialdemokrat, der sich für Gleichberechtigung der Frau, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, heute würde man sagen, Umweltschutz und für zum Alltagsleben gehörende Lernorte einsetzte. Als Jude und Liberaler war er Hassobjekt der Nazi-Meute – hinzukommt, dass er als Gerichtsreporter beim Prozess gegen den Hannoveraner Serienmörder Haarmann die wenig rühmliche Rolle einer korrupten Polizei ins Visier genommen hat. 1933 floh er in die Tschechoslowakei und wurde dort im August 1933 von einer Gruppe Nazi-Kopfgeldjäger ermordet.

Bildungsurlaubsgesetze

Umstrittener als die Rahmung von Erwachsenenbildung durch die Weiterbildungsgesetze waren in der Bundesrepublik der Erlass von Bildungsurlaubsgesetzen.

Symptomatisch ist, dass das niedersächsische Bildungsurlaubsgesetz Anfang 1974 novelliert wurde, bevor es überhaupt in Kraft getreten war. Die erste Fassung sah nämlich eine Arbeitgeberabgabe vor, durch die Bildungsurlaubsseminare finanziert werden sollten. Der vorgesehene „Bildungsfonds“ wurde aber nach der Dazwischenkunft von Landtagswahlen von der neuen Landesregierung gestrichen.

Ab 1974 wurden diese in einer Reihe von Bundesländern verabschiedet. Heute gibt es sie in allen Bundesländern, außer in Bayern und Sachsen. Anspruchsberechtigt sind Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer, teils auch Beschäftigte in Heimarbeit und arbeitnehmerähnliche Personen. Bremen dehnte den Anspruch auch auf Arbeitslose, Hausfrauen und Rentner aus. Die Beschäftigten haben einen Anspruch auf fünf Tage Bildungsurlaub, der teils auch über mehrere Jahre zusammengefasst werden kann. Der Arbeitgeber ist für die Zeit der Weiterbildungsmaßnahme zur Weiterzahlung des Arbeitsentgeltes verpflichtet. Ablehnen kann der Arbeitgeber Anträge nur, wenn er zwingende betriebliche Belange geltend machen kann. Einige Gesetzte

Quellen: **Horst Siebert**: Erwachsenenbildung seit 1945; Schriften zur beruflichen Bildung; Hrsg. Bildungswerk niedersächsischer Volkshochschulen e.V.; Hannover **Rudi Rohlmann**: Weiterbildungsgesetze der Länder. In: Rudolf Tippelt, Handbuch der Erwachsenenbildung/Weiterbildung (1993), Opladen

regeln, dass er, wenn die Hälfte der Beschäftigten in einem Kalenderjahr Bildungsurlaub genommen hat, keine weiteren Anträge gewähren muss. Tatsächlich haben kaum mehr als zwei oder drei Prozent der Arbeitnehmer die Ansprüche aus den Bildungsurlaubsgesetzen geltend gemacht.

Auch wenn diese Zahl recht gering ist und auch wenn Ungelernte, ausländische Arbeitnehmer, Frauen oder Beschäftigte aus Kleinbetrieben unterrepräsentiert blieben, hat sich eine breite Palette von Angeboten der beruflichen und politischen Weiterbildung herausgebildet. Die Verabschiedung der Gesetze fiel zusammen mit einer sich schwungvoll entwickelnden Ausdifferenzierung von sozialen Milieus und Interessen. Neben klassischen Bildungsträger wie die Kirchen oder Gewerkschaften traten vielfältige Anbieter auf den Plan. In Niedersachsen entstanden neben den Volkshochschulen auch eine Reihe Heimvolkshochschulen, in denen an Konzepten eines gemeinsamen Lernens und Lebens angeknüpft wurde. Mehrwochenkurse wurden durchgeführt.

Die Bildungsträger arbeiten mit ehrenamtlichen Referenten mit ähnlichen sozialen Erfahrungen und Lebensumständen wie die Zielgruppen der Angebote. Sie werden ausgebildet und an der Arbeit von Veranstaltungsplänen, den Curricular und Seminar-konzepten beteiligt.

- 29. September 1978 – Spanien: **Die spanische Verfassung verankert das Recht auf Bildung**, PB 3/2017
- 28. März 1882 – Frankreich: **Loi Ferry: Das Gesetz über allgemeine Schulpflicht und Laizität**, PB 4/2017
- 15. Juni 1958 – Dänemark: **1958: Die Reform der dänischen Volksschule – auf dem Weg zu einem einheitlichen Schulsystem**, PB 5/2017 • 19. April 1973 – Italien: **Die „Hundertfünfzig Stunden“ – eine einzigartige italienische Besonderheit**, PB 5/2018 • 3. Mai 1900 – Deutschland: München startet „fachliche obligatorische Fortbildungsschule“, PB 1/2019 • 6. Oktober 1820 – Schweiz: **Lesegesellschaften – Bildung und Weiterbildung für breite Volksschichten**, PB 5/2020

Internetquelle sämtlicher Ausgaben: PB Downloadliste, <https://www.linkekritik.de/index.php?id=4560>



Volles Haus bei der Veranstaltung in der Kölner Lotta mit Andreas Rettig, früherer Geschäftsführer verschiedener Bundesligavereine. Im Bild rechts: die Delegation der Rosa-Luxemburg-Speakerstour.



Fairplay oder Menschenverachtung: Die Fußball-Weltmeisterschaft in Katar

ULRIKE DETJEN, KÖLN

Die Vergabe der Fußballweltmeisterschaft an Katar war und ist mit Korruptionsvorwürfen an die veranstaltende FIFA verbunden, die rechtlich allerdings nicht aufgeklärt sind. Die Vergabe erfolgte 2010, Verfahren in der Schweiz sind eingestellt oder die Ermittlungen laufen nach wie vor. Dennoch wird in vielen Veröffentlichungen die Auffassung vertreten, die katarischen Vertreter in der FIFA hätten die Stimmen für die Vergabe durch Geldzahlungen an andere Mitgliedsländer erhalten. Dieses Vergabeverfahren soll kein Einzelfall sein – ähnliche Vorwürfe werden für die Vergabe der WM an Deutschland und die Russische Föderation erhoben.¹

Katar ist ein kleines Land mit ca. 3 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern, von denen 2,7 Millionen Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter ohne katarische Staatsbürgerschaft sind. Dieses Verhältnis von einheimischer Bevölkerung und Migration ist in der Region verbreitet. Die herrschenden Adelsclans und die Einheimischen finanzieren ihr Leben weitgehend durch den Verkauf von Erdöl und Erdgas. Die Arbeit in der Industrie, im Handel, in den Haushalten und im öffentlichen Leben verrichten Arbeiterrinnen und Arbeiter vorwiegend aus ostafrikanischen und asiatischen Ländern – Kenia, Uganda, Somalia, Bangladesch, Nepal, Pakistan, Indien und Indonesien sind ihre Hauptherkunftsländer.² Verankerte gewerkschaftliche Rechte existieren nicht. Das von 2009 bis 2020 in Katar gesetzlich verankerte Kafala-System ist in der Region üblich. Den Migrantinnen und Migranten wird bei der Einreise der Pass abgenommen, über Unterkunft und Verpflegung bestimmen die Unternehmen. Ohne Zustimmung der Unternehmen dürfen die Arbeitskräfte nicht ausreisen. Eine Verständigung unter diesen Beschäftigten ist schwierig – verschiedene Sprachen und kulturelle Traditionen, aber auch Repression und Schikane ste-

hen dem Zusammenschluss entgegen.

Die Kritik an der laufenden Fußball-WM entwickelte sich an verschiedenen Fragen. Zum einen die andauernde Korruptionsdebatte. Zum anderen sah sich die FIFA gezwungen, die ursprünglich für den Sommer 2022 geplante WM in den Winter zu verlegen, weil Tagstemperaturen von 50° Celsius quälend sind für die Spieler und das Publikum. Die in Katar geltende Scharia verneint international vereinbarte Menschenrechte. Außerdem entwickelte sich international die Kritik an den Arbeitsbedingungen der Arbeiter auf den Baustellen der Stadien für die WM und der für die WM zu errichtende Infrastruktur und an den zahlreichen Menschen, die auf den Baustellen und in anderen Arbeitsverhältnissen ums Leben gekommen sind.

Dietmar Schäfers, IG BAU und Vizepräsident der Gewerkschaftsföderation BHI, berichtet in einem Interview mit der FAZ: „Ich war 2013 das erste Mal in Qatar und habe genau das gesehen, was in der Öffentlichkeit immer kritisiert wird: schlechte Arbeitsbedingungen, schlechte Unterkünfte, schlechte hygienische Verhältnisse. Wir haben dann mit dem qatarischen WM-Organisationskomitee, das für die Ausrichtung der Weltmeisterschaft und den Bau der Stadioninfrastruktur verantwortlich ist, eine Vereinbarung getroffen. Diese hat uns ermöglicht, immer wieder Arbeitsinspektionen zu machen. Und mein Eindruck ist, dass es den Wanderarbeitern auf den WM-Baustellen zuletzt viel besser ging.“³

Die Kontaktaufnahme war für Schäfers nicht ganz einfach – die Delegation musste in der Eingangshalle des katarischen Arbeitsministeriums einen kleinen Sitzstreik durchführen, damit sie empfangen wurde. Danach dauerte es zwei Jahre, bis erste Verbesserungen für die Arbeiter auf den WM-Baustellen eintraten. Schäfers und die BHI sind weiter mit den katarischen Behörden in Verhandlung. Ihre

Hoffnung ist, über Änderungen in Katar auch Verbesserungen in der ganzen Region zu erreichen.

Unter den Fußballfans entstand eine Kritikkampagne, nicht nur in Deutschland, auch in Spanien, Frankreich und den nordischen Staaten entstanden Boykottkomitees. In der Bundesrepublik initiierten Dietrich Schulze-Marmeling und Bernd Beyer die Kampagne BoycottQatar2022, die sich inzwischen zahlreiche Faninitiativen aus vielen Städten angeschlossen haben. Viele Vereine haben auf ihren Jahreshauptversammlungen kritische Stellungnahmen zur Fußball-WM in Katar beschlossen, nur wenige davon wurden von den Vereinsvorständen in die Öffentlichkeit kommuniziert. Die Boykott-Kampagne hat Kneipen gewonnen, keine WM-Spiele zu zeigen. Bei vielen Bundesligaspielen der letzten zwei Wochen zeigten Fans Transparente und Plakate für den Boykott der Spiele.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat in der zweiten Septemberhälfte eine Rundreise mit drei Arbeitern aus Nepal und Kenia und einer Beschäftigten der ILO aus Nepal veranstaltet. Die Speakerstour fand mit großem Erfolg in neun Städten statt, teilweise in Zusammenarbeit mit örtlichen Fanclubs, so in Hamburg und Gelsenkirchen. Eine dringende Bitte der Delegation ist: „Wenn diese WM vorüber ist, dann dürft ihr uns nicht vergessen.“ Inzwischen gibt es eine bundesweite Diskussion über einen Entschädigungsfonds. Die Delegation schlug vor, dass die WM-Spieler einen kleinen Teil ihrer Prämien spenden, damit die Auseinandersetzung für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Migrationsbevölkerung weitergeführt werden kann und die bisherigen Erfolge gesichert werden können: Abschaffung des Kafala-Systems, zwischen Juni und September Arbeitsverbot von 10 bis 15.30 Uhr draußen, Einhaltung von Arbeitssicherheitsvorschriften.⁴

¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Korruption_in_der_FIFA ² Süddeutsche Zeitung, 18.9.2022 ³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.11.2022 ⁴ <https://www.rosalux.de/fairplay>